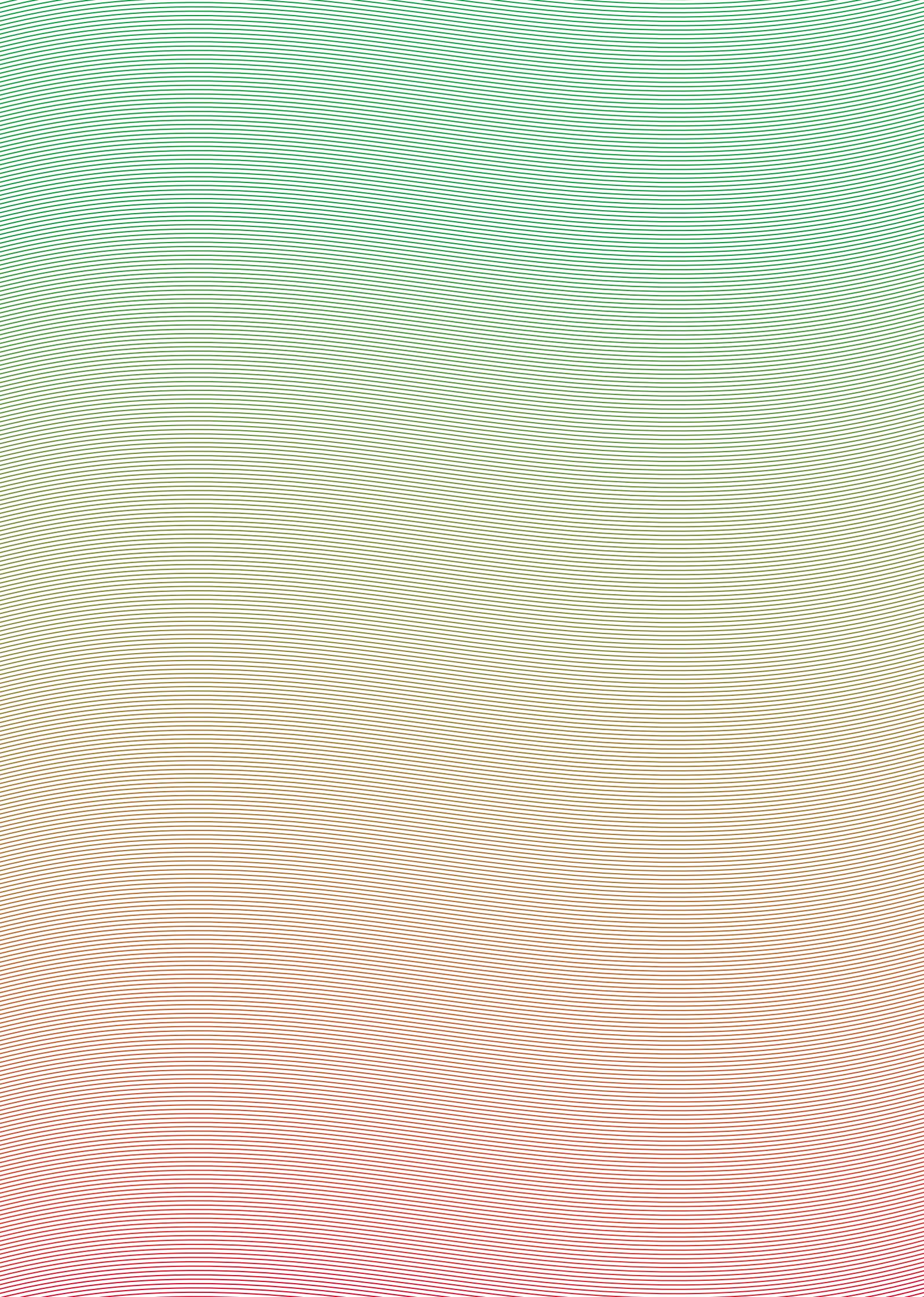




Unser Nordrhein-Westfalen Das Bundesland der Zukunft

Zwischenbilanz der Arbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen
in der 14. Legislaturperiode





Inhaltsverzeichnis

- 4 **Nordrhein-Westfalen ist wieder da**
- 8 **Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie**
Auf dem Weg zum Innovationsland Nr. 1
- 13 **Finanzen**
Den Haushalt konsolidieren – in die Zukunft investieren
- 16 **Wirtschaft, Mittelstand und Energie**
Wirtschaftsaufschwung und Energiesicherheit
- 22 **Inneres**
Starke Kommunen – Moderne Verwaltung – Sicheres Nordrhein-Westfalen
- 25 **Arbeit, Gesundheit und Soziales**
Mehr Ausbildung, Beschäftigung, medizinische Versorgung und soziale Sicherheit
- 31 **Schule und Weiterbildung**
Mehr Leistung und Qualität für die Wissensgesellschaft von Morgen
- 36 **Bauen und Verkehr**
Investitionen in ein mobiles Land
- 41 **Justiz**
Mit moderner Justiz zu mehr Sicherheit
- 44 **Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**
Einsatz für ein sauberes und gesundes Nordrhein-Westfalen
- 48 **Generationen, Familie, Frauen und Integration**
Für ein Land der Kinder und Familien
- 51 **Bundes- und Europaangelegenheiten**
Zusammenarbeit mit Freunden in Europa und der Welt
- 53 **Kultur**
Mehr Kreativität wecken
- 57 **Medien**
Nordrhein-Westfalen – bei Film, Funk und Fernsehen führend in Deutschland
- 60 **Die Landesregierung**

Nordrhein-Westfalen ist wieder da

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
die Landesregierung Nordrhein-Westfalen ist jetzt zweieinhalb Jahre im Amt. Es ist Zeit, eine Zwischenbilanz des Erreichten zu ziehen. In meiner ersten Regierungserklärung habe ich versprochen: Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Mit mehr Arbeit, mehr Bildung, mehr Wohlstand, weniger Bürokratie und weniger Schulden. Wir haben Wort gehalten. Den Menschen bei uns in Nordrhein-Westfalen geht es heute besser:

Wir haben mehr Arbeit: Die Trendwende am Arbeitsmarkt ist erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist auf den niedrigsten Stand seit Juni 2002 gesunken. Mehr als 200.000 Menschen, die im Mai 2005 noch arbeitslos waren, haben heute wieder einen vollwertigen Job. Besonders freut mich, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit sowohl bei den Jungen als auch bei den Älteren so stark ist: um über 20 Prozent ist sie bei den Jungen im Vergleich zum Vorjahr gesunken, bei den Älteren sogar um 24 Prozent.

Wir haben mehr Bildung: Wir haben mehr Lehrer. Über 4500 Stellen sind seit 2005 zusätzlich geschaffen worden. Damit haben wir den Unterrichtsausfall in den Schulen nahezu halbiert. Und wir haben vor allem eine große Schulreform auf den Weg gebracht. Sie stärkt die Allgemeinbildung. Sie setzt auf die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen. Damit bekommen alle Kinder die Chance, das Beste aus ihren Talenten zu machen. Kein Kind darf zurückbleiben – das ist das Leitbild der Landesregierung.

Wir haben mehr Wohlstand: Der Wirtschaft geht es besser. Im ersten Halbjahr 2007 hatten wir ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent und damit mehr als der bundesdeutsche Schnitt. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen ihre Exporte gegenüber dem Vorjahr um über 13 Prozent steigern können. Auch im Handwerk ist die Stimmung so gut wie lange nicht mehr: Der Geschäftsklimaindex an Rhein und Ruhr ist auf dem höchsten Stand seit 1994. Kein Wunder, dass Nordrhein-Westfalen 2006 zum Aufsteigerland Nr. 1 und 2007 zum Mittelstandsland Nr. 1 gewählt worden ist.

Wir haben weniger Bürokratie: Bis zum Ende des Jahres werden wir insgesamt 124 Behörden zusammengelegt, kommunalisiert oder ganz aufgelöst haben. Wir haben aber auch überflüssige Gesetze wie das Tariftreuegesetz abgeschafft und eine Prüfungsstelle eingerichtet, die überflüssige und unverständliche Vorschriften verhindert.

Wir haben weniger Schulden: 2008 liegt die Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens mit 1,99 Milliarden Euro auf dem niedrigsten Stand seit 30 Jahren. Gleichzeitig werden wir 2008 mit geschätzten 41,1 Milliarden Euro die höchsten Steuereinnahmen haben, die das Land je hatte.

All das sind gute Nachrichten. Sie sind den Menschen im Land zu verdanken, die hart arbeiten. Sie haben mit ihrer Kreativität und Leistungsfähigkeit entscheidend zur außergewöhnlich guten Beschäftigungs- und Wachstumsentwicklung in unserem Land beigetragen. Es ist ihr Aufschwung.



Die Landesregierung arbeitet daran, dass der Aufschwung anhält. Und sie arbeitet daran, dass er bei allen Menschen ankommt. „Wohlstand für alle“, das war immer das Ziel von Ludwig Erhard. Es ist auch das Ziel der Landesregierung. Wir wollen die Soziale Marktwirtschaft wiederbeleben. Sie war das Erfolgsmodell der Nachkriegszeit. Sie hat Deutschland einen historisch einmaligen Wohlstand beschert. Sie wird auch das Erfolgsmodell des 21. Jahrhunderts sein. Es gibt kein besseres.

Um die Soziale Marktwirtschaft zu stärken, müssen wir ihre Grundsätze beherzigen. Sie sind einfach. Sie lauten: Erarbeiten kommt vor Verteilen. Leistung muss sich lohnen. Jeder muss seine Chance bekommen. Staatliche Hilfe muss immer Hilfe zur Selbsthilfe sein. Aber auch: Diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, müssen sich auf die Unterstützung der Solidargemeinschaft verlassen können. Mit einem Wort: Es geht darum, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit die zwei Seiten derselben Medaille sind. In diesem Geist hat die Landesregierung in den vergangenen zweieinhalb Jahren gearbeitet. Und in diesem Geist wird sie auch die Politik der Zukunft gestalten.

Wir stehen vor großen Aufgaben. Wir müssen uns einem verschärften Wettbewerb in der globalisierten Wissensgesellschaft stellen. Wir erleben den Beginn einer neuen Ära. Wir stehen vor einer zweiten industriellen Revolution. Der Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau ist dafür Symbol und Signal zugleich. Das Revolutionäre liegt in der neuen Bedeutung von Wissen, von Ideen und von Kreativität. Die große politische Aufgabe ist es, alle bei dieser zweiten industriellen Revolution mitzunehmen. Wir haben dafür die besten Voraussetzungen. Denn diese Revolution bedeutet nicht das Ende industrieller Produktion, im Gegenteil. Deutschland ist immer ein Industrieland gewesen. Das gilt ganz besonders für Nordrhein-Westfalen. Die einfache Wahrheit ist: Das wird auch so bleiben. Damit werden wir auch in Zukunft erfolgreich sein.

Wir werden erfolgreich sein, wenn wir alle kreativen Kräfte im Land zur Entfaltung bringen. Wir brauchen mehr Eigeninitiative, Eigenvorsorge und Selbstverantwortung. Aber wir werden nur erfolgreich sein, wenn bei allen nötigen Reformen das Gefühl der Sicherheit nicht verlorengeht. Wir brauchen neue Sicherheit.

Das Ziel muss sein, dass am Ende der Reformen das Leben wieder sicherer ist, nicht unsicherer und schwieriger. Die Reformen müssen sich nach den Bedürfnissen der Menschen richten, das ist das Leitbild der Landesregierung. Mehr Kreativität und mehr Sicherheit – damit werden wir Nordrhein-Westfalen zu einer der kreativsten und zugleich sozial gerechtesten Regionen Europas machen. Dafür investieren wir viel, indem wir neue Gestaltungsspielräume nutzen.

Wir investieren in neue Arbeit: Wir investieren dort, wo wir unsere Stärken haben. Zum Beispiel in der Metropole Ruhr: Sie war mit Kohle, Stahl und Transport das Herz der ersten industriellen Revolution. Sie wird mit diesen Stärken auch bei der zweiten industriellen Revolution vorne sein – mit Energie, neuen Werkstoffen und Logistik. Mit der „Initiative Zukunft Ruhr“ legt die Landesregierung hier ihre Förderschwerpunkte, zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien oder beim Ausbau des Logports in Duisburg, der es heute schon mit den großen Seehäfen Europas aufnehmen kann. Aber wir stärken auch die Chemie oder die Gesundheitswirtschaft und Medizintechnik. In der Metropole Ruhr arbeiten auf diesem Feld bereits 300.000 Menschen. Und wir haben das Potenzial, in den nächsten zehn Jahren hier 200.000 weitere zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen – nicht zuletzt durch Neuerungen im Zukunftsfeld der Life Sciences und der Biotechnologien. Deshalb haben wir auch bereits im vergangenen Jahr die Innovationsoffensive BIO.NRW gestartet. Dafür stellen wir bis 2015 insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Wir investieren in Kinder: Wir haben allein 2006 rund eine Viertelmilliarde Euro mehr für den Bereich Kinder, Jugend und Bildung ausgegeben als 2005. Und die Landesausgaben für die Kinderbetreuung werden von heute 875 Millionen Euro bis 2010 auf über eine Milliarde Euro steigen. Wir bauen die Kindergärten zu Familienzentren aus. Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz fördern wir künftig unsere Kinder individueller und damit besser. Und die Eltern können mehr Einfluss auf die Gestaltung der Betreuung nehmen. Ganz wichtig ist mir persönlich, dass wir die vorschulische Sprachförderung so ausbauen, dass jedes Kind bei der Einschulung ausreichend Deutsch spricht, um am Unterricht erfolgreich teilnehmen zu können. Das stärkt vor allem die Integration der Kinder mit einer Zuwanderungsgeschichte. Ganz wichtig ist mir auch, dass Kinder unseren



**Begeisterte Menschen:
Nordrhein-Westfalen-Tag 2007 in Paderborn**

Schutz und unsere Hilfe bekommen, wenn sie in Not geraten: Wir haben unter anderem den Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ mit 13,5 Millionen Euro aufgelegt. Wir stärken das soziale Frühwarnsystem der Jugendämter. Und wir wollen höhere Leistungen für Kinder in den Hartz-Gesetzen verankern.

Wir investieren in Bildung: Wir bauen zum Beispiel die Ganztagschulen weiter aus: 2008 wird schon ein Drittel aller Hauptschulen eine Ganztagsbetreuung anbieten können. Mit dem „Sonderprogramm Ausbildung“, dem „Werkstattjahr“ und dem „dritten Weg“ in der Berufsausbildung haben wir für Jugendliche neue Ausbidungschancen geschaffen. Wir bauen aber auch die Fachhochschulen aus, um dem drohenden Mangel an Fachkräften zu begegnen. Wir stärken die internationale Dimension der Ausbildung, zum Beispiel durch die Gründung von Europaschulen. 2007 sind bereits 16 Schulen mit diesem Prädikat ausgezeichnet worden. Wir legen unser Augenmerk außerdem verstärkt auf den Ausbau internationaler Schulen und Kindergärten. Und wir nehmen die Reform der Lehrerausbildung in Angriff. Sie muss professioneller und praxisnäher werden.

Wir investieren in soziale Gerechtigkeit: Es ist ungerecht, wenn jemand, der voll arbeitet, von seinem Lohn nicht leben und seine Familie ernähren kann. Deshalb hat die Landesregierung ein Programm für Kombilöhne aufgelegt, das zum Modell für den Bund geworden ist: Die „JobPerspektive“ wird dazu beitragen, dass nicht nur angemessene Löhne gezahlt, sondern in naher Zukunft mindestens 20.000 neue Jobs bei uns in Nordrhein-Westfalen geschaffen werden können. Ein besonderes Anliegen ist mir ganz persönlich aber auch, dass vor allem behinderte Menschen wieder bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir haben deshalb unter anderem das Programm „Teilhabe für alle“ aufgelegt, das Projekte zur besseren Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt fördert. Mehr Gerechtigkeit bedeutet aber auch, dass die persönliche Altersvorsorge im Fall der Arbeitslosigkeit besser als bisher geschützt wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass entsprechende Korrekturen im Sozialgesetzbuch vorgenommen werden.

Wir investieren in Innovationen: Entscheidend für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind exzellente Hochschulen und eine starke Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft: Deshalb haben wir den Hochschulen nicht nur Planungssicherheit, sondern auch mehr Freiheiten gegeben. Sie können jetzt selbständig Unternehmen gründen oder sich an Unternehmen beteiligen und ihr besonderes Profil stärken. Ihnen stehen mit der Exzellenzinitiative, dem Hochschulpakt von Bund und Ländern und der Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben, etwa eine halbe Milliarde Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung. Seit der Regierungsübernahme haben wir außerdem gemeinsam mit der Wirtschaft eine Reihe von Großforschungseinrichtungen neu gegründet, zum Beispiel das Institut für Werkstoffforschung ICAMS an der Universität Bochum. Wir haben außerdem einen Innovationsfonds aufgelegt, der in den Jahren 2008 bis 2011 mindestens 160 Millionen Euro umfassen soll. Und wir holen Spitzenwissenschaftler aus dem Ausland an unsere Universitäten zurück.

Wir investieren in die innere Sicherheit: Wir haben die Polizei von überflüssiger Bürokratie befreit und ihre Organisation gestrafft. Die Polizei kann sich jetzt verstärkt ihren Kernaufgaben widmen. Hunderte Beamtinnen und Beamte sind jetzt wieder vor Ort im Einsatz anstatt mit Bürokratie beschäftigt zu sein. Wir gehen aber auch gegen die wachsende Kriminalität vor allem von Jugendlichen vor. Keine Toleranz gegenüber Gewalt, das ist die Devise: Wir haben zum Beispiel als erstes und bisher einziges Bundesland die Schulleitungen verpflichtet, Straftaten von Schülern in der Schule anzuzeigen. Wir haben Projekte wie die „Gelbe Karte“ oder den „Staatsanwalt vor Ort“ eingeführt. Sie signalisieren den Jugendlichen sofort: „So nicht!“ Damit kommen sie gar nicht erst auf die schiefe Bahn. Und wir verstärken das Personal im Justizvollzug. Unser Land ist sicherer geworden: Seit 2005 gingen die Straftaten um 2,6 Prozent zurück. Die Zahl der Wohnungseinbrüche lag sogar auf dem niedrigsten Stand seit 24 Jahren. Wir können stolz darauf sein, dass 13 der 20 sichersten Großstädte bei uns in Nordrhein-Westfalen liegen.

Wir investieren in Mobilität: Wir haben eines der dichtesten Straßennetze Europas. Das müssen wir pflegen. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr allein 1,14 Milliarden Euro in unsere Straßen investiert. Wir machen den Neubau von Straßen wieder möglich: 2004 gab es nur



**Das Kabinett nach seiner Ernennung am 24. Juni 2005
vor der Staatskanzlei in Düsseldorf**

eine Planfeststellung, Ende diesen Jahres werden es zwanzig sein. Wir geben den Flughäfen grünes Licht für ihren Ausbau: Die neue Betriebsgenehmigung für den Düsseldorfer Flughafen hat nicht nur 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit gesichert. Wir haben außerdem erreicht, dass der Rhein-Ruhr-Express in den Investitionsrahmenplan des Bundes aufgenommen worden ist. Mit Investitionen von 1,4 Milliarden Euro ist in absehbarer Zukunft damit zu rechnen, dass der Raum zwischen Dortmund und Köln im Viertelstundentakt verbunden werden kann. Wir werden außerdem die Betuwe-Linie ausbauen und den Eisernen Rhein wieder aktivieren, um die Anbindung der Metropole Ruhr an die großen Seehäfen zu garantieren.

Wir investieren in den Klima- und Umweltschutz:

Mit dem Leitbild der Nachhaltigkeit wollen wir Industrie und Ökologie versöhnen. Deshalb haben wir im Februar 2007 ein ehrgeiziges Programm zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Nutzung der erneuerbaren Energien und zur Energieforschung verabschiedet. Wir haben außerdem in diesem Jahr den ersten Umweltbericht für Nordrhein-Westfalen vorgelegt, der die Grundlage für die Strategien der Zukunft liefert. Auf dieser Basis werden wir zum Beispiel mit rund 1,2 Milliarden Euro ein umfassendes Hochwasserschutzkonzept realisieren. Und wir stärken den Verbraucherschutz – beispielsweise dadurch, dass wir 300 zusätzliche Kontrolleure für mehr Lebensmittelsicherheit einstellen.

Wir investieren in Kunst und Kultur: Die Wirtschaft der Wissensgesellschaft braucht kreative Köpfe. Kreative Köpfe machen nicht nur Kunst und Kultur, sie brauchen sie auch. Deshalb sind Investitionen in Kunst und Kultur kein Luxus, sondern von großer Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg einer Region. Deshalb verdoppeln wir in dieser Legislaturperiode die Kulturfördermittel. Deshalb setzen wir schon früh bei den Kindern an, indem wir zum Beispiel mit dem Programm „Jedem Kind ein Instrument“ allen Kindern in der Metropole Ruhr und bald auch im ganzen Land die Möglichkeit geben, ein Musikinstrument zu erlernen. Oder indem wir mit dem Programm „Kultur und Schule“ Künstler in die Schulen holen, damit sie den Kindern helfen, ihre kreativen Kräfte so früh wie möglich zu entfalten. Die kreativen Kräfte sind stark, gerade in der Metropole Ruhr mit ihren hundert Theatern, Festivals und Museen. Ich bin über-

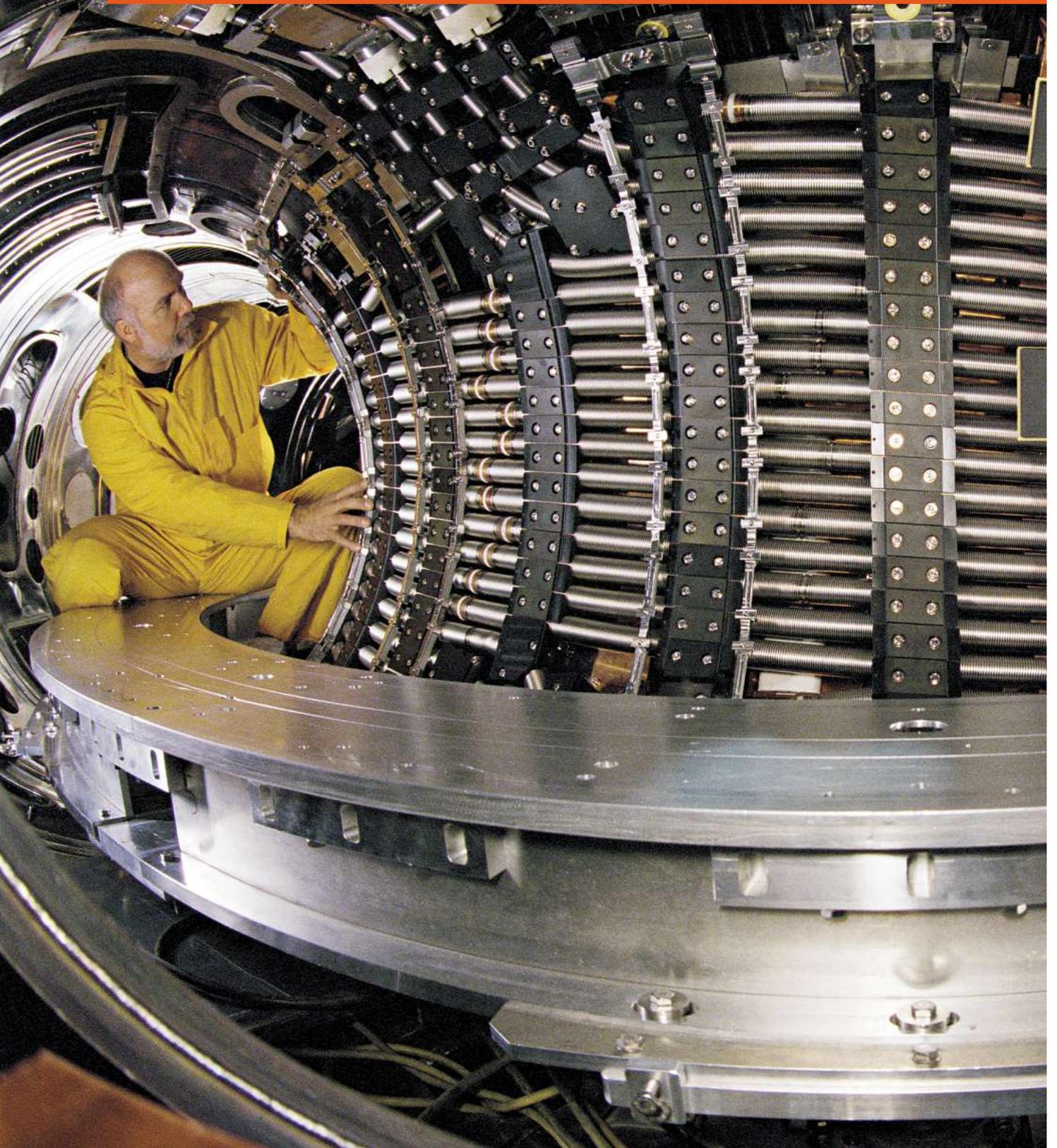
zeugt, dass die „Kulturhauptstadt 2010“ nicht nur der Metropole Ruhr, sondern dem ganzen Land wichtige und dauerhafte Impulse geben wird, um zu einer der kreativsten Regionen Europas zu werden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, wir haben noch manches Problem in unserem Land. Auch nach zweieinhalb Jahren intensiver Arbeit bleibt noch viel zu tun. Aber wir können und wir werden die bestehenden Probleme lösen, wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten. Jeder ist gefordert. Jeder spürt die Verantwortung. Gerade auch die Unternehmen wissen darum. Es ist für mich ein sehr ermutigendes Zeichen, dass die im „Initiativkreis Ruhrgebiet“ versammelten Unternehmen der Metropole Ruhr jetzt eine große Zukunftsinitiative für mehr Forschung, mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze auf den Weg gebracht haben. Und es ist ermutigend zu sehen, wie gut sich die Regionen aufstellen: Die Regionale 2006 im bergischen Städtedreieck, die Planungen für die Regionale 2008 in Aachen und 2010 im Köln-Bonner-Raum, die gemeinsame Bewerbung um die Kulturhauptstadt 2010 in der Metropole Ruhr und viele andere Initiativen in allen Teilen des Landes wie zum Beispiel die künftigen Landesgartenschauen haben gezeigt, wie wichtig es ist, das Kirchturmdenken aufzugeben und die gemeinsamen Stärken herauszustellen.

Wir brauchen starke Regionen mit ihren Eigenarten. Aber wir wissen auch, dass wir in Nordrhein-Westfalen zusammengehören. Mehr denn je kommt es im Zeitalter der Globalisierung darauf an zu wissen, wo man zu Hause ist, wo man seine Heimat hat. Menschen engagieren sich für das Gemeinwohl nicht aus abstrakten Gründen, sondern sie tun es für ihre Heimat. Dafür hat der Nordrhein-Westfalen-Tag, den wir erstmals zum 60-jährigen Landesjubiläum im letzten Jahr in Düsseldorf und auch in diesem Jahr so erfolgreich in Paderborn begangen haben, ein wichtiges Zeichen gesetzt. Denn wir in Nordrhein-Westfalen stehen füreinander ein. Das ist das Lebensgefühl bei uns in Nordrhein-Westfalen. Das ist unsere Stärke, gestern, heute und in Zukunft. Zusammen sind wir stark. Wir vertrauen darauf. So wird Nordrhein-Westfalen das Bundesland der Zukunft.

Ihr Jürgen Rüttgers

**Innovation, Wissenschaft, Forschung
und Technologie**
Auf dem Weg zum Innovationsland Nr. 1





Minister Pinkwart begrüßt den Roboter ASIMO



Elite-Universität: RWTH Aachen

Hochschulfreiheitsgesetz schafft neue Gestaltungsspielräume

Das Hochschulfreiheitsgesetz läutet eine neue Ära für die Hochschulen ein und gibt ihnen bundesweit einzigartige Gestaltungsspielräume: Als eigenständige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind sie nunmehr eigenverantwortliche Wissenschaftsakteure. Die Hochschulen haben die Freiheit, ihre Sach-, Personal- und Finanzfragen autonom zu regeln. Sie können unternehmerischer tätig werden und erhalten einen Hochschulrat als Aufsichts- und Mitentscheidungsorgan, der wichtige Impulse aus Wirtschaft und Gesellschaft für die Entwicklung der Hochschulen geben wird.

Zukunftspakt und Geld für zusätzliche Studienplätze sichern Gestaltungskraft

Der zwischen Landesregierung und Hochschulen im August 2006 geschlossene Zukunftspakt sichert eine auskömmliche und verlässliche Grundfinanzierung für die gesamte Legislaturperiode. Kürzungen von Landesmitteln aufgrund zusätzlicher Einnahmen der Hochschulen oder durch haushaltswirtschaftliche Eingriffe sind ausgeschlossen. Der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern gewährleistet, dass in den nächsten Jahren jeder Studierwillige trotz steigender Studiennachfrage einen Studienplatz erhält. Bis zum Jahre 2010 stehen 26.000 zusätzliche Studienanfängerplätze zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen wirkt durch ein Prämienmodell bei der Verteilung der Mittel dem Fachkräftemangel in Naturwissenschaft und Technik entgegen.

Studienbeiträge sorgen für besseres und zügigeres Studium

Die Hochschulen haben die Möglichkeit, Studienbeiträge zu erheben. Künftig stehen ihnen dadurch bis zu 300 Millionen Euro jährlich zusätzlich zur Verfügung. Diese Einnahmen müssen für die Verbesserung der Lehre und der Studienbedingungen eingesetzt werden. Das gibt den Studierenden die Möglichkeit, schneller und effizienter zu studieren. Die Abbrecherquote soll verringert und die Studiendauer verkürzt werden. Nordrhein-Westfalen hat das sozialverträglichste Studienbeitragsgesetz in Deutschland. Die zinsgünstigen Studienbeitragsdarlehen der NRW.BANK werden ohne Bonitätsprüfung gewährt. Die Rückzahlungsverpflichtung aus BAföG und Studienbeitragsdarlehen sind auf 1.000 Euro pro Semester bzw. insgesamt maximal 10.000 Euro

begrenzt. Dadurch sind faktisch zwei Drittel aller BAföG-Empfänger von Studienbeiträgen befreit. Die Attraktivität für ein Studium in Nordrhein-Westfalen ist gestiegen: Zu Beginn des Wintersemesters 2007/2008 waren die Studienanfängerzahlen so hoch wie zuletzt 1990.

Leistungsorientierte Mittelverteilung

Die Leistungsorientierte Mittelverteilung ist einfacher und berechenbarer geworden und bemisst sich nach drei eindeutigen Indikatoren: Absolventen, Drittmittel und Promotionen. Erfolge bei der Gleichstellung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern werden besonders honoriert. Im Jahr 2007 werden auf diese Weise bei den Universitäten 354 Millionen Euro und bei den Fachhochschulen 72 Millionen Euro leistungsbezogen verteilt.

Exzellenzinitiative von Bund und Ländern

Die Landesregierung hat die erfolgreiche Beteiligung der nordrhein-westfälischen Universitäten an der Exzellenzinitiative unterstützt. Der Vergleich zwischen erster und zweiter Runde zeigt, dass die Hochschulen im Bundesvergleich aufgeholt haben. Im vergangenen Jahr sind Anträge mit dem Gesamtvolumen von 125 Millionen Euro bewilligt worden, in diesem Jahr beträgt das Gesamtvolumen der siegreichen Anträge aus Nordrhein-Westfalen 225 Millionen Euro. Sieben gewonnene Exzellenzcluster mit einem Fördervolumen von jeweils mindestens 30 Millionen Euro bedeuten Platz eins im Ländervergleich gleichauf mit Baden-Württemberg. Fünf Graduiertenschulen kommen hinzu. Mit dem erfolgreichen Zukunftskonzept der RWTH Aachen sind das insgesamt 13 erfolgreiche Anträge. Damit liegt Nordrhein-Westfalen in der Gesamtbilanz gleichauf mit Bayern auf Rang zwei.

Fachhochschulbereich ausbauen

Im Fachhochschulbereich sollen 7.500 zusätzliche Studienplätze in den MINT-Fächern geschaffen werden – also in Mathematik, den Ingenieur- und den Naturwissenschaften und im Bereich Technik. Der Ausbau wird auf der Basis eines transparenten, wettbewerblichen und anreizorientierten Verfahrens erfolgen. Die Entwicklung dualer Studienangebote sollen im Dialog mit der Wirtschaft systematisch berücksichtigt werden. Die anwendungsorientierte Forschung in den Fachhochschulen wird durch das neue Programm FH-EXTRA mit rund 28 Millionen Euro bis zum Jahr 2013 vom Land gefördert.

Nachwuchsförderung

Um die besten Köpfe aus dem In- und Ausland an die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen zu holen und hier zu halten, bieten insbesondere die Angebote zur Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur strukturierten Doktorantenausbildung erstklassige Möglichkeiten. Die Akademie der Wissenschaften und die Stiftung Mercator haben mit Unterstützung der Landesregierung das Junge Kolleg gegründet. Dieses fördert 30 Nachwuchsforscher für vier Jahre mit einem Stipendium, zusätzlichen Auslandsaufenthalten sowie der Anbindung an das wissenschaftliche Spitzenniveau. Darüber hinaus hat die Landesregierung ein Programm eingerichtet, um die Rückkehr des exzellenten wissenschaftlichen Spitzennachwuchses aus dem Ausland nach Nordrhein-Westfalen zu unterstützen.

Gleichstellung von Frau und Mann verbessern

Für ein leistungs- und innovationsfähiges Wissenschaftssystem ist die Gleichstellung von Frau und Mann unverzichtbar. Daher hat die Landesregierung mit den Hochschulen konkrete Vereinbarungen getroffen. In den kommenden Jahren werden zudem bis zu sieben Millionen Euro jährlich aus dem Fonds zur Erneuerung der wissenschaftlichen Infrastruktur für Gleichstellungsförderung an Hochschulen verwendet. Zusammen mit den Anreizen aus der leistungsorientierten Mittelvergabe erhöht sich der Mittelansatz für Gleichstellung von Frauen und Männern durchschnittlich um 40 Prozent.

Ingenieur- und naturwissenschaftlichen Nachwuchs gezielt fördern

Nordrhein-Westfalen braucht mehr Nachwuchskräfte in den innovationsträchtigen Naturwissenschaften und der Technik. Die Landesinitiative „Zukunft durch Innovation“ (ZdI) hat zum Ziel, das Interesse junger Menschen zur Aufnahme eines naturwissenschaftlichen oder technischen Studiums zu wecken. Hierzu bündelt, vernetzt und stärkt ZdI die Aktivitäten von Wirtschaft, Verbänden, Hochschulen und Schulen auf regionaler Ebene. Mit Technik-Wettbewerben und einem flächendeckenden Veranstaltungskonzept erreicht die Initiative mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler pro Jahr. Bis 2010 werden 25 regionale ZdI-Zentren und Netzwerke aufgebaut und entlang der gesamten Bildungskette ausgerichtet.

Nordrhein-Westfalen als Forschungs- und Technologiestandort stärken

Auf Grundlage des jährlichen Innovationsberichts richtet die Landesregierung die Forschungs- und Innovationspolitik konsequent neu aus, stärkt Stärken, fördert Exzellenz und richtet die vorhandenen Kapazitäten auf Zukunftsfelder aus. Mindestens die Hälfte der künftigen Strukturhilfemittel der EU werden für Innovation und wissensbasierte Wirtschaft eingesetzt. Herausragende Projekte der Spitzenforschung werden aus dem geplanten Innovationsfonds aus Privatisierungserlösen finanziert. Der Innovationsfonds soll in den Jahren 2008 bis 2011 mindestens 160 Millionen Euro umfassen.

Projekte der Spitzenforschung für Nordrhein-Westfalen gewinnen

Großprojekte zur Stärkung der Forschungs- und Technologieschwerpunkte, die in der ersten Hälfte der Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurden, sind beispielsweise: die Jülich-Aachen Research Alliance (JARA), eine strategische Zusammenarbeit der RWTH Aachen und dem Forschungszentrum Jülich; das Interdisciplinary Centre for Advanced Materials Simulation (ICAMS), eine Privat-Öffentliche Partnerschaft der stärksten Akteure im Werkstoffbereich; die neue Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Biologie des Alterns in Köln; das neue Engagement der Max-Planck-Gesellschaft in Dortmund und bei caesar in Bonn; das E.ON-Energieforschungsinstitut in Aachen; das Honda-Forschungszentrum für Kognition und Robotik mit der Universität Bielefeld; das neue Science-to-Business-Center in Marl zur weißen Biotechnologie; das Haut-Forschungsinstitut von Henkel in Düsseldorf sowie das Zentrum für Katalyseforschung mit der Bayer AG in Aachen.

Biotechnologische Innovations-Offensive Bio.NRW

Nordrhein-Westfalen ist das Kernland der Biotechnologie. Um diese Position weiter auszubauen stellt die Landesregierung bis zum Jahr 2015 100 Millionen Euro zur Verfügung. Hierzu ist ein Bündel aufeinander abgestimmter Maßnahmen entlang der Innovations- und Wertschöpfungskette beschlossen worden. Dazu zählt auch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für biotechnologische Aktivitäten.

Cluster Industrielle Biotechnologie (CLIB2021)

Gewinner im Wettbewerb BioIndustrie 2021 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist das Cluster Industrielle Biotechnologie (CLIB2021). Großunternehmen, kleine und mittlere Biotech-Firmen sowie Forschungseinrichtungen und Universitäten aus Nordrhein-Westfalen erhalten zusammen 20 Millionen Euro Fördermittel. Ausgehend von den neuen Möglichkeiten, welche die gerade in Nordrhein-Westfalen überragend starke Industrielle Biotechnologie bietet, begibt sich das Land auf den Weg zu einer wissensbasierten Bioindustrie.

Innovationsoffensive Medizinforschung und Medizintechnik.NRW

Die demographische Entwicklung ist eine der großen Herausforderungen, gerade auch für die Medizinforschung. Nordrhein-Westfalen hat herausragende Kompetenzen in der Neuro-Forschung, beispielsweise im neu ausgerichteten Forschungsinstitut caesar, im Forschungszentrum Jülich und in den sechs Universitätskliniken. Mit der beschlossenen Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Biologie des Alterns in Köln erhält das Cluster eine deutliche Aufwertung.

Innovations-Offensive Nano- und Mikrotechnologien/Innovative Werkstoffe.NRW

Nano- und Mikrotechnologien sowie innovative Werkstoffe sind entscheidende Schlüssel- und Querschnittstechnologien. Nordrhein-Westfalen ist in diesem Bereich mit mehr als dreihundert einschlägigen Professuren eines der starken Wissenschaftszentren. Zudem sind mindestens 220 Unternehmen explizit im NanoMikro-Bereich (ca. 20 Großkonzerne, 70 größere Mittelständler sowie 130 kleine und mittlere Unternehmen und Neugründungen) und zahlreiche weitere Unternehmen im Bereich der innovativen Werkstoffe aktiv. Die Landesregierung stellt zur Stärkung dieses Clusters bis zum Jahr 2015 insgesamt 100 Millionen Euro zur Verfügung.

Innovationsoffensive Energieforschung.NRW

Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nr. 1 und soll bis 2015 auch das Energieforschungsland Nr. 1 sein. Dafür stellt die Landesregierung 100 Millionen Euro bis zum Jahr 2015 zur Verfügung. Die Mittel fließen vor allem in die CO₂-arme Kraftwerkstechnik im fossilen, nuklearen und solaren Bereich, Kernenergiesicherheitsforschung, Brennstoffzelle und Wasserstoff, Photovoltaik, biologische Erzeugung von Energieträgern, Speichersysteme und Einsparttechnologien. In der Grundlagenforschung liegt der Fokus im Bereich Materialforschung, in dem Nutzbarmachen von biologischen Strukturen und Prozessen sowie in der verstärkten Simulation an Höchstleistungscomputern als Brücke zwischen Theorie und Experiment.



Prof. Dr. Peter Grünberg, Forschungszentrum Jülich: Nobelpreisträger für Physik 2007

Nordrhein-Westfalen: Innovationsland Nr. 1

Mit seinen Hochschulen sowie den Forschungs- und Technologieeinrichtungen ist Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zum Innovationsland Nr. 1:

In Nordrhein-Westfalen sind **59** Hochschulen beheimatet. **14** öffentliche Universitäten, zwölf öffentliche Fachhochschulen, sieben staatliche Kunst- und Musikhochschulen, **22** anerkannt private Hochschulen sowie vier Fachhochschulen, die nicht der Dienst- und Fachaufsicht des Ministeriums unterliegen, bieten erstklassige Lehre und Forschung. Nahezu jeder dritte Ingenieur wird in Deutschland an unseren Hochschulen ausgebildet.

In Nordrhein-Westfalen gibt es über **80** Forschungseinrichtungen, darunter mit dem Forschungszentrum Jülich und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt zwei Großforschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft. Hinzu kommen **25** Max-Planck- und Fraunhofer-Institute sowie **66** Sonderforschungsbereiche der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Damit liegt Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze.

Land der Studenten

Jeder vierte Student in Deutschland studiert in Nordrhein-Westfalen. Im Wintersemester 2007/08 studieren rund **465.000** Studierende in Nordrhein-Westfalen.



Höchstleistungsrechner des Forschungszentrums Jülich

Ausbau der Kompetenz im Bereich von Höchstleistungsrechnern

Höchstleistungsrechner sind heutzutage gerade für die natur- und ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen unverzichtbar. Mit seinem Höchstleistungsrechner JUBL nimmt das Forschungszentrum Jülich derzeit weltweit Platz 13 ein und ist europaweit auf Platz drei. Das Land unterstützt bis 2012 mit 49,8 Millionen Euro die Gründung eines europäischen Supercomputer-Netzwerks mit dem Ziel, den ersten europäischen Petaflop-Computer nach Jülich zu holen. Verstärkt wird diese Kompetenz durch die neu gegründete German Research School for Simulation Science an der RWTH Aachen und dem Forschungszentrum Jülich.

Transferstrategie Science-to-Business

Ziel der Transferstrategie Science-to-Business ist es, eine tragfähige Brücke zwischen Forschung und mittelständischer Wirtschaft zu bauen, hochtechnologieorientierte Firmenneugründungen zu fördern und die Zahl der angemeldeten Patente zu erhöhen. Insgesamt stehen hierfür bis 2012 rund 50 Millionen Euro bereit. Als Maßnahmen sind zum einen Wettbewerbe im Bereich der Pre-Seed-Förderung geplant, mit denen unternehmerisch agierende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Hochschulen unterstützt werden sollen, Prototypen und Patente zu entwickeln und in Kooperation mit der Wirtschaft oder durch Gründung eigener Unternehmen umzusetzen. Zum anderen sollen die hochschulspezifischen Patent- und Verwertungsstrukturen weiterentwickelt werden. Patent-Scouts sollen für die notwendige Beratung sorgen. Innovationsassistenten aus den Hochschulen unterstützen technologieorientierte Unternehmen bei der Verwertung von Forschungsergebnissen aus den Universitäten. Kleine und mittelständische Unternehmen im Nanotechnologiebereich können mit Innovationsgutscheinen Beratungsleistungen über Forschungsergebnisse einlösen.



Die Initiative Zukunft durch Innovation wirbt für mehr Nachwuchs

InnovationsAllianz

Mit dem neu gegründeten partnerschaftlich organisierten Netzwerk „InnovationsAllianz der NRW-Hochschulen“ werden die Hochschulen ihre Transferaktivitäten auf regionaler und überregionaler Ebene deutlich verstärken, professionalisieren und besser als bisher vernetzen. Die InnovationsAllianz ist das bundesweit größte Transferbündnis von Hochschulen. Der Wissens- und Technologietransfer aus Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Wirtschaft soll verstärkt werden, um Erkenntnisse schneller und besser in Innovationen sowie in marktfähige Produkte umzusetzen.

Finanzen

Den Haushalt konsolidieren –
in die Zukunft investieren



Nettoneuverschuldung im Landeshaushalt



Finanzminister Dr. Helmut Linssen

Haushaltskonsolidierung hat Vorrang

Die Erblast, die die neue Landesregierung vorgefunden hat, war und ist immens. Im Jahr 2008 zahlt Nordrhein-Westfalen Zinsausgaben von über 4,8 Milliarden Euro, fast zehn Prozent der Ausgaben. Diese resultieren aus einem von den Vorgängerregierungen aufgebauten Schuldenberg von 112 Milliarden Euro. Allein in der Zeit von 1995 bis 2005 stieg die Nettoneuverschuldung um insgesamt 49,6 Milliarden Euro an. Dementsprechend ist die Herausforderung, langfristig unser Land zu entschulden, gewaltig. Auf dem Weg dorthin hat sich die neue Landesregierung zwei Zwischenziele gesetzt:

- Das Einhalten der Kreditverfassungsgrenze
- Keine Nettoneuverschuldung.

Nettoneuverschuldung im Blick

Das erste Etappenziel des Sanierungsplans für Nordrhein-Westfalen wurde mit dem Haushalt 2007 erreicht. Die Kreditverfassungsgrenze wird wieder eingehalten. Innerhalb von zwei Jahren wird die neue Landesregierung die Nettoneuverschuldung von 6,7 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 2,3 Milliarden Euro im Jahr 2007 reduzieren.

Die Investitionsausgaben lagen 2007 bei 3,2 Milliarden Euro und damit deutlich über der Nettoneuverschuldung von 2,3 Milliarden Euro. Im Jahr 2008 soll die Nettoneuverschuldung auf unter zwei Milliarden Euro reduziert werden. Dies ist die niedrigste Neuverschuldung bei Aufstellung eines Haushalts seit über 30 Jahren. Das nächste Etappenziel, die Nettoneuverschuldung auf null zu reduzieren, hat die Landesregierung fest im Blick!

Projektbüro Haushaltskonsolidierung

Nach dem Antritt der Landesregierung hat sich eine Experten-Kommission (Hartmann-Kommission) mit Überlegungen zur Konsolidierung des Landeshaushalts befasst. Ein Ergebnis der Kommissionsarbeit war es, für die Gesamtsteuerung des notwendigen weiteren Konsolidierungsprozesses ein Projektbüro zur Haushaltskonsolidierung im Finanzministerium zu etablieren.

Das Projektbüro hat in enger Zusammenarbeit mit den anderen Landesministerien 46 Strukturveränderungsprojekte erarbeitet, die kurz-, mittel- und langfristig Strukturen im Landeshaushalt verändern werden. Ein großer Teil der Projekte wurde bereits beschlossen und begonnen. Bei vielen Projekten ist die Umsetzung sogar schon weit fortgeschritten. Andere Projekte sind als ergebnisoffene Prüfaufträge formuliert worden.

Landesamt für Personaleinsatzmanagement (PEM)

Mit dem Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen, das der Landtag am 14. Juni 2007 verabschiedet hat, wird ein verbesserter und effizienter interner Arbeitsmarkt innerhalb der Landesverwaltung geschaffen. Unter Ausschöpfung von Qualifizierungs- und Ausbildungsmöglichkeiten fördert das PEM einen Wechsel dieser Beschäftigten in andere Bereiche der Landesverwaltung oder zu anderen öffentlichen und privaten Arbeitgebern. Daneben können dem PEM zugeordnete Beschäftigte befristet eingesetzt werden, insbesondere wenn diese Einsätze kostensenkend, einnahmesteigernd oder qualitätsverbessernd wirken.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass durch die rechtlichen Möglichkeiten, die aufgrund des Gesetzes über das Personaleinsatzmanagement geschaffen worden sind, noch in dieser Legislaturperiode deutlich über 10.000 Stellen im Land abgebaut werden.

Veräußerung der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG)

Die Landesregierung hat am 24. Oktober 2006 beschlossen, die vom Land über die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft (BVG) gehaltenen Anteile an der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG NRW) als Ganzes in einem Bieterwettbewerb an einen Erwerber oder ein Erwerberkonsortium zu verkaufen. Der Verkauf der LEG NRW verläuft planmäßig und wird im Frühjahr 2008 abgeschlossen werden können. Verbunden mit dem Verkauf ist die Vorgabe eines Sozialkatalogs für den Erwerber, der umfassend die Interessen der Mieter und Mitarbeiter berücksichtigt. In der Kombination aus Mieterschutzregelungen und Investitions- beziehungsweise Halteverpflichtungen geht der Verkauf mit den höchsten jemals in Deutschland bei vergleichbaren Transaktionen formulierten Sozialstandards an den Markt.



Neues Sparkassengesetz

Durch den Wegfall der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung haben sich die Rahmenbedingungen für das Sparkassengeschäft in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Damit die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig ein verlässlicher Partner für Bürger und Mittelstand sind, ist es notwendig, das in die Jahre gekommene Sparkassengesetz zu novellieren und es modern, zukunftsfest und EU-fest zu gestalten. Der Entwurf des Sparkassengesetzes geht dabei von drei einfachen Prinzipien aus:

1. Was sich bewährt hat, muss für die Zukunft gesichert werden.
2. Was nutzlos geworden ist, muss gestrichen werden.
3. Notwendige Neuerungen müssen eingeführt werden.

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sind Wirtschaftsunternehmen ihrer Kommunen. Dieser Zusammenhang soll zukünftig durch den Ausweis von Trägerkapital, das nicht veräußerbar ist, stärker betont werden. Die kommunale Trägerschaft der Sparkassen hat sich bewährt und muss bestehen bleiben. Deshalb wollen wir keine Privatisierung! Als eine wesentliche Neuerung sind zudem verbesserte Ausschüttungsmöglichkeiten geplant. Ob der gesamte Jahresüberschuss der Sparkasse oder ein geringerer Betrag ausgeschüttet werden, obliegt der Verantwortung des Trägers. Die Kommunen müssen die Beträge jedoch für ihre gemeinwohlorientierten Aufgaben und Zwecke nutzen. Das heißt, die Ausschüttungen müssen den Bürgern zugute kommen.

Finanzverwaltung – Wiedereinführung mittlerer Dienst

Die im Jahr 2003 getroffene Grundsatzentscheidung, in der Steuerverwaltung die zweigeteilte Laufbahn einzuführen und den mittleren Dienst sukzessive abzuschmelzen, wird mit Beginn des Haushalts 2008 wieder rückgängig gemacht. Ab dem Sommer 2008 werden zunächst wieder 100 Anwärterinnen und Anwärter für den mittleren Dienst ausgebildet. Damit haben nun auch wieder Jungen und Mädchen mit mittlerer Reife die Chance, sich um eine interessante und abwechslungsreiche Perspektive in der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen zu bewerben.

Neuverschuldung

2005: **6,66** Milliarden Euro
2006: **3,24** Milliarden Euro
2007: **2,34** Milliarden Euro
2008: **1,99** Milliarden Euro

2008 sinkt die Neuverschuldung Nordrhein-Westfalens auf den niedrigsten Stand seit 30 Jahren.

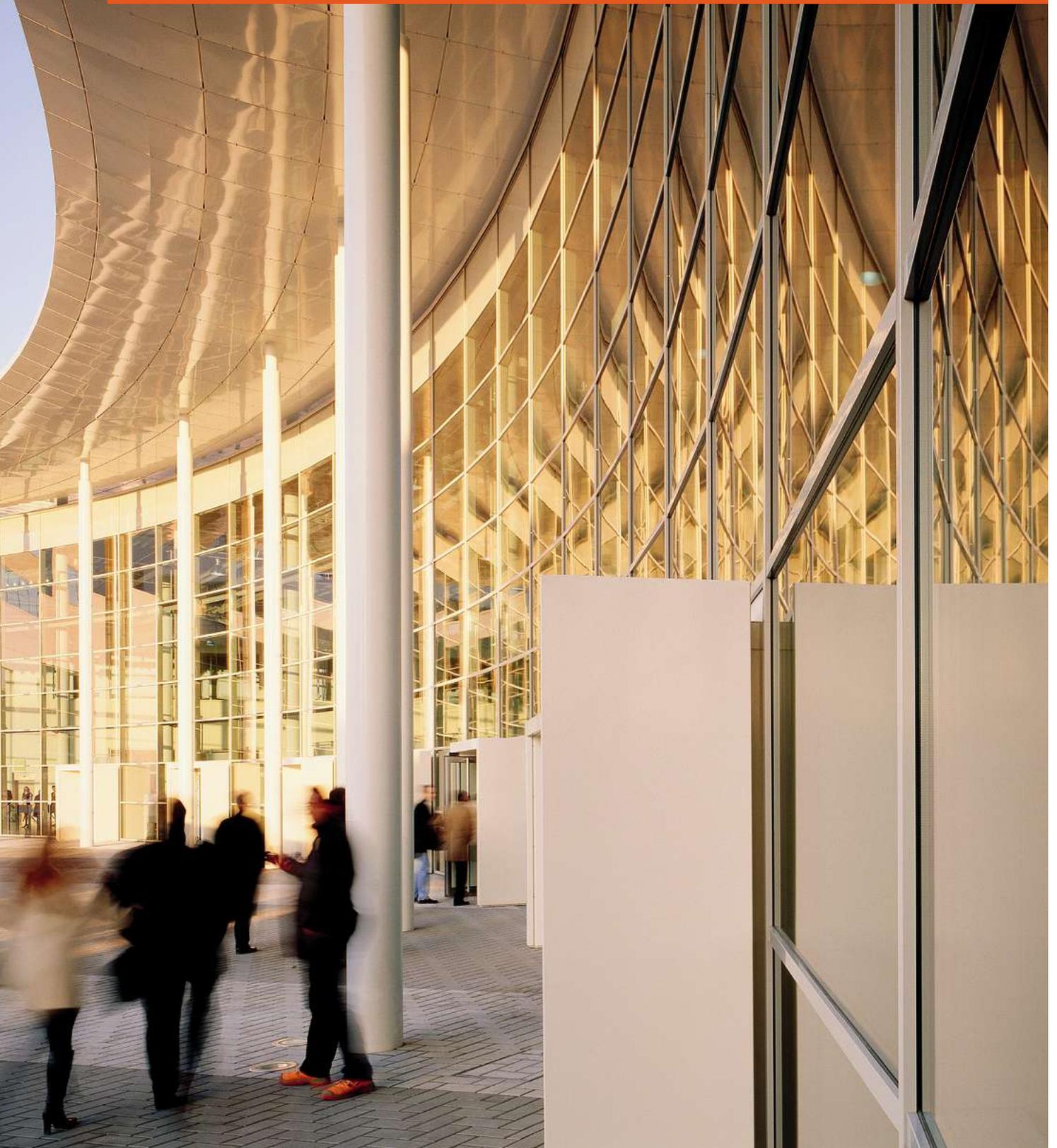
Steuereinnahmen

2005: **34,7** Milliarden Euro
2006: **37,0** Milliarden Euro
2007: **39,9** Milliarden Euro
2008: **41,1** Milliarden Euro

2008 liegen die Steuereinnahmen Nordrhein-Westfalens auf dem höchsten Stand überhaupt. Es hat nie höhere Steuereinnahmen in unserem Bundesland gegeben.

Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Wirtschaftsaufschwung und Energiesicherheit





Wirtschaftsministerin Christa Thoben



High Tech zum Energiesparen

Start der Innovationswettbewerbe

Die Landesregierung hat das operationelle Programm für den Einsatz der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Nordrhein-Westfalen aufgestellt. Förderschwerpunkte sind die Stärkung der unternehmerischen Basis, Innovation und wissensbasierte Wirtschaft sowie nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Neben der weiterhin wichtigen Unterstützung für strukturschwache Regionen fördert das Ziel-2-Programm seit 2007 in allen Regionen des Landes Wachstum und Innovation. Insgesamt stehen für die Förderperiode 2007 bis 2013 knapp 1,3 Milliarden Euro aus dem Europäischen Regionalfonds zur Verfügung, die in gleicher Höhe aus Mitteln des Landes, der Kommunen und aus Beiträgen Dritter ergänzt werden. Etwa die Hälfte des gesamten Fördervolumens steht für die Innovationsförderung zur Verfügung.

Die Vergabe der Mittel erfolgt – soweit wie möglich – in Wettbewerbsverfahren. Die Förderentscheidungen werden jeweils von einer unabhängigen, mit Experten besetzten Jury anhand transparenter Kriterien getroffen. Die Wettbewerbe laufen seit Sommer 2007 an. Bisher sind gestartet: Check.NRW im Leitmarkt Chemie- und Kunststoffindustrie, Create.NRW im Leitmarkt Kultur- und Kreativwirtschaft, der Innovationswettbewerb Energie.Nordrhein-Westfalen sowie Gründung und Wachstum.Nordrhein-Westfalen. Bis zum Jahresende folgen die Wettbewerbe Automotive, Logistik, Tourismus und Standort Innenstadt.

Nordrhein-Westfalen-Clusterpolitik

Eng verknüpft mit der Innovations- und Wettbewerbsstrategie ist die neue Clusterpolitik der Landesregierung. Sie schafft die Voraussetzungen für eine deutlichere Profilierung der industriellen und technologischen Potenziale im Land und verstärkt Synergien zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen in den Leitmärkten Gesundheit, Transport und Logistik, neue Werkstoffe und Produktionstechnologien, Energie, wissensintensive Produktion und Dienstleistungen sowie in besonderen Querschnittsthemen (z.B. Tourismus oder Gründung und Wachstum). Diese Leitmärkte werden in 16 Clustern abgebildet. Die von der Landesregierung geförderten Nordrhein-Westfalen-Cluster bauen auf Regio-Clustern auf. Sie erhalten ein professionelles Management und vernetzen die Aktivitäten sämtlicher Akteure entlang der Wertschöpfungsketten

in den Leitmärkten. Dabei ist die enge Zusammenarbeit der Bereiche Forschung, Entwicklung, Produktion und Vermarktung sowie der öffentlichen Hand ausschlaggebend für den Erfolg. Schon heute wird sichtbar, dass die Netzwerke und Cluster im Land Motoren für Innovationen, Wachstum und Beschäftigung, aber auch für strukturelle Anpassungen der Wirtschaft an die sich wandelnden Erfordernisse internationaler und wissensbasierter Märkte sind.

Initiative Zukunft Ruhr gestartet

Am 6. März 2007 hat die Landesregierung die Initiative Zukunft Ruhr ins Leben gerufen. Sie umfasst ein integriertes Konzept für die Metropole Ruhr, das unter anderem regionale Initiativen und Projekte zur Steigerung von Existenzgründungen, Unterstützung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Clustern fördert sowie die Bereitstellung von innovativen Finanzierungsinstrumenten für kleine und mittelständische Unternehmen vorsieht. Zu den technologischen Schwerpunkten zählen die energiewirtschaftliche Forschung und Entwicklung, die Gesundheitswirtschaft, die Logistik, Nanotechnologie, Chemie sowie neue Werkstoffe. Besondere Bedeutung misst die Initiative der positiven Entwicklung des Stadtbildes in der Metropole Ruhr bei sowie der Kultur- und Kreativwirtschaft im Ruhrgebiet, die durch die Benennung der Stadt Essen und des Reviers als Kulturhauptstadt Europas 2010 starke Entwicklungsimpulse erhält.

Meistergründungsprämie erhöht

Neue Arbeitsplätze entstehen vor allem durch Gründungen und Wachstum mittelständischer Unternehmen. Aus diesem Grunde wurden die Mittel für die Meistergründungsprämie schon 2006 trotz angespannter Haushaltslage um zwei Millionen auf 6,1 Millionen Euro erhöht. Ab dem 1. Januar 2007 gibt es eine landesweit einheitliche Förderung von 7.500 Euro. Wurden 2006 rund 650 Anträge auf Meistergründungsprämie gestellt, so werden 2007 voraussichtlich 700 und 2008 mehr als 800 junge Meisterinnen und Meister bei Gründungen, Beteiligungen und Betriebsübernahmen finanziell unterstützt.



Münsterländische Privatbrauerei

Mittelstandspakete beschlossen

Mit verschiedenen Maßnahmebündeln zur Mittelstandsförderung stärkt die Landesregierung die Selbstverwaltung der Wirtschaft, verbessert die Finanzierungsmöglichkeiten und trägt dazu bei, überflüssige oder den Mittelstand hemmende Rechtsvorschriften abzuschaffen. Drei Mittelstandspakete mit 22 Maßnahmen, von denen viele bereits umgesetzt sind, wurden in den zurückliegenden 30 Monaten beschlossen.

Beispiele:

- Für Existenzgründer werden schrittweise im ganzen Land so genannte STARTERCENTER NRW aufgebaut. Sie basieren auf regionalen Vereinbarungen, in denen die Akteure – Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, kommunale Wirtschaftsförderer – ihre Gründungsberatungsaktivitäten abstimmen und synchronisieren. In diesen neuen, zentralen Anlaufstellen für Gründer erfolgt die Gründungsberatung einschließlich der Unterstützung bei den wichtigsten Formalitäten aus einer Hand und an einem Ort. Inzwischen existieren 36 zertifizierte STARTERCENTER NRW. Bis Ende des Jahres wird die Zahl voraussichtlich auf 60 steigen.
- Seed-Fonds der NRW.BANK stellen den Gründern Eigenkapital in Form von Beteiligungen zur Verfügung. Erste regionale Fonds bestehen für Dortmund, Aachen, Köln/Bonn, Düsseldorf, das mittlere Ruhrgebiet und Bielefeld; ein weiterer Fonds ist für Münster geplant.
- Hochschulgründerfonds stehen seit März 2006 in den Ziel-2-Gebieten zur Verfügung. Gemeinsam mit den Hochschulgründerverbänden fördern sie die Ausgründungen aus Hochschulen. In Bochum, Dortmund, Duisburg und Gelsenkirchen werden erste Projekte durchgeführt.
- Unter Federführung Nordrhein-Westfalens wurde eine Novellierung des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG) erarbeitet und nach Zustimmung des Bundesrates in den Bundestag eingebracht. Dieser Entwurf sieht im Wesentlichen eine Lockerung der durch das Gesetz vorgeschriebenen Anlagengrenzen und Erleichterungen bei den Regeln über den Eigenkapitalersatz vor. Das auf Bundesebene federführende Bundesfinanzministerium hat den Länderentwurf weitgehend in den Regierungsentwurf

eines Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG) übernommen. Das MoRaKG soll zum 1. Januar 2008 zeitgleich mit der Unternehmensteuerreform in Kraft treten.

- Die Eignungsprüfung von Handwerkern, die sich ohne Meisterbrief selbstständig machen wollen, wurde von den Bezirksregierungen auf die Handwerkskammern verlagert. Einzelne Aufgaben der Berufsbildung wurden ebenfalls auf die Kammern übertragen. Hierzu zählen die Überprüfung der Eignung einer Ausbildungsstätte und der Qualifikation der Ausbilder im Betrieb, die Überwachung der Berufsausbildungsvorbereitung sowie die Untersagung der Ausbildung, wenn die erforderlichen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen.
- Für die Auftragsvergabe der Kommunen unterhalb der EU-Schwellenwerte wurden die Schwellenwerte für freihändige und beschränkte Vergaben deutlich heraufgesetzt. Hierdurch können sich vor allem kleine und mittlere Betriebe der Region mit größerem Erfolg um öffentliche Aufträge bewerben und damit Arbeitsplätze sichern.
- Die Aufhebung des Tarifreuegesetzes ist ein wichtiger Schritt zur Entlastung der Wirtschaft und der Kommunen von bürokratischem Ballast. Nordrhein-Westfalen zieht damit die Konsequenz aus negativen Erfahrungen mit der Gesetzesanwendung. Beteiligte in Wirtschaft und Verwaltung hatten zuvor eindeutig für die Aufhebung des Gesetzes plädiert.

Außenwirtschaftsförderung und Standortmarketing neu organisiert

Die Neuordnung der Außenwirtschaftsförderung dient dem professionellen Auftreten und damit der Steigerung sowohl von Direktinvestitionen als auch des Exportes des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Außenwirtschaftsförderung wurde gestrafft und wirtschaftsnäher ausgestaltet; die operativen Verantwortlichkeiten wurden zwischen den Akteuren eindeutig geregelt.

- Die am 13. November 2006 gegründete Gesellschaft NRW.International GmbH hilft den Unternehmen dabei, internationale Märkte zu erschließen. Gesellschafter sind die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die NRW.BANK.



Ausbildung im Handwerk: gute Chancen

Die NRW.International übernimmt unter anderem das Nordrhein-Westfalen-Außenwirtschaftsportal, die Auslandsmesseförderung, die Organisation von Delegationsreisen der Unternehmen, die Durchführung von Kooperationsbörsen, Firmenmatchings sowie einzelne außenwirtschaftliche Projekte.

- Die NRW.INVEST ist im Frühjahr 2007 aus der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Nordrhein-Westfalen mbH hervorgegangen. Die zentralen Aufgaben von NRW.INVEST sind das internationale Marketing für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen sowie die Akquisition und Betreuung ausländischer Investoren. Teil des Konzepts ist die Präsenz von NRW.INVEST in den wichtigsten Partnerregionen Nordrhein-Westfalens weltweit. So wurde im September 2007 ein neues Büro in Shanghai eröffnet. 2008 wird NRW.INVEST auch wieder mit einer eigenen Adresse in den USA vertreten sein (Chicago).

Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlebergbau

Im Jahr 2005 wurde weit mehr als die Hälfte des Etats des Wirtschaftsministeriums durch die Subventionierung der Steinkohleförderung aufgezehrt. Im August 2007 beschlossen der Bund und das Land den Auslauf des subventionierten Steinkohlebergbaus bis 2018 ohne soziale Brüche und Verwerfungen für die Bergleute. Auf diesem Weg spart Nordrhein-Westfalen ab 2013 mehr als 1,5 Milliarden Euro im Vergleich zu den bisherigen Regelungen. Das Land wird sich schon ab 2015 nicht mehr an den Beihilfen für die laufende Produktion beteiligen; ab diesem Zeitpunkt werden nur noch Altlasten und Stilllegungshilfen aus dem Landeshaushalt finanziert.

Bessere Rahmenbedingungen für Einzelhandel und Gastronomie

Am 21. November 2006 trat das neue Gesetz zur Ladenöffnung in Kraft – rechtzeitig zum Weihnachtsgeschäft. An den Werktagen sind nun Öffnungszeiten von 24 Stunden möglich. Vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr können beantragt werden – davon maximal einer im Advent. An Weihnachten, Ostern, Pfingsten und stillen Feiertagen ist keine Freigabe möglich. Seit dem Sommer 2005 dürfen die Biergärten in Nordrhein-Westfalen ihre Gäste bis 24 Uhr bewirten.

Wachstumsrate

2006 stieg unser Bruttoinlandsprodukt in Nordrhein-Westfalen um **2,4** Prozent.

Das letzte Mal erreichten wir eine solche Zuwachsrate im Jahr 2000 – also vor sieben Jahren. Im ersten Halbjahr 2007 lag die Zuwachsrate bei real **3,0** Prozent. Damit lag das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens über dem bundesdeutschen Durchschnitt von **2,9** Prozent.

Top bei ausländischen Investitionen

Nordrhein-Westfalen übt große Anziehungskraft auf ausländisches Investitionskapital aus: **27,3** Prozent (**143,9** Milliarden Euro) aller ausländischen Investitionen in Deutschland konzentrieren sich auf Nordrhein-Westfalen. Rund **10.000** ausländische Unternehmen aus allen wichtigen Investorenländern steuern von Nordrhein-Westfalen aus ihre Deutschland- oder Europaaktivitäten.

Land der Familienunternehmen

Familienunternehmen sind ein Standbein der deutschen Wirtschaft. Rund ein Viertel der größten Familienunternehmen haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen.



Kleine Unternehmen: großartig

Starke Innenstädte

Attraktive Stadtzentren zeichnen sich durch eine gute Mischung u.a. von Einzelhandels-, Gastronomie-, Kultur- und Bildungsangeboten aus. Daher soll der Handel auch da stattfinden, wo die Menschen leben, und nicht auf der grünen Wiese. Die Regelung zum großflächigen Einzelhandel wurde 2007 im Gesetz zur Landesentwicklung (LEPro) entsprechend geändert. Großflächige Einzelhandelsangebote mit zentren-relevanter Ware (z.B. Bekleidung) dürfen nur noch in den Innenstädten oder in Stadtteilzentren entstehen.

Regionalplanung:

Mehr Eigenverantwortung für die Metropole Ruhr

Ab September 2009 – mit der Kommunalwahl – erhält der Regionalverband Ruhr die Kompetenzen für die Regionalplanung in seinem Verbandsgebiet. Damit ist erstmals für die Region eine Wirtschafts- und Infrastrukturförderung aus einer Hand möglich.

REACH-Net

Die nach langjährigen Diskussionen inzwischen verabschiedete EU-Chemikalienverordnung REACH bringt einen enormen Informationsbedarf für die Unternehmen mit sich. Gemeinsam mit anderen Partnern wurde deshalb REACH-Net entwickelt: Ein praxisorientierter und unbürokratischer Online-Beratungsservice vor allem für kleine und mittlere Unternehmen – www.reach-net.com. Das Pilotprojekt startete am 28. November 2006 im Einzugsbereich der IHK Köln, einer der führenden Chemieregionen Nordrhein-Westfalens und Deutschlands. Die Pilotphase wurde am 30. April 2007 abgeschlossen.

Nationaler Allokationsplan II

Nordrhein-Westfalen hat mit ca. 44 Prozent aller deutschen Emissionen im Rahmen des Emissionshandels einen weit überproportionalen Anteil zu tragen. Auch europaweit ist Nordrhein-Westfalen einer der größten Emittenten. Der Nationale Allokationsplan für die zweite Handelsperiode des Emissionszertifikatehandels von 2008 bis 2012 wurde in enger Zusammenarbeit zwischen den Landesregierungen und der Bundesregierung erstellt. Nordrhein-Westfalen hat dabei als einziges Bundesland einen mit der vom Emissionshandel betroffenen Wirtschaft abgestimmten Beitrag eingebracht. Ziel der Landesregierung war es, Anreize für den



Umspannwerk

Neubau von Kraftwerken und die dafür notwendige Planungssicherheit zu geben, um durch den Einsatz modernster Technologie rasche Emissionsminderungen herbeizuführen.

Wettbewerb auf dem Energiemarkt

Um mehr Wettbewerb in der Energieversorgung und damit günstigere Energiepreise zu erreichen, ist bei Strom- und Gaspreisen eine Regulierung durch den Staat notwendig. Dementsprechend prüft die Landesregulierungsbehörde die Netzentgelte für die 89 Strom- und 129 Gasnetze der kleinen und mittleren Stadtwerke in Nordrhein-Westfalen. Auch in Zukunft wird die Landesregierung alle Möglichkeiten nutzen, um zu mehr Preistransparenz auf dem Energiemarkt beizutragen.

Position Nordrhein-Westfalens zur europäischen Energiepolitik

Die Landesregierung hat im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ihre Position zur europäischen Energiepolitik bestimmt: unter anderem durch die Stellungnahmen im Rahmen der Internetkonsultationen zu den EU-Grünbüchern zur Energieeffizienz und zu einer nachhaltigen Energiepolitik/Versorgungssicherheit.

Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2007 waren unter anderem:

- die Vernetzung der Energieeffizienz-Offensive Nordrhein-Westfalen mit nationalen und europäischen Aktivitäten, zum Beispiel dem EU-Aktionsplan Energieeffizienz
- die Einflussnahme auf die Fortentwicklung des EU-weiten Emissionshandelssystems zur Wahrung der Landesinteressen
- die Implementation einer EU-Perspektive in jedem Kompetenz-Netzwerk der EnergieAgentur.NRW, zum Beispiel durch die Beteiligung an EU-Projekten, wie bereits im Kompetenz-Netzwerk Brennstoffzelle und Wasserstoff erfolgreich praktiziert.

Energieeffizienz-Offensive NRW spart Energie

Zur Erhöhung der Energieeffizienz bei den Energie-nutzern hat die Landesregierung eine Kampagne entwickelt. Anfang 2007 startete die Energieeffizienz-Offensive NRW spart Energie. Ziel ist es, bis 2020 in Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Kommunen und Privathaushalten den Energieverbrauch um 20 Prozent gegenüber 2006 zu senken. Das entspricht den von der Bundesregierung und der Europäischen Kommission vorgegebenen Zielen.

Gemeinschaftsaktion Gebäudesanierung Nordrhein-Westfalen – Mein Haus spart

Um die energetische Sanierung des Gebäudebestandes zu forcieren, hat die Landesregierung die bundesweit beispielhafte Gemeinschaftsinitiative Gebäudesanierung ins Leben gerufen. In der Gemeinschaftsaktion haben sich zwölf wichtige Partner zusammengeschlossen, die in Nordrhein-Westfalen bei der Erstinformation, Beratung, Wissensvermittlung und Umsetzung einer energetischen Gebäudesanierung aktiv sind. Ziel ist es, die Hausbesitzer optimal anzusprechen. 2006 hat sich das Zusagevolumen des KfW-Gebäudesanierungsprogramms gegenüber den Vorjahren auf eine Milliarde Euro nahezu vervierfacht. Experten rechnen allein in Nordrhein-Westfalen mit bis zu 50.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, die vor allem in den mittelständischen Unternehmen der Baubranche entstehen könnten, wenn es gelingt, die Modernisierungsquote auf zwei Prozent zu heben – und damit zu verdoppeln.

Neue EnergieAgentur.NRW

Die neue Energieagentur (www.energieagentur.nrw.de) führt das Know-how und die Kompetenzen der bisherigen Energieagentur Nordrhein-Westfalen und der Landesinitiative Zukunftsenergien zusammen und stärkt so die strategischen Kompetenzen im Energieland Nordrhein-Westfalen sowie seine herausragende Position als europäische Energieregion. Die Energie-Agentur.NRW ist zentraler Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Thema Energie. Sie bietet umfassende Beratungs- und Weiterbildungsleistungen an, unterstützt Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen im Bereich der Außenwirtschaft und forciert den Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Dank der Energieagentur nimmt Nordrhein-Westfalen in den wichtigsten energietechnologischen Forschungs- und Entwicklungsfeldern unter dem Markenzeichen Klimaschutz made in Nordrhein-Westfalen weltweit Spitzenpositionen ein.

Mittelstandsland Nr. 1

Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie beschäftigen über zwei Drittel (**67,8** Prozent) unserer Arbeitnehmer, bilden gut vier Fünftel aller Lehrlinge (**81,9** Prozent) aus, tätigen fast die Hälfte aller Investitionen und steuern **42** Prozent zur Bruttowertschöpfung aller Unternehmen bei. Mit **723.000** kleinen und mittleren Unternehmen ist Nordrhein-Westfalen eine Wirtschaftsmacht in Sachen Mittelstand.

Junge Unternehmen prägen in Nordrhein-Westfalen das Bild des Mittelstandes:

38,3 Prozent aller Unternehmen sind maximal zehn Jahre alt.

Beliebter Standort für Global Player

Nordrhein-Westfalen ist Sitz von **34** der **100** größten deutschen Unternehmen, Sitz von neun der 30 DAX-Konzernen und Sitz von neun der **100** größten europäischen Unternehmen. Fünf und zehn größten Arbeitgeber in Deutschland haben ihre Zentralen an Rhein und Ruhr.

DAX-Unternehmen mit Sitz in Nordrhein-Westfalen: Bayer AG, Deutsche Post World Net, Deutsche Telekom AG, Eon AG, Henkel KGaA, Lufthansa AG, Metro AG, RWE AG sowie Thyssen-Krupp AG.

Industrielles Kraftpaket

Nordrhein-Westfalen ist nicht nur geographisch das Herz Europas. Es ist mit seinen **18** Millionen Einwohnern auch das Logistik-Zentrum im Herzen Europas, zudem der führende Wirtschaftsstandort in der Chemie, der Energie, bei den Messen, in der Mode, bei den Versicherungen: überall die Nummer Eins.

Inneres

Starke Kommunen – Moderne Verwaltung –
Sicheres Nordrhein-Westfalen



Kommunen gestärkt und Mittelstand gefördert

Die Landesregierung hat mit der neuen Gemeindeordnung alle Akteure der kommunalen Ebene in ihren jeweiligen Handlungsmöglichkeiten gestärkt. Bürgermeister und Landräte werden künftig auf sechs Jahre und in einem Wahlgang gewählt; letztmalig mit der Kommunalwahl im Jahr 2009 zeitgleich mit der Kommunalvertretung. Danach sind die Wahlen entkoppelt. Damit wird die persönliche und fachliche Unabhängigkeit der kommunalen Verwaltungsspitzen betont. Gleichzeitig wird die Bedeutung der Wahlen zu den Räten und Kreistagen erhöht. Mit dem neuen § 107 Gemeindeordnung wird ein fairer Interessenausgleich zwischen den Kommunen und der mittelständischen Wirtschaft geschaffen. Die Gemeinden und Kreise sollen sich zukünftig noch intensiver auf ihre Kernaufgaben der örtlichen Daseinsvorsorge konzentrieren und Verwaltungsprozesse noch effizienter gestalten.

Mitbestimmung harmonisiert

Die Landesregierung hat unter weitgehender Übernahme erprobter und bewährter Regelungen des Bundespersonalvertretungsgesetzes mit Augenmaß und sozialer Balance die Beteiligungsrechte der Personalräte neu ausgerichtet, Beteiligungsverfahren vereinfacht und gestrafft. Die veränderten Regelungen wahren die berechtigten Belange der Beschäftigten an einer angemessenen Beteiligung und zugleich die Interessen des Landes an einer effektiv und effizient arbeitenden Verwaltung.

Fahnden statt verwalten: Polizei modernisiert

Die Landesregierung hat die Polizei des Landes umfassend modernisiert und zukunftssicher aufgestellt. Die Polizei kann sich nun wieder verstärkt ihren Kernaufgaben der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr widmen. Mit den beiden Änderungsgesetzen zum Polizeiorganisationsgesetz und der Umsetzung des Drei-Säulen-Konzepts hat die Landesregierung die Polizei von überflüssiger Bürokratie befreit und die äußere und innere Organisation gestrafft. So verfügt Nordrhein-Westfalen durch die vollständige Herauslösung der Mittelinstanz über den bundesweit schlanksten Verwaltungsaufbau bei der Polizei. Mindestens 500 Polizeibeamtinnen und -beamte konnten damit für den unmittelbaren Dienst vor Ort in den Polizeibehörden zurück gewonnen werden.

Jährlich 1.100 neue Polizisten

Nordrhein-Westfalen hat sich als erstes und bisher einziges Bundesland dem Wandel der Altersstruktur gestellt und umfassende Lösungsansätze erarbeitet. So wird das Land die Zahl der Neueinstellungen bei der Polizei mehr als verdoppeln. Ab 2008 stellt die Landesregierung – statt der von der Vorgängerregierung geplanten 500 – jährlich 1.100 Polizeianwärter ein. Zudem wurde der schon beschlossene Stellenabbau bei der Polizei gestoppt: 841 Stellen bleiben somit erhalten.



Kinder für Sport begeistern

Katastrophenschutz verbessert

Die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr durch die Feuerwehren, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen wurde kontinuierlich verbessert. Der Katastrophenschutz wurde konsequent auf die Hauptgefahren wie z. B. große Unglücksfälle, Extremwetterlagen oder Hochwasser neu ausgerichtet. Seit 2005 wurden dafür vom Land 20 Millionen Euro investiert. Auf Kreisebene haben etwa 80 Übungen und Realeinsätze stattgefunden. Das Zusammenwirken über die Grenzen der Gemeinden und Kreise wurde durch die Vereinheitlichung der überörtlichen Hilfe, die Modernisierung der Ausstattung und die Einrichtung des Krisenstabes der Landesregierung beim Innenministerium zielgerichtet weiterentwickelt. Dieser Prozess wird mit dem „Aktionsprogramm Katastrophenschutz“ fortgesetzt.

Weniger Bürokratie

Die Verwaltung des Landes arbeitet gut. Sie ist aber mit über 412.000 Beschäftigten viel zu groß geworden. Jedes Jahr muss das Land zusätzliche Personalausgaben von ca. 800 Millionen Euro aufgrund der natürlichen Alterung, ohne Einstellungen und Beförderungen verkraften. Daher wird bei jeder staatlichen Aufgabe geprüft, ob diese künftig wegfallen, privatisiert oder kommunalisiert werden kann. Die Landesregierung hat bereits über 120 selbständige Behörden und Einrichtungen aufgelöst bzw. die Auflösung beschlossen: Die bisherigen staatlichen Sonderbehörden für die Bereiche Umwelt, Arbeitsschutz, Bergbau und Agrarordnung – 38 Behörden mit weit über 3.000 Stellen – wurden zum 1. Januar 2007 aufgelöst. Nach einer umfangreichen Aufgabenkritik (von mehreren tausend Aufgaben) wird ein Großteil der bislang staatlichen Vollzugaufgaben zum 1. Januar 2008 kommunalisiert. Von wesentlicher Bedeutung ist auch die Kommunalisierung der elf staatlichen Versorgungsämter. Alle Strukturmaßnahmen führen zu Personaleinsparungen von 15 bis 30 Prozent und sind dabei sozial abgefedert, denn betriebsbedingte Kündigungen und zwangsweise Versetzungen in den Ruhestand werden ausdrücklich ausgeschlossen. Mit der Reform entlastet die Landesregierung nicht nur den Landeshaushalt, sondern stärkt zugleich die Gemeinden, Städte und Kreise als zuständige Verwaltungsbehörden. Das erhöht die Bürgernähe der Verwaltung: Jeder Bürger und jeder Wirtschaftsbeeteiligte soll in Sachen Verwaltung seine Gemeinde oder Kreisverwaltung als Ansprechpartner haben.



Innenminister Dr. Ingo Wolf

Die Landesregierung hat das Widerspruchsverfahren überall da abgeschafft, wo es in aller Regel erfolglos und deshalb aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger nur ein zeitraubendes Durchlaufverfahren für eine alsdann sowieso notwendige Klage war. Mit dem Wegfall des Widerspruchsverfahrens wird eine Stärkung des Verfahrens vor Erlass des Verwaltungsaktes einhergehen. Insbesondere eine Intensivierung des Anhörungsverfahrens ist ein geeigneter Weg, die Interessen der Betroffenen bereits frühzeitig zu berücksichtigen.

Sportland Nordrhein-Westfalen

Ob die FIFA-Fußball-WM 2006, die Fußball-WM der Behinderten, die Weltreiterspiele, die Weltmeisterschaft im Feld-Hockey, die Handball-WM, die Kanu-WM oder der jährliche ARAG-World-Team-Cup im Tennis, Nordrhein-Westfalen hat sich mit diesen Großereignissen als begeistertes Sportland präsentiert. Die Landesregierung fördert den Sport in jeder Beziehung, allerdings muss er manipulations- und dopingfrei sein.

Leistungs- und Breitensport gefördert

Die Landesregierung ist dem Leistungssport verpflichtet. So unterstützt das Land insbesondere die Nachwuchsleistungssportler. Es hat die Zukunft der Sportstiftung Nordrhein-Westfalen gesichert und mit der Stiftung „momentum“ das Deutsche Forschungszentrum für Leistungssport Köln entwickelt. Hier werden neueste wissenschaftliche Erkenntnisse für die Spitzensportler nutzbar gemacht. Darüber hinaus will die Landesregierung in fünf neuen Nordrhein-Westfalen-Sportschulen die Möglichkeit schaffen, Sport auf höchstem Niveau mit einer qualifizierten schulischen Ausbildung zu verbinden. Anfang August 2007 ist in Düsseldorf das Lesing-Gymnasium als erstes an den Start gegangen. 2008 werden zwei weitere folgen. Sport für Jedermann und Gesundheit sind zwei Seiten der selben Medaille. Deshalb hat die Landesregierung mit dem Landessportbund ein gemeinsames Programm gestartet und mit den Ärztekammern und weiteren Partnern im Rahmen einer Kampagne „Überwinde deinen inneren Schweinehund“ zu Sport und Bewegung aufgerufen. Mit „schwer mobil“ hilft die Landesregierung zudem Vereinen, schwerwichtige Kinder für den Sport zu erreichen. Mit diesen Programmen wird die Integration gefördert. Die soziale Funktion des Sports wird sichtbar.

Sichere Städte

Elf der **20** sichersten Städte Deutschlands ab **200.000** Einwohnern liegen in Nordrhein-Westfalen. Zu den Top Ten gehören Bielefeld (Platz 1), Wuppertal (2), Gelsenkirchen (4), Mönchengladbach (7), Essen (9) und Duisburg (10).

13 der **20** sichersten Städte Deutschlands ab **100.000** Einwohnern liegen ebenfalls in Nordrhein-Westfalen. Zu den Top Ten gehören Bergisch Gladbach (Platz 1), Remscheid (2), Solingen (4), Leverkusen (6) und Hamm (9).

Moderne Sportarenen

Nordrhein-Westfalens sportliche Infrastruktur ist beispielhaft. Über **21.000** Sportstätten aller Art stehen der Sport treibenden Bevölkerung zur Verfügung: Sportplätze und Sporthallen, Hallen- und Freibäder, Tennisanlagen, Wintersport-einrichtungen, Anlagen für den Tanz-, Schieß-, Wasser- und Golfsport u.v.a. Neun moderne Stadien stehen mit einer Kapazität von mehr als **20.000** Zuschauerplätzen vor allem für Fußballspiele der 1. und 2. Bundesliga zur Verfügung.

Fußball-Land Nr. 1

Von den **18** Mannschaften der 1. Fußball-Bundesliga kommen allein sechs Traditionsmannschaften aus Nordrhein-Westfalen: Bayer 04 Leverkusen, VfL Bochum, Borussia Dortmund, FC Schalke 04, MSV Duisburg und Arminia Bielefeld. Auch in der 2. Fußball-Bundesliga ist Nordrhein-Westfalen mit vier von insgesamt **18** Mannschaften sehr gut vertreten (Borussia Mönchengladbach, SC Paderborn, Alemannia Aachen und 1. FC Köln).

Eishockeyland Nr. 1

Von den **14** Teams der deutschen Eishockey-Liga stellt Nordrhein-Westfalen mit den DEG Metro Stars, den Kölner Haien, den Krefelder Pinguinen, den Iserlohn Roosters und dem EV Duisburg fünf Mannschaften.

Handball-Land Nr. 1

In der 1. Handball-Bundesliga hält Nordrhein-Westfalen den Spitzenplatz. Fünf von **18** Vereinen kommen aus Nordrhein-Westfalen: VfL Gummersbach, TBV Lemgo, TUS Nettelstedt-Lübbecke, Tusem Essen und GWD Minden.

Arbeit, Gesundheit und Soziales

Mehr Ausbildung, Beschäftigung,
medizinische Versorgung und
soziale Sicherheit für die Menschen





Arbeitsminister Karl-Josef Laumann bei seiner Ausbildungstour 2006

Beratungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen

Über 11.000 Unternehmen haben bis jetzt die Beratungsförderung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Anspruch genommen. Mehr als 360.000 Beschäftigte haben davon profitiert. Entgegen dem allgemeinen Arbeitsplatzabbau in den letzten Jahren haben diese Betriebe ca. 5.000 neue Arbeitsplätze geschaffen – und planen, noch rund 10.000 zusätzlich einzurichten. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen und ihre Beschäftigten passen unsere Angebote, Potenzial- und Arbeitszeitberatungen, weil sie unkompliziert sind und schnell zu konkreten Ergebnissen führen.

Bildungsschecks für die Beschäftigten mittelständischer Unternehmen

Aus dem gleichen Grund wird die Landesregierung auch die Förderung der Ausgaben für berufliche Weiterbildung durch Bildungsschecks über das Jahr 2008 hinaus fortsetzen. Mit dem Bildungsscheck erhalten Beschäftigte aus kleinen und mittleren Unternehmen einen Nachlass von 50 Prozent auf die Teilnahmegebühr, max. 500 Euro. Das unbürokratische Verfahren hat den Bildungsscheck zu einem Erfolgsmodell gemacht. Seit 2006 sind über 100.000 Bildungsschecks eingelöst worden.

Außerbetriebliche Ausbildungsplätze und Werkstattjahr

Mit dem Sonderprogramm Ausbildung 2006 wurden rund 2.900 zusätzliche außerbetriebliche Ausbildungsplätze bei wirtschaftsnahen Bildungsträgern geschaffen. Mit dem Werkstattjahr wird rund 4.500 berufsschulpflichtigen Jugendlichen, die den Übergang von der Schule in eine Ausbildung nicht geschafft haben, ein zusätzliches freiwilliges Angebot gemacht, das ihre Perspektiven auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verbessert.

3. Weg in der Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen

Mit dem 3. Weg in der Berufsausbildung in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung im Herbst 2006 Neuland betreten. 850 Jugendliche, die zwar ausbildungswillig, aber noch nicht voll ausbildungsfähig sind, erhalten hier die Möglichkeit zu einem Berufsabschluss zu kommen. Diese neue Form der Ausbildung sieht u.a.

ein größeres Zeitbudget bis zu fünf Jahren vor und vermittelt die Ausbildungsinhalte über Bausteine. Mittlerweile wird diese Idee der Ausbildungsbausteine auch auf der Bundesebene aufgegriffen.

Ausbildungsprogramm für die Pflege alter Menschen

Das zu Beginn der Legislaturperiode eingeführte 1.000-Plätze-Programm für die Altenpflegefachkraftausbildung wird weitergeführt. Damit wird gewährleistet, dass jeder, der einen Ausbildungsplatz in einer Pflegeeinrichtung hat, auch einen Schulplatz erhält. Für die erstmals in Nordrhein-Westfalen ab September 2006 eingeführte staatlich anerkannte Altenpflegehilfeausbildung werden wir in diesem Jahr zunächst 1,1 Millionen Euro und ab 2009 jährlich 2,2 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Mit diesen Maßnahmen stellt die Landesregierung sicher, dass auch zukünftig genügend fachlich qualifizierte Nachwuchskräfte für den Pflegebereich bereitstellen werden.

Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt

Mit Jugend in Arbeit plus werden langzeitarbeitslose Jugendliche unter 25, die schwer vermittelbar sind, in Beschäftigung gebracht und dauerhaft in den Arbeitsmarkt integriert. Nach dem Willen der Vorgängerregierung sollte dieses Programm auslaufen, obwohl es sich als sehr erfolgreiches Instrument bewährt hat. Die neue Landesregierung entschloss sich daher 2006 zu einem Neustart. Bisher wurden bereits rund 11.000 Jugendliche der Initiative zugewiesen.

Erfolgreiches Kombilohn-Modell

Dank des Kombilohns Nordrhein-Westfalen haben in den letzten Monaten ca. 3.300 langzeitarbeitslose Menschen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erhalten. Dabei handelt es sich zumeist um Menschen, die auf Grund fehlender Berufsausbildung, ihres Alters oder einer Behinderung kaum Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben.

Das Bundesprogramm JobPerspektive wird dieses Instrument der Integration jetzt umsetzen. Die Landesregierung wird den Vorsprung durch den Kombilohn Nordrhein-Westfalen bei der Umsetzung des Bundesprogramms nutzen, damit 20.000 Stellen für Nordrhein-Westfalen entstehen können.



GirlsDay in Bielefeld



Herstellung von Getränkedosen bei Bonn

Landesregierung für Korrekturen im Sozialgesetzbuch II

Die Landesregierung wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass notwendige Korrekturen im Sozialgesetzbuch II vorgenommen werden: Der Freibetrag für Vermögen, das der Alterssicherung dient, wurde im Jahr 2006 um 50 Euro auf 250 Euro je Lebensjahr angehoben. Dies ist aus Sicht der Landesregierung nicht ausreichend. Sie wird sich deshalb zusätzlich dafür einsetzen, einen sachgerechten Schutz für Altersvorsorgevermögen im SGB II festzuschreiben, um diese Menschen vor Altersarmut zu schützen.

Teilhabe für alle – in der Arbeitswelt

Arbeit ist Grundlage für soziale Sicherung, Selbstbestimmung, Chancengleichheit und Anerkennung. Deshalb ist das Thema Integration in Arbeit auch eine der vier zentralen Säulen des Programms Teilhabe für Alle der Landesregierung.

Die Landesregierung will

- behinderte Menschen beim Übergang in Arbeit und Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt unterstützen
- die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt initiieren
- für Menschen, die wegen der Art und Schwere ihrer Behinderung nicht oder noch nicht auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt werden können, Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen bereitstellen
- neue Impulse für die Weiterentwicklung arbeitsmarktspezifischer Angebote für behinderte Menschen in Nordrhein-Westfalen geben.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Die interministerielle Arbeitsgruppe Illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit Nordrhein-Westfalen koordiniert die Zusammenarbeit der Landesbehörden mit der auf Bundesebene zuständigen Zollverwaltung – Abteilung Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS).

Landesförderung im Sucht- und AIDS-Bereich

Die Landesregierung hat die Landesförderung im Sucht- und AIDS-Bereich budgetiert und kommunalisiert. Die den Kommunen als fachbezogene Pauschalen gewährte Landesförderung soll zu einer noch stärker am örtlichen Bedarf und den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichteten Weiterentwicklung des Präventions- und Hilfesystems beitragen. Durch die Erweiterung des Planungs- und Handlungsspielraums der Kommunen soll die Entwicklung einer zukunftsfähigen AIDS- und Suchthilfeeinfrastruktur erleichtert werden.

Suchtvorbeugung und besser vernetztes Hilfesystem für Suchtkranke

Ein Kernstück unserer Sucht- und Drogenpolitik ist die Suchtvorbeugung. Im Mittelpunkt stehen deshalb bessere Präventionsmaßnahmen – insbesondere bei Kindern und Jugendlichen in Kooperation mit der Jugendhilfe und der Schule. Das bestehende Hilfesystem für Suchtkranke soll mit dem übrigen gesundheitlichen Versorgungssystem besser vernetzt, die Substitutionsbehandlung Drogenkranker weiterentwickelt und die Früherkennung und Frühintervention, besonders bei Kindern und Jugendlichen, verstärkt werden.

Präventionskonzept Nordrhein-Westfalen

Die Mitglieder der Landesgesundheitskonferenz Nordrhein-Westfalen haben sich in zunächst vier Landesinitiativen zu einem gemeinsamen Handeln verabredet. Leben ohne Qualm, Gesundheit von Mutter und Kind, Prävention von Übergewicht und Adipositas im Kindesalter und Sturzprävention bei Senioren. Diese Landesinitiativen werden fortgesetzt. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der Prävention und Gesundheitsförderung sozial benachteiligter Gruppen liegen. Das Nichtraucherschutzgesetz Nordrhein-Westfalen wird dazu beitragen, den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren des Passivrauchens entscheidend zu verbessern.

Palliativversorgung verbessert

Palliativpflege und Palliativmedizin müssen sich an den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen orientieren, um ihnen zu ermöglichen, in der gewohnten familiären Umgebung zu verbleiben. Deshalb hat das Land gemeinsam mit den Partnern des Gesundheitswesens in Nordrhein-Westfalen ein Rahmenprogramm zur Verbesserung der ambulanten palliativmedizinischen und palliativpflegerischen Versorgung entwickelt, das derzeit



Hochwertige Krankenhausversorgung

flächendeckend in Nordrhein-Westfalen umgesetzt wird. Auch hat sich dank einer entsprechenden Landesinitiative seit dem 1. April 2007 die ambulante Palliativversorgung von Kindern und Jugendlichen mit lebensverkürzenden Erkrankungen deutlich verbessert. Zwei multiprofessionell eingerichtete Expertenteams sollen mit ihrem Spezialwissen und besseren lokalen Versorgungsnetzen eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Versorgung der Betroffenen rund um die Uhr sicherstellen.

Epidemiologisches Krebsregister Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen wird auf der Grundlage des 2005 in Kraft getretenen Krebsregistergesetzes Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt eines der bedeutendsten gesundheitspolitischen Ziele in der Krebsbekämpfung realisiert: der Aufbau des flächendeckenden bevölkerungsbezogenen Krebsregisters Nordrhein-Westfalen. Das Epidemiologische Krebsregister Nordrhein-Westfalen wird von allen Institutionen des Gesundheitswesens getragen und unterstützt.

Mehr Freiheit für Krankenhäuser

Die Landesregierung hat mit großem Engagement die Weichen für eine dauerhaft hochwertige Krankenhausversorgung in Nordrhein-Westfalen gestellt. Das war unbedingt notwendig. Denn die alte Landesregierung hatte Vorbelastungen in Höhe von insgesamt 660 Millionen Euro im Haushalt angehäuft, ohne für ihre Finanzierung zu sorgen. Mit zusätzlichen Barmitteln in Höhe von insgesamt 100 Millionen Euro wurde die Lage entschärft – von dem zwanzigprozentigen Konsolidierungsbeitrag waren die Krankenhäuser ohnehin befreit.

Mit dem Entwurf eines Krankenhausgestaltungsgesetzes erhalten die Krankenhäuser mehr Freiheit, um sich im schnellen und anspruchsvollen Wettbewerb zu behaupten. Das Land behält die Letztverantwortung für die medizinische Versorgung, zieht sich aber aus der Detailplanung zurück und verzichtet zudem auf engmaschige Organisationsvorgaben.

Die gesamte Investitionsförderung wird zugleich auf leistungsbezogene Pauschalen umgestellt. Der untaugliche Bettenmaßstab für die kurzfristigen Anlageinvestitionen wird ebenso aufgegeben wie die finanziell und inhaltlich gescheiterte Einzelförderung von Baumaßnahmen. Damit schafft das Land mehr unternehmerische Freiheit, aber auch mehr unternehmerische Verantwortung der Krankenhäuser. Zusätzlich wird die bauliche Förderung noch um über zehn Prozent auf 190 Millionen Euro erhöht, die Mittel für die gut dotierten kurzfristigen Anlagegüter bleiben mit insgesamt 300 Millionen Euro unverändert.

Sicherer, therapeutisch effektiver und kostengünstiger Maßregelvollzug

Die Landesregierung hat ihr Konzept für einen gleichermaßen sicheren, therapeutisch effektiven und kostengünstigen Maßregelvollzug zu großen Teilen realisiert. Der durchschnittliche Tagessatz wurde landesweit um knapp zehn Prozent von 240 Euro auf 219 Euro reduziert. Gemessen an der Ausgangslage des Jahres 2005 entspricht dies jährlichen Einsparungen in Höhe von 17 Millionen Euro. Hinzu kommen eingesparte Baukosten durch Stationsvergrößerungen in Höhe von ca. 20 Millionen Euro. Damit hat Nordrhein-Westfalen bei den Kosten zu anderen Ländern aufgeschlossen. Gleichzeitig blieben Therapie und Sicherheit auf hohem Niveau.

Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft ist mit über einer Million Beschäftigten eine der größten und wachstumsstärksten Branchen. Die Landesregierung hat deshalb ein umfassendes Konzept entwickelt, um die Gesundheitswirtschaft zu fördern und damit sowohl die Qualität der medizinischen Versorgung durch Innovationen zu verbessern als auch bis zu 200.000 zukunftssichere Arbeitsplätze in den nächsten zehn Jahren zu schaffen.

Das Konzept hat fünf Kernelemente:

1. Kompetenzzentrum für die Gesundheitswirtschaft: Die Landesregierung will die Kompetenzen in der Gesundheitswirtschaft in einer landesweiten Einrichtung bündeln und damit erhebliche Synergieeffekte erzielen.

2. Cluster Gesundheitswirtschaft: Mit Beschluss des Kabinetts vom 6. März 2007 verfügt Nordrhein-Westfalen als erstes Bundesland über ein Cluster

Gesundheitswirtschaft und anwendungsorientierte Medizintechnologie – das mit Abstand größte Cluster im Rahmen der Clusterpolitik der Landesregierung.

3. Wettbewerb Innovative Gesundheitswirtschaft

Nordrhein-Westfalen: Der Gesundheitsminister hat rechtzeitig vor der MEDICA den Wettbewerb Innovative Gesundheitswirtschaft Nordrhein-Westfalen gestartet. Zielgruppen sind kleine und mittlere Unternehmen und – ebenfalls bisher ohne Vorbild – auch Einrichtungen des Gesundheitswesens. Sie sind aufgerufen, innovative Projektvorschläge mit regionaler und landesweiter Bedeutung einzureichen. Zusammen mit den Mitteln der EU stehen dafür bis zu 70 Millionen Euro bereit.

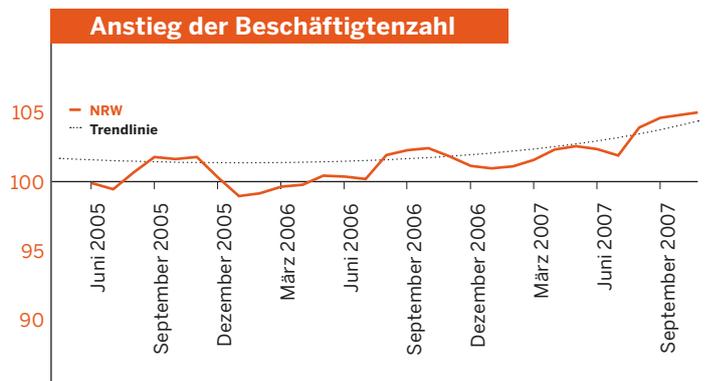
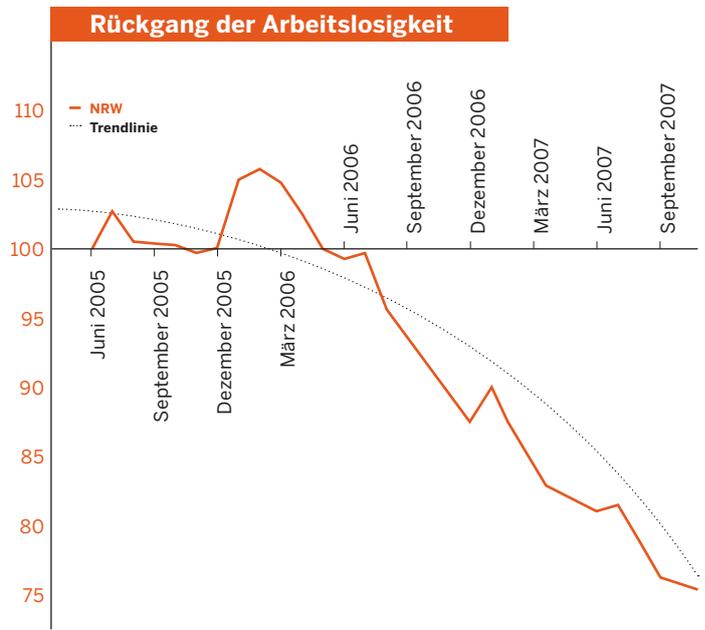
4. Regionale Verankerung der Gesundheitswirtschaft

Die Landesregierung hat von Anfang an konsequent auf die Regionalisierung gesetzt: Jede Region soll sich – durchaus auch im Wettbewerb – als Gesundheitsregion mit ihren besonderen Stärken profilieren können.

5. Leitprojekte: Der Aufbau einer Telematik-Infrastruktur für das Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen einschließlich der Anwendungen der Telemedizin ist ein zentrales Projekt. Ziel ist es, bis zum Jahr 2015 elektronische Patientenakten für alle Bürger in Nordrhein-Westfalen verfügbar zu machen. Hierzu arbeiten Unternehmen eng mit dem Gesundheitswesen zusammen. In den kommenden fünf Jahren werden voraussichtlich ca. 500 Millionen Euro in die Telematik-Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen investiert. Weitere Leitprojekte wird es zu den Themenschwerpunkten angewandte Medizintechnik, Rehabilitation, Innovationen im Krankenhaus und Gesundheitskurorte geben.

Behindertenpolitik

Am 19. Dezember 2006 hat die Landesregierung das Programm „Teilhabe für alle“ beschlossen und im ganzen Land vorgestellt; sämtliche Ressorts sind daran beteiligt. Menschen mit Behinderungen sollen in die Mitte der Gesellschaft geholt werden, denn dort ist ihr Platz. Für die mehr als 40 Projekte des Programms „Teilhabe für alle“ sind allein 2007 rund 182 Millionen Euro eingeplant. Und das Programm wird fortgeschrieben. Während der ganzen Laufzeit von 2007 bis 2010 werden innovative neue Projekte aufgenommen und so das Gesamtprogramm ständig weiterentwickelt.





Seniorenzentrum Riehl, Köln

Pflegepolitik

Die Landesregierung hat die Herausforderungen des demographischen Wandels für die pflegerische Versorgungsstruktur in Nordrhein-Westfalen nicht nur in der Tagespolitik angenommen, sie hat bereits heute die Weichen für die Zukunft gestellt. So hat Nordrhein-Westfalen nicht auf den Bund gewartet, sondern die Pflegereform – auch für die 460.000 Pflegebedürftigen in Nordrhein-Westfalen – eingefordert. Dort, wo Nordrhein-Westfalen selbst die Rahmenbedingungen für eine gute Pflege gestalten kann, treibt die Landesregierung ihre Initiativen voran.

Heimgesetz

Durch die Föderalismusreform haben die Länder die Kompetenz für das Heimrecht gewonnen. Die Landesregierung wird diese Chance nutzen und ein Landesheimrecht entwickeln, das – aufbauend auf dem Bundesrecht – den Bedürfnissen und Anforderungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen entspricht. Das Gesetz wird bereits im kommenden Jahr in den Landtag eingebracht und soll am 1. Januar 2009 in Kraft treten.

Alterssicherung im Blickfeld

Der Sozialbericht Nordrhein-Westfalen 2007, der eine wichtige Planungsgrundlage zur wirksamen Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, bestätigt, dass Altersarmut derzeit ein Randthema ist. Veränderungen in der Arbeitswelt und gesetzliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Beitragssatzes führen jedoch dazu, dass das Risiko der Altersarmut steigt. Aufgrund der Initiative des Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen ist das Thema wieder stärker in den Blickpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gelangt.

Nicht zuletzt auf die Initiative von Nordrhein-Westfalen ist zurückzuführen, dass Entgeltumwandlungen zur betrieblichen Altersversorgung auch nach dem Jahre 2008 weiter wie im bisherigen Maße gefördert werden.

Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen insgesamt ist in Nordrhein-Westfalen im 1. Halbjahr 2007 um **170.002** Arbeitslose auf insgesamt **852.390** zurückgegangen. Das ist ein Minus von **16,6** Prozent und damit ein etwas stärkerer Rückgang als im Bund. Hier betrug er minus **16,2** Prozent. Ende Oktober 2007 sind **796.000** Menschen arbeitslos gewesen. Das ist der niedrigste Stand seit fünf Jahren.

Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosigkeit lag Ende Oktober bei **7,7** Prozent. Das ist ein Rückgang um ein Fünftel gegenüber Oktober 2006. Seit einem Jahr liegt sie beständig unter zehn Prozent.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Ende Juli 2007 gingen **5.685.000** Arbeitnehmer einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach. Letztmalig waren vor vier Jahren mehr Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Bei Versorgungszentren führend

Nordrhein-Westfalen verfügt als erstes Bundesland über ein flächendeckendes Netz von Brustzentren. Es besteht aus **51** Brustzentren an über **100** Klinikstandorten. Bei der Hospiz- und Palliativversorgung liegt unser Bundesland mit **29,6** Palliativ- und Hospizbetten pro eine Million Einwohner bundesweit in der Spitzengruppe. **260** ambulante Hospizdienste, **46** stationäre Hospize und **29** Palliativstationen tragen zu einer ganzheitlichen Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Patientinnen und Patienten bei.

Schule und Weiterbildung

Mehr Leistung und Qualität für die Wissensgesellschaft von morgen





Schulministerin Barbara Sommer im Unterricht

Mehr Lehrerinnen und Lehrer

Die Landesregierung hat erheblich in zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall, in die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler und in den Ausbau des Ganztags investiert. Insgesamt hat sie seit der Regierungsübernahme 4.570 zusätzliche Lehrerstellen an den öffentlichen und privaten Schulen finanziert. Darüber hinaus wurden trotz zurückgehender Schülerzahlen bislang rund 2.080 Lehrerstellen im öffentlichen Schulbereich belassen (sogenannte Demographiegewinne) sowie gut 200 Lehrerstellen im Ersatzschulbereich refinanziert. Mit diesen rund 2.280 Lehrerstellen erreichte die Landesregierung vor allem strukturelle Verbesserungen (u.a. Vorziehen des Einschulungsalters, Ausbau der Stundentafel in der Sekundarstufe I mit zusätzlichen Förderstunden, Vertragsentfristung bei 250 Sozialpädagogen-Stellen im Hauptschulbereich).

Unterrichtsausfall drastisch verringert

Dank der insgesamt 6.850 zusätzlichen bzw. im Schulsystem belassenen Lehrerstellen hat sich die Unterrichtsversorgung nachhaltig verbessert. Die Landesregierung konnte den Unterrichtsausfall schon im Schuljahr 2005/06 im Vergleich zum Vorjahr deutlich verringern. Die Stichprobenuntersuchung im Mai/Juni 2006 hat ergeben, dass in nur einem Schuljahr der Unterrichtsausfall um 45 Prozent reduziert werden konnte. Auch 2008 gilt: Mehr Lehrerinnen und Lehrer. Mit dem Haushalt 2008 wird sich die Unterrichtssituation weiter aufhellen. Die Zahl der zusätzlichen Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall, für die individuelle Förderung und für den Ganztags wird voraussichtlich auf insgesamt 4.880 steigen. Die trotz zurückgehender Schülerzahlen im Schulsystem belassenen Lehrerstellen werden sich zudem auf 4.180 gegenüber der Ausgangsbasis 2005 erhöhen. Gegenüber der Situation bei Regierungsübernahme wird sich damit die Situation um insgesamt 9.060 Lehrerstellen verbessert haben.

Mehr individuelle Förderung

Die individuelle Förderung ist mit dem neuen Schulgesetz als Recht verankert worden. In der Stundentafel der weiterführenden Schulen sind erstmals Förderstunden zusätzlich vorgesehen. Besonders erfolgreiche Schulen werden mit dem „Gütesiegel Individuelle Förderung“ ausgezeichnet. Bis Ende des Jahres werden

ca. 100 Schulen dieses Gütesiegel erhalten haben. Ortsnahe Unterstützung erhalten die Schulen von den jetzt auf Schulamtsebene neu eingerichteten 54 Kompetenzteams für Fortbildung.

Durchlässigkeit erhöht

Im Verlauf der Sekundarstufe I wird der Wechsel leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler in eine andere Schulform einfacher als bisher und besonders gefördert. Die Klassenkonferenz entscheidet nach jedem Schulhalbjahr der Klassen 5 und 6, danach am Ende jeden Schuljahres, ob den Eltern leistungsstarker Schülerinnen und Schüler ein Wechsel der Schulform zur Realschule oder zum Gymnasium empfohlen werden soll. Dies soll immer dann in Betracht kommen, wenn in den Fächern mit Klassenarbeiten ein Notendurchschnitt von mindestens 2,0 erreicht wird.

Qualitätsoffensive Hauptschule

Die Landesregierung unterstützt die Hauptschulen mit der Qualitätsoffensive Hauptschule, indem sowohl die Struktur des Bildungsgangs als auch die Lehrpläne überarbeitet werden. Künftig sollen in den ersten drei Jahrgangsstufen die so genannten Kernkompetenzen, also Lesen, Schreiben und Rechnen sowie das Erlernen einer Fremdsprache gestärkt werden. In den Jahrgängen acht, neun und zehn sollen dagegen die Themen Berufsorientierung und Einblicke in die berufliche Praxis Schwerpunkt werden. Die Qualitätsoffensive Hauptschule umfasst auch eine neue Struktur der Abschlüsse.

Ganztags an Haupt- und Förderschulen

134 Hauptschulen verfügen mittlerweile über ein durch die jetzige Landesregierung ermöglichtes erweitertes Ganztagsangebot. Daneben wurde ein erweiterter Ganztagsbetrieb auch für 23 öffentliche Förderschulen ermöglicht. Für diese Schulen stellt die Landesregierung seit 2005 620 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung. Im Schuljahr 2008/2009 kommen weitere 116 Schulen sowie weitere 100 Stellen hinzu, so dass sich die Gesamtzahl auf 250 Schulen mit 720 Stellen erhöht. Im Endausbau im Jahr 2013 werden 86.000 Ganztagsplätze erwartet. So steigt auch die Attraktivität der Hauptschulen mit der Einführung des erweiterten Ganztags mit einem dreißigprozentigen Lehrerzuschlag, durch den aber auch Handwerksmeister beschäftigt werden können, deutlich. Die ersten neuen 100 Ganztags Hauptschulen verzeichneten zum 1. August 2007 erstmals



Fördern durch gemeinsames Lernen

wieder insgesamt rund fünf Prozent mehr Anmeldungen. Auch in anderen Schulformen werden Ganztagsangebote ausgebaut. Das Programm Dreizehn Plus in der Sekundarstufe I umfasst inzwischen ein Volumen von über 2.050 Gruppen in Gymnasien, Realschulen und Hauptschulen. Die Landesregierung hat die Zahl der geförderten Gruppen zum 1. 8. 2007 um rund 20 Prozent erhöht. Hierfür stehen 12,2 Millionen Euro pro Schuljahr zur Verfügung.

Mehr Ganzttag im Primarbereich

An den Grundschulen und Förderschulen im Primarbereich wurden bisher 165.000 Ganztagsplätze an 2.900 Schulen geschaffen. Zur Zeit der Regierungsübernahme waren es 71.000 Plätze. Zugleich hat die Landesregierung das offene Ganztagsangebot durch zusätzliche Lehrerstellen qualitativ deutlich verbessert. Für den offenen Ganzttag stehen im Haushaltsjahr 2007 rund 140 Millionen Euro zur Verfügung, die in 2008 weiter auf 187,7 Millionen Euro steigen werden. Bis zum Jahr 2010 sollen insgesamt 205.000 Plätze geschaffen werden.

Bildungspauschale für mehr Investitionen

Die bisherige Schulpauschale wird ab 2008 zu einer Schulpauschale/Bildungspauschale für investive Maßnahmen im Bildungsbereich umgestaltet und um 80 Millionen Euro auf 540 Millionen Euro erhöht. Dies wird den Spielraum der Schulträger vergrößern, weitere Investitionen für den Ganzttag, auch im Bereich der Realschulen und Gymnasien, vorzunehmen, ohne dass die Erfüllung anderer Aufgaben darunter leiden muss.

Mehr Leistung und mehr Qualität durch bessere Vergleichbarkeit

Erstmals in der Geschichte Nordrhein-Westfalens wurden dieses Jahr höchst erfolgreich das Zentralabitur und die zentralen Prüfungen am Ende der Klasse 10 durchgeführt. Ca. 60.000 Abiturientinnen und Abiturienten an 626 Gymnasien und 197 Gesamtschulen wurden in insgesamt 53 verschiedenen Grundkurs- und Leistungskursfächern schriftlich zentral geprüft. An Haupt- und Realschulen, an Gesamtschulen und Gymnasien haben am Ende der Klasse 10 mehr als 190.000 Schülerinnen und Schüler schriftliche Prüfungen mit zentral gestellten Aufgaben und vorgegebenen Bewertungskriterien in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache geschrieben.

Mehr Eigenverantwortlichkeit der Schulen

Die Schulen werden schrittweise konsequent zu „Eigenverantwortlichen Schulen“ ausgebaut. Wichtige Elemente des Modellversuchs „Selbständige Schule“ wurden mit dem neuen Schulgesetz bereits vorzeitig auf alle Schulen ausgedehnt.

Sprachförderung bereits vor der Schule

Im Jahr 2007 wurde erstmals bei landesweit 180.000 Kindern zwei Jahre vor der Einschulung festgestellt, ob ihr Sprachvermögen altersgemäß entwickelt ist und ob sie die deutsche Sprache hinreichend beherrschen. Im Ergebnis werden in diesem Jahr über 30.000 Kinder in den Kindertageseinrichtungen und Familienzentren verstärkt in ihrer sprachlichen Entwicklung gefördert, damit sie beim Schulbeginn die Unterrichtssprache Deutsch altersgemäß beherrschen.

Frühere Einschulung von Kindern

Auf Initiative der Landesregierung hat der Gesetzgeber den Stichtag für das Einschulungsalter beginnend mit dem Schuljahr 2007/2008 schrittweise vom 30. Juni auf den 31. Dezember im Schuljahr 2014/15 verlegt. In diesem Jahr konnten bereits alle im Juli geborenen sechsjährigen Kinder in die Schule gehen. Dies betraf rund 14.000 Kinder.

Integration von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte

Die Landesregierung fördert den Spracherwerb der Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte: So werden die Mittel für die vorschulische Sprachförderung von 17,6 Millionen Euro in diesem auf 28 Millionen im nächsten Jahr erhöht. Hinzu kommen 3.008 zusätzliche Lehrerstellen für Integrationshilfen, 567 Stellen für Sprachförderung in den Klassen 5 und 6 der Haupt- und Gesamtschulen, der Ausbau des Ganztags in der von vielen Kindern mit Zuwanderungsgeschichte besuchten Hauptschulen sowie die Zuweisung von Lehrerstellen nach einem seit 2006 eingeführten Sozialindex.

Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern

Bildung findet nicht nur in der Schule statt. Formelle und informelle Bildungsprozesse ergänzen einander. Daher fördert die Landesregierung die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern. Die Kooperationen sind vielfältig:



Ganztagsgrundschule, Wuppertal



Ausgezeichnet mit dem Deutschen Schulpreis 2006: Grundschule in Dortmund

- 33.000 Schülerinnen und Schüler in 1.316 Klassen an 534 Hauptschulen beteiligten sich in diesem Jahr an dem zum zweiten Mal durchgeführten Projekt Zeitungszeit, das in Kooperation mit dem Zeitungsverlegerverband Nordrhein-Westfalen und der Stiftung Partner für Schule zur größten Aktion dieser Art in der 60jährigen Geschichte unseres Landes avancierte.
- Über 1.000 Schulen setzen im Projekt Transfer 21 gemeinsam mit Einrichtungen aus Wirtschaft, Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ um.
- Mit der neuen Initiative „Modell-Land Kulturelle Bildung Nordrhein-Westfalen“ wird die Zusammenarbeit von Schulen mit Kultureinrichtungen und Einrichtungen der kulturellen Bildung gefördert. Über 1.100 Schulen beteiligen sich gemeinsam mit ihren Partnern am Projekt „Kultur und Schule“, durch das Künstler an Schulen engagiert werden können.
- Ebenso wurde die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Polizei erheblich verbessert: Jede der 6.800 Schulen hat seit diesem Jahr ihren persönlich bekannten Ansprechpartner bei der Polizei, der die schulische Arbeit im Sinne der frühen Gewaltprävention begleitet und unterstützt. Die Schulen in Nordrhein-Westfalen sollen auch vom Wissen und Engagement älterer Menschen profitieren. Dazu hat das Schulministerium in Kooperation mit dem Senior Experten Service Bonn (SES) und der Stiftung Partner für Schule NRW das Projekt „Senior Experten für alle Schulen“ ins Leben gerufen.

Flexibilität beim Erhalt von Schulen

Bis 2020 wird die Schülerzahl im Vergleich zum Schuljahr 2006/2007 (rund 2,88 Millionen Schülerinnen und Schüler) um rund 20 Prozent auf 2,31 Millionen sinken. Die Landesregierung setzt sich für den Erhalt wohnortnaher Grundschulen ein. Sie hat dafür im neuen Schulgesetz die Rahmenbedingungen geschaffen: In Grundschulverbänden können die Schulträger Schulen an Teilstandorten führen, um das dichte Netz von Grundschulen in Nordrhein-Westfalen weitgehend zu erhalten und zugleich angemessene Klassen- und Schulgrößen sicherzustellen. Das neue Schulgesetz sieht außerdem flexible Möglichkeiten vor, dem Schülerrückgang auch in den weiterführenden Schulen, nicht zuletzt den Hauptschulen im ländlichen Raum, pragmatisch zu begegnen. Danach können grundsätzlich selbst ein-

zügige Hauptschulen – wenn sie die einzige Hauptschule in der Gemeinde ist – fortgeführt werden.

Freie Wahl der Grundschulen

Mit der Aufhebung der Grundschulbezirke stellt die Landesregierung den Eltern frei, ob sie ihr Kind an einer anderen als der wohnortnächsten Grundschule anmelden wollen – und zwar ohne die bis dahin notwendige Rechtfertigung gegenüber der Schulaufsichtsbehörde. Gleichzeitig ist erstmals auch ein gesetzlicher Anspruch auf den Besuch der wohnortnächsten Grundschule im Rahmen der Aufnahmekapazitäten gesetzlich verankert. So wird einerseits der Wettbewerb zwischen den Grundschulen gefördert, aber gleichzeitig auch zum Erhalt von Schulen beigetragen.

Mehr Verbindlichkeit bei den Übergangsempfehlungen

Die Landesregierung hat den Grundschullehrkräften bei der Übergangsempfehlung mehr Gewicht gegeben. Diese Änderung zielt darauf ab, Schülerinnen und Schülern in einer ihren Begabungen gerechten Schulform bessere Entfaltungsmöglichkeiten zu geben und ein Scheitern zu verhindern: Im Frühjahr 2007 sind über 98 Prozent der Eltern der Grundschulempfehlung gefolgt. Am Prognoseunterricht haben landesweit 3.144 Kinder teilgenommen, das sind rund 1,7 Prozent des Schülerjahrgangs. 1.188 (38 Prozent) der teilnehmenden Kinder wechselten danach auf die von den Eltern gewünschte Schulform. Für 1.956 (62 Prozent) der Kinder wurde im Prognoseunterricht die Grundschulempfehlung bestätigt. Damit besuchen im laufenden Schuljahr nur 0,9 Prozent des Jahrgangs eine andere Schulform als von den Eltern ursprünglich vorgesehen.

Systemgerechtigkeit in der gymnasialen Oberstufe erhöht

Abweichend von den Beschlüssen der Vorgängerregierung setzt das neue Schulgesetz der Landesregierung die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium ohne Qualitätsverlust um. Eine Erhöhung des Stundenvolumens auf volle 265 Wochenstunden im Bildungsgang, eine ungekürzte dreijährige Oberstufe und Förderstunden zum Ausgleich heterogener Eingangsvoraussetzungen sichern das Erreichen hoher Qualitätsstandards im Abitur und fördern zugleich die Durchlässigkeit zu höheren Abschlüssen für alle.

Kein Kind ohne Mahlzeit

Kinder aus einkommensschwachen Familien erhalten künftig vom Land Nordrhein-Westfalen einen Zuschuss bei den Kosten für das Mittagessen in der Ganztagschule. Mit dem Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ richtet die Landesregierung zunächst für einen Zeitraum von zwei Jahren ein Instrument zur Unterstützung bedürftiger Kinder und Jugendlicher ein. Der Fonds umfasst in diesem Zeitraum pro Schuljahr rund 13,5 Millionen Euro. Daneben ist die Landesregierung auf Bundesebene aktiv, um eine Lösung im Rahmen der ALG II-Gesetzgebung zu finden.

Mehr Schulpsychologen

Wir verbessern die schulpsychologische Ausstattung der Schulen. Mit dem Schuljahr 2007/08 werden schrittweise 50 neue Stellen für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen ausgeschrieben.

Förderung von Ersatz- und Ergänzungsschulen

Ersatzschulen sind die zweite Säule des Schulwesens. Die Kürzung der Ersatzschulfinanzierung im Jahr 2005 durch die frühere Landesregierung hat die neue Landesregierung umgehend nach der Amtsübernahme rückgängig gemacht. Im Haushaltsjahr 2006 haben die Landeszuschüsse für Ersatzschulen erstmals die 1-Milliarden-Euro-Grenze überschritten. Angesichts von immer mehr Neugründungen und Schülerzuwachsen ist die Tendenz weiter steigend. Seit Amtsantritt sind auf der Grundlage des neuen Schulgesetzes erstmals sechs internationale Schulen als Ergänzungsschulen anerkannt worden. Diese Schulen erhöhen mit ihren Angeboten die Attraktivität des Landes für ausländische Unternehmen und Organisationen. Verpflichtende Stipendienprogramme gewährleisten, dass die Schülerschaft der Schulen sozial heterogen bleibt.

Deutschlands beste Schulen

Die deutschlandweit besten Schulen kommen aus Nordrhein-Westfalen! Der Bundespräsident zeichnete die Grundschule Kleine Kielstraße in Dortmund mit dem Deutschen Schulpreis 2006 der Robert-Bosch-Stiftung aus. 83 Prozent ihrer Schülerinnen und Schüler sind Kinder mit Zuwanderungsgeschichte. Die beste, ebenfalls vom Bundespräsidenten ausgezeichnete, Hauptschule Deutschlands 2007 liegt in Körbecke/Sauerland.

Mehr Praxisbezug: Reform der Lehrerbildung

Wir haben die Eckpunkte für die Reform der Lehrerbildung beschlossen, die ab dem Wintersemester 2009/2010 an den Universitäten des Landes umgesetzt werden. Die Lehrerbildung wird zukünftig professioneller, profilierter und praxisnäher gestaltet. Die Ausbildungszeit beträgt künftig einheitlich für das Gymnasium wie auch für die Hauptschule sechs Jahre. Damit erkennen wir alle Lehrämter als gleichwertig an.

Zusätzliche Lehrerstellen geschaffen

Seit 2005 bis einschließlich 2007 hat die Landesregierung **4.570** Lehrerstellen neu eingerichtet und **2.280** Lehrerstellen im privaten und öffentlichen Schulbereich belassen, die aufgrund sinkender Schülerzahlen hätten wegfallen können. Aus diesen insgesamt **6.850** Stellen ergeben sich u.a. **3.000** zusätzliche Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung, **921** Stellen für die Offene Ganztagschule im Primarbereich und **620** Stellen für die erweiterte Ganztags- und Förderschule.

Ganztagschulen ausgebaut

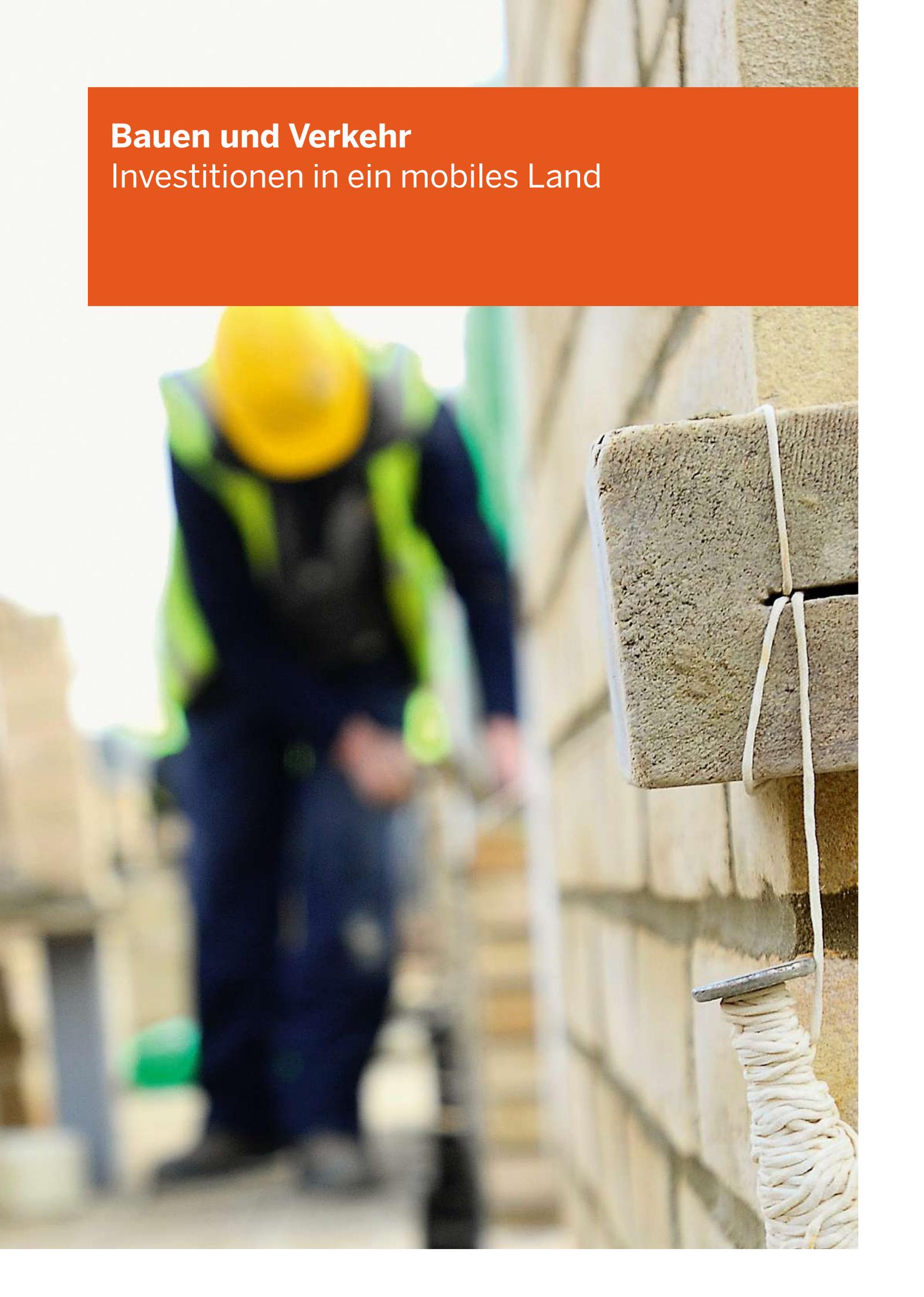
Im Primarbereich hat die Landesregierung zum Beginn des Schuljahres 2007/2008 **164.500** Ganztagsplätze geschaffen. Im letzten Schuljahr waren es **115.700**. Im Sekundarbereich liegt das Land nach **1.732** Gruppen im vergangenen Schuljahr jetzt bei **2.060** Gruppen. Davon entfallen **1.245** Gruppen auf die Gymnasien und die Realschulen, **615** Gruppen auf die Hauptschulen und **210** Gruppen auf die Förderschulen.

Ganztags Hauptschulen

Mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 verfügt Nordrhein-Westfalen über **134** erweiterte Ganztags Hauptschulen. Das sind **34** mehr als im vergangenen Schuljahr. Mit dem Haushalt 2008 werden noch einmal **116** hinzu kommen, so dass die Gesamtzahl zum Schuljahr 2008/2009 bei **250** liegt.

Bauen und Verkehr

Investitionen in ein mobiles Land





Verkehrsminister Oliver Wittke:
Vorbeugen früh lernen

Rhein-Ruhr-Express in der Planung

Die Landesregierung hat mit dem Bund und der Bahn wichtige Schieneninfrastrukturprojekte vereinbart. So wurde das Projekt Rhein-Ruhr-Express in den Investitionsrahmenplan des Bundes aufgenommen. Ziel ist es, den Rhein Ruhr Raum zwischen Dortmund und Köln im Viertelstundentakt zu verbinden. Am 19. Dezember 2006 unterzeichnete das Land mit dem Bund und der Bahn AG die entsprechenden Planungsvereinbarungen. Die gesamte Investitionssumme beträgt 1,4 Milliarden Euro. Damit ist das Projekt Rhein-Ruhr-Express weiter gediehen als alle anderen Vorgängerprojekte wie Transrapid, Metrorapid oder Metroexpress.

Betuwe-Linie und Eiserner Rhein

Die Strecke Emmerich-Oberhausen, die Betuwe-Linie, soll – inklusive Lärmschutz und Beseitigung der Bahnübergänge – ausgebaut und der Eiserner Rhein, die Schienenverbindung des Hafens Antwerpen mit den wachsenden Rheinhäfen, reaktiviert werden. Mit den dazu getroffenen Planungsvereinbarungen stärkt die Landesregierung den Logistikstandort Nordrhein-Westfalen.

Flughäfen im Aufwind

Die bereits zu Beginn der Legislaturperiode erteilte neue Betriebsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf, die zu inzwischen annähernd 2000 neuen Arbeitsplätzen geführt hat, ist durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts im Juni 2007 bestätigt worden. Damit ist der Standort Düsseldorf als Drehscheibe internationalen Flugverkehrs langfristig gesichert und wettbewerbsfähig. Als Frachtflughafen hat sich der Flughafen Köln/Bonn weiter etabliert. Erreicht werden konnte die Kompensation der Arbeitsplatzverluste der Standortverlagerung von DHL durch die Neuansiedlung von FedEx und die Kapazitätserweiterung des bereits am Standort befindlichen Marktführers UPS. Die Landesregierung treibt den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück zu einem für interkontinentale Verbindungen leistungsfähigen Flughafen durch die Verlängerung der Startbahn auf 3.600 Meter voran.

Novellierung des Gesetzes für den ÖPNV

Für den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) haben sich die Rahmenbedingungen durch bundespolitische Entscheidungen grundlegend verändert. So hat der Bund gegen den Widerstand des Landes die Regionalisierungsmittel für den ÖPNV gekürzt. Mit einer umfassenden Novellierung des ÖPNVG Nordrhein-Westfalen zum 1. Januar 2008, die der Landtag am 13. Juni 2007 beschlossen hat, werden die kommunalen Aufgabenträger durch eine weitgehende Pauschalierung der Fördermittel bei der Aufgabenwahrnehmung gestärkt. Gleichzeitig wird die Organisation durch die Bildung von drei kommunalen Räumen für den Schienenpersonennahverkehr in Nordrhein-Westfalen gestrafft.

Zukunft der Bahn AG

Eine vom Bund geplante teilweise Kapitalisierung der Deutschen Bahn AG hätte weitreichende Auswirkungen auf den Schienenpersonennahverkehr, der mit der Bahnstrukturreform 1994 den Ländern übertragen wurde. Gemeinsam mit anderen Ländern wird Nordrhein-Westfalen darauf hinwirken, dass eine Neuorganisation der Eisenbahnen des Bundes Gemeinwohlinteressen beim Ausbau und Erhalt des Schienennetzes nicht gefährdet.

Modernisierung von Bahnhöfen

Die Modernisierung von Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen wird durch das Land erheblich gefördert. Rechtzeitig zum Beginn der Fußballweltmeisterschaft 2006 wurden die Bahnhöfe Gelsenkirchen, Dortmund-Westfalenhalle und Köln-Weiden West sowie zu den Weltreiterspielen der Hauptbahnhof Aachen fertig gestellt. Im Rahmen der Kulturhauptstadt Europas 2010 wird der Hauptbahnhof Essen grundlegend modernisiert. Bestandteil des Modernisierungspakets in Nordrhein-Westfalen sind ferner die Hauptbahnhöfe Dortmund, Duisburg, Münster und Wuppertal.

Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplans

Innerhalb der ersten Hälfte der Legislaturperiode schloss die Landesregierung den Landesstraßenbedarfsplan ab. Die letzte Fortschreibung stammte aus dem Jahr 1993. Damit stellte die Landesregierung nach dreizehn Jahren erstmals wieder Programmkontinuität her. Alle darin enthaltenen Maßnahmen sollen bis 2015 abgeschlossen bzw. eingeleitet sein. Der Gesamtplanungsrahmen bleibt mit 1,6 Milliarden Euro überschaubar und entspricht der Finanzierungslinie für den Landesstraßenbau.



Mehr Sicherheit: Automatische Verkehrszeichen

Sofortprogramm zur Sanierung von Landesstraßen

Bereits zum Jahresbeginn 2006 stellte die Landesregierung ein Sofortprogramm in Höhe von zehn Millionen Euro zur Beseitigung von gravierenden Fahrbahnschäden an Landesstraßen zur Verfügung. Mit diesem Geld wurden 50 Straßenabschnitte mit einer Gesamtlänge von ca. 100 Kilometern in Stand gesetzt. Dieses Programm wurde 2007 mit einem Budget von 12,3 Millionen Euro und Straßenabschnitten mit einer Länge von insgesamt rd. 150 km fortgeführt.

2006 investierte die Landesregierung rund 135,7 Millionen Euro in die Landesstraßen. 2007 werden es 143,7 Millionen Euro sein. Auf die Sanierung entfallen über 70 Millionen Euro. Damit liegen die Investitionen um 12,3 Millionen Euro höher als noch 2005.

Planfeststellung von Bundesfernstraßen

Die Landesregierung hat im Bereich der Bundesfernstraßen bislang rund 20 Planfeststellungsverfahren durchgeführt – eine deutliche Steigerung gegenüber der Vorgängerregierung, die sich im Vergleich dazu im Jahr 2004 nur auf eine Bundesstraße einigen konnte. Infolge der damit verbundenen Maßnahmen konnte das Land vor allem seit Jahrzehnten blockierte Lückenschlüsse realisieren und zusätzliche Fahrspuren an vorhandenen Autobahnen vorantreiben. Während in der Vergangenheit bereitstehende Bundesmittel nicht in Anspruch genommen wurden, ist im Jahr 2006 die Rekordsumme von 940 Millionen Euro für Bau, Unterhalt und Betrieb der Bundesfernstraßen durch Nordrhein-Westfalen vom Bund abgerufen worden.

Offensive gegen den Verkehrsstau in Nordrhein-Westfalen

Die Nordrhein-Westfalen-Offensive gegen den Verkehrsstau mit den drei Schwerpunkten – Verbesserung des Baustellenmanagements, Beseitigung von Engpässen und Störstellen im Streckennetz sowie Optimierung des Straßenbetriebs und der Kommunikation mit den Verkehrsteilnehmern entfaltet erste Wirkung. Die Anzahl aller Staus, die aus den Ursachen Überlastung, Unfälle und Baustellen herrühren, konnte um fast zehn Prozent von 67.351 im Jahre 2004 auf 61.321 im Jahr 2006 reduziert werden. Auch die ermittelten Werte für die mittlere Staulänge und Staudauer haben sich, wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist, verringert.

Jahr	Gesamtanzahl	Gesamtdauer	mittlere Länge
2004	67.351	107.334 Std.	2,33 km
2006	61.321	96.435 Std.	1,90 km

In Nordrhein-Westfalen ist eine effektive und zukunftsweisende Stauvermeidung weit fortgeschritten. Die Landesregierung arbeitet an einer weiteren Optimierung.

Bauen mit weniger Bürokratie

Die Landesregierung hat dafür gesorgt, dass die im Bundesbaugesetz möglichen Erleichterungen jetzt auch in Nordrhein-Westfalen Anwendung finden können. So wurde der Zustimmungsvorbehalt für die Genehmigung von Bauvorhaben im Außenbereich abgeschafft, um Doppelprüfungen zu vermeiden – ein wichtiger Beitrag zum Bürokratieabbau. Die Eigenverantwortlichkeit der unteren Bauaufsichtsbehörden, nämlich der Städte, Gemeinden und Kreise wurde gestärkt sowie die Genehmigungsverfahren erleichtert und verkürzt.

Des Weiteren sind die Vorschriften der Landesbauordnung über Abstandflächen, die bei Bauvorhaben eine zentrale Rolle spielen, entbürokratisiert worden. Dies erleichtert die Arbeit der am Bau Beteiligten und der Bauaufsichtsbehörden und sorgt für mehr Rechtssicherheit. Das Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung ist Ende 2006 in Kraft getreten.

Abstand von Windkraftanlagen

Aufgrund der gravierenden Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Menschen und Umwelt hat die Landesregierung den Windkraftanlagen-Erlass im Oktober 2005 neu gefasst. Er enthält neue Empfehlungen für die Bauleitplanung bezüglich der Abstände zu Wohngebieten und erweitert den kommunalen Handlungsspielraum, um Windkraftanlagen von ungeeigneten Standorten fernzuhalten.



Facharbeit an wertvollen Bauten

Sanierung kultureller Infrastruktur

Die Grundsanierungen des Altenberger Doms und der Zitadelle Jülich sind nach mehrjähriger Bauzeit abgeschlossen. Während der zweiten Hälfte der Legislaturperiode sollen auch die Abteikirche in Essen-Werden und das Jagdschloss Falkenlust in Brühl nach aufwändiger Sanierung wieder im neuen Glanz erstrahlen. Die Arbeiten am Schloss Augustusburg und an der Parkanlage werden in größerem Umfang fortgeführt.

Soziale Wohnraumförderung vereinfacht und stabilisiert

Das Verfahren der sozialen Wohnraumförderung hat die Landesregierung drastisch vereinfacht: Die Zuständigkeit für die Förderung wurde auf die kreisfreien Städte und Kreise konzentriert. Dadurch wurde die Zahl der Behörden von 89 auf 54 reduziert. Die Förderbestimmungen wurden von bürokratischen Hemmnissen befreit und durch Verzicht von Fördervorgaben (z. B. Grundstücksobergrenzen) deutlich vereinfacht. Darüber hinaus wurden die Verfahren für die Bewilligung von Wohngeld modernisiert und ebenfalls vereinfacht.

Die Investitionskraft und Investitionsbereitschaft unserer Wohnungsunternehmen und Einzeleigentümer konnte die Landesregierung mit der Aufhebung überflüssiger Rechtsvorschriften entscheidend verbessern:

Die so genannte Ausgleichszahlung (früher Fehlbelegungsabgabe) wurde Ende 2005 abgeschafft. Ende 2006 wurde das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum gestrichen. Der Kündigungsschutz bei Mietwohnungen sowie die so genannte Überlassungsverordnung nach § 5 Wohnungsbindungsgesetz wurde ebenfalls Ende 2006 auf den bundesweit geltenden und ausreichenden Rahmen zurückgeführt.

Die Landesregierung hat die soziale Wohnraumförderung auf hohem Niveau mit einem durchschnittlichen jährlichen Volumen von 800 Millionen Euro fortgesetzt.

Vermeidung der Ghattobildung in problematischen Stadtteilen

Mit der Integrierten Entwicklung städtischer Problemgebiete hat die Landesregierung im Nordrhein-Westfalen-EU-Ziel 2-Programm einen Schwerpunkt gesetzt, um Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, soziale und ethnische Integration sowie die Wohn- und Lebensverhältnisse in schwierigen Stadtteilen zu verbessern.

Alle Städte in Nordrhein-Westfalen sind mit einem landesweiten Aufruf im Juni 2007 ermuntert worden, sich bei den Bezirksregierungen mit integrierten Handlungskonzepten für die Stabilisierung und Aufwertung städtischer Problemgebiete um entsprechende Förderung zu bewerben.

Steuerung des Einzelhandels

Mit dem Beschluss des § 24a LEPro vor der Sommerpause 2007 sind neue landesplanungsrechtliche Grundlagen zur Steuerung und Entwicklung des großflächigen Einzelhandels festgelegt worden mit dem Ziel, die vorhandenen innerstädtischen Einzelhandelsstandorte nicht zu gefährden. In der Folge steht die Novellierung des Einzelhandelserlasses an, die 2008 abgeschlossen werden soll. Darin sollen die neue Rechtsprechung sowie die neuen landesplanerischen Zielvorgaben erläutert und eingearbeitet werden.

Bauen in der Metropole Ruhr

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat im Rahmen der Initiative Zukunft Ruhr angekündigt, dass die Landesregierung sich den städtebaulichen Fragen im Ruhrgebiet widmen wird, um die Lebensqualität nachhaltig zu verbessern. Die Entwicklung der Innenstädte, des Neuen Emschertals sowie wichtiger städtebaulicher Projekte sollen Rückgrat für die künftige räumliche Entwicklung der Metropole Ruhr sein und Antworten auf den demografischen und wirtschaftlichen Wandel geben. Im Oktober 2006 hat der Minister für Bauen und Verkehr eine Kooperationsvereinbarung mit der Emschergenossenschaft zur Zusammenarbeit in den Gebieten der Sozialen Stadt unterzeichnet.



Der Rhein bei Neuss

Baukultur als Verpflichtung

Mit der Initiative Stadtbaukultur und dem Museum für Architektur und Ingenieurkunst werden alle Aktivitäten in einer Kampagne für gutes und qualitativvolles Bauen in Nordrhein-Westfalen zusammengefasst. Im Rahmen der zweiten Phase der 10-jährigen Landesinitiative StadtBauKultur Nordrhein-Westfalen ist eine intensivere Einbindung der Öffentlichkeit vorgesehen und mit den ab dem Jahr 2007 geplanten Kampagnen „Sehen Lernen“ und „Nordrhein-Westfalen wohnt“ will die Initiative zu einer Verbesserung der Baukultur in der Ruhrregion beitragen. Bereits heute begleitet die Landesinitiative im Vorlauf auf die Kulturhauptstadt RUHR.2010 den Diskurs um die Baukultur in Nordrhein-Westfalen und wird sich im Jahr 2010 mit ausgewählten Projekten in das Kulturhauptstadt-Programm einbringen.

Förderprogramme und -strategien für denkmalpflegerische Maßnahmen

Durch ein Kreditfinanzierungsangebot denkmalpflegerischer Maßnahmen im Bereich privatisierter Arbeitersiedlungen und historischer Stadtkerne stehen zusätzliche Mittel für denkmalpflegerische Maßnahmen im Rahmen des Wohnungsbauförderprogramms des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Das Kreditfinanzierungsprogramm läuft seit Anfang 2007. Darüber hinaus werden derzeit Vorbereitungen zur Umsetzung des Bundesprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz getroffen, das ab 2009 auch den alten Bundesländern offen steht.

Dichtes Straßennetz

Das nordrhein-westfälische Autobahnnetz ist mit rund **2.200 km** Streckenlänge das am stärksten befahrene Deutschlands.

Schiene

Nordrhein-Westfalen ist eine wichtige Drehscheibe im Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn. Mit dem Kölner Hauptbahnhof verfügt das Bundesland über den europaweit meistfrequentierten Eisenbahnknotenpunkt: **250.000** Reisende und **1.200** Züge täglich.

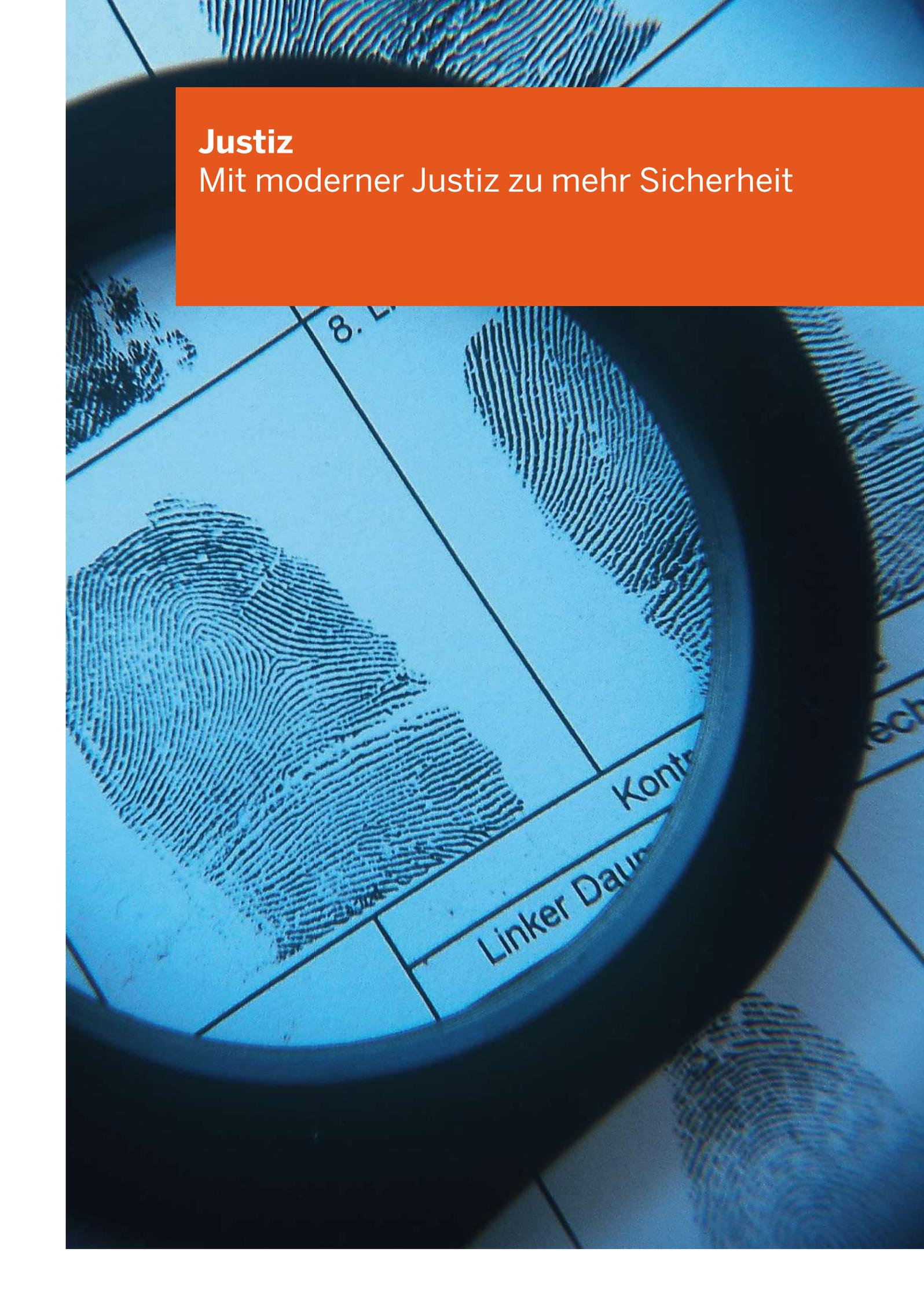
- **691** Bahnhöfe gibt es in Nordrhein-Westfalen
- **31.000** Menschen sind in Nordrhein-Westfalen bei der Bahn beschäftigt
- **300** Containerzüge werden wöchentlich in den Duisburger Terminals abgefertigt
- **18,3** Millionen Menschen sind jährlich mit dem DB-Fernverkehr in Nordrhein-Westfalen unterwegs.

Wasserstraßen

Nordrhein-Westfalen ist das wichtigste Binnenschiffahrtsland Deutschlands mit einem Streckennetz von insgesamt **720 km** Länge. **226** der etwa **880** für die Großschiffahrt befahrbaren Kilometer des Rheins, der wichtigsten Wasserstraße Europas, fließen durch Nordrhein-Westfalen. Der Duisburger Hafen ist der größte Binnenhafen Europas. Der größte Kanalhafen Europas befindet sich in Dortmund.

Flughäfen

Nordrhein-Westfalen verfügt mit Düsseldorf und Köln/Bonn derzeit über zwei Interkontinentalflughäfen. Köln/Bonn ist das größte Low-Cost-Drehkreuz in Kontinentaleuropa. Münster/Osnabrück soll der dritte Interkontinentalflughafen werden. Darüberhinaus gibt es drei weitere Verkehrsflughäfen mit internationalen Verbindungen (Paderborn/Lippstadt, Dortmund, Weeze). In maximal drei Stunden kann man von Nordrhein-Westfalen aus alle Metropolen Europas erreichen.

A magnifying glass is positioned over a fingerprint card. The card has a grid and labels for different fingers. The text '8. L.' is visible at the top, 'Linker Daum.' is visible at the bottom, and 'Kont' is partially visible on the right. The entire image has a blue tint.

Justiz

Mit moderner Justiz zu mehr Sicherheit



„Gelbe Karte“ für junge Kriminalitätseinsteiger

Kriminologische Erkenntnisse zeigen, dass schnelles und aufeinander abgestimmtes Handeln aller beteiligten Einrichtungen Rückfälle jugendlicher Straftäter wirksam verhindern können. Deswegen hat die Landesregierung wichtige Weichenstellungen vorgenommen. So wurde unter anderem das Projekt „Gelbe Karte“ eingeführt. Bei diesem Projekt geht es darum, junge Kriminalitätseinsteiger frühzeitig abzufangen, bevor sie endgültig auf die schiefe Bahn geraten. Das Projekt bietet eine äußere Struktur, in der Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendgerichtshilfe gemeinsam an einem Tag und am selben Ort eine Vielzahl derartiger Verfahren alsbald nach der Tat abwickeln. Zumeist werden Auflagen gemacht wie z.B. Sozialstunden oder Verkehrsunterricht. Zeigt der Jugendliche keine Einsicht, wird Anklage vor dem örtlichen Jugendrichter erhoben. Das Projekt ist bereits an zwölf Standorten in Nordrhein-Westfalen eingerichtet.

Staatsanwalt vor Ort

Bei dem Projekt „Staatsanwalt vor Ort“ versieht ein erfahrener Jugendstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Wuppertal seinen Dienst an vier Tagen der Woche im Amtsgericht Remscheid. Dadurch steht er ständig als unmittelbarer Ansprechpartner für den Jugendrichter, die Polizei, die Jugendgerichtshilfe sowie die Schulen zur Verfügung. Der Staatsanwalt vor Ort kennt innerhalb kürzester Zeit seine „Pappenheimer“. Er kann deshalb auf Straftaten seiner Klientel schnell reagieren.

Jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter im Fokus

Die Intensivtäterprojekte betreffen jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter, die mit zahlreichen sozialen Problemen belastet sind. Sie machen nur etwa fünf Prozent aller jungen Straftäter aus, begehen aber rund 50 Prozent aller Delikte der betreffenden Altersgruppen. Eine dichte Kontrolle der jugendlichen Täter und deren Betreuung – etwa mittels gemeinsamer Ansprache durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendamt – sowie wenn nötig durch scharfe Strafen gehen bei den Intensivtäterprojekten Hand in Hand.

Eigenbedarfsgrenzen gesenkt

Um insbesondere Jugendlichen die negativen Folgen des Drogenkonsums vor Augen zu führen, hat die Justizministerin mit einem Drogenerlass, der am 1. Oktober 2007 in Kraft getreten ist, die Eigenbedarfsgrenzen, die unter

bestimmten Umständen von der Strafverfolgung absehen lassen, gesenkt und bei Jugendlichen ganz aufgehoben. Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und ihnen gleichgestellte Heranwachsende sollen nach der Neuregelung nur noch unter Auflagen – insbesondere Beratungs- und Trainingsauflagen – und nicht mehr wie bisher folgenlos eingestellt werden können.

Verbesserte Personalsituation

Eine vernünftige Personalausstattung ist eine der tragenden Säulen eines effizienten und sicheren Justizvollzugs. Die Landesregierung hat den Gesetzgeber davon überzeugen können, den noch von der Vorgängerregierung betriebenen Personalabbau im Vollzug zu stoppen. So bleiben Stellen, die ursprünglich wegfallen sollten, weiter bestehen. Außerdem wurden 80 neue Stellen mit dem Haushalt 2007 sowie 80 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Nachwuchskräfte geschaffen. Die daraus resultierenden fast 400 Einstellungsmöglichkeiten sind zügig genutzt worden. Rund zehn Prozent der so gewonnenen Nachwuchskräfte verfügen über einen Migrationshintergrund; das trägt in besonderem Maße dazu bei, sprachliche und kulturelle Barrieren in den Justizvollzugsanstalten abzubauen.

Sicherheit bei Lockerungsentscheidungen

Anspruch auf Sicherheit haben vor allem Opfer, deshalb müssen Entscheidungen über im Verlauf des Vollzuges notwendige Lockerungen und die Aufnahme in den offenen Vollzug auf eine möglichst sichere Basis gestellt werden. Das gilt insbesondere bei Sexual- und Gewaltstraftätern. Die Landesregierung hat ein Modell entwickelt, mit dem auf wissenschaftlicher Grundlage die Qualität der Lockerungsdiagnostik kontrolliert und verbessert und die Fortbildung der Gutachter intensiviert wird. Im Haushaltsentwurf 2008 sind dafür 500.000 Euro vorgesehen.

Neue Haftplätze geschaffen

Zu den aufwändigsten vollzugspolitischen Maßnahmen der jüngeren Vergangenheit gehören die Erweiterung der Jugendanstalt in Heinsberg um rund 250 Plätze und vor allem der in diesem Jahr aufgelegte Neubau einer Jugendanstalt mit 500 Plätzen in Wuppertal-Ronsdorf. Damit kann die Landesregierung gewährleisten, dass junge Straf- und Untersuchungsgefangene künftig ausschließlich in Jugendanstalten untergebracht sein werden und nicht mehr auf Erwachsenenanstalten



Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter

zurückgegriffen werden muss. Allein die Inbetriebnahme der Jugendanstalt in Wuppertal-Ronsdorf wird den Einsatz von 250 zusätzlichen Justizvollzugsbediensteten erfordern. Die für die Personalverstärkungen notwendigen Einstellungsermächtigungen hat die Landesregierung zum Haushaltsgesetz 2008 beschlossen. Mit einer Reihe weiterer baulicher Maßnahmen begegnet die Landesregierung ebenfalls der angespannten Belegungssituation im Erwachsenenbereich. Zu erwähnen sind insbesondere der Neubau einer Justizvollzugsanstalt im Großraum Düsseldorf mit rund 850 Plätzen, zusätzliche 150 Haftplätze für erwachsene Strafgefangene in Büren und der Umbau der Justizvollzugsanstalt Attendorn mit 120 Plätzen.

Jungtäterabteilungen in Justizvollzugsanstalten

In den Justizvollzugsanstalten Aachen, Geldern, Gelsenkirchen und Schwerte sind Ende 2006 Jungtäterabteilungen in Betrieb genommen worden, deren Konzeption auf die Belange dieser spezifischen Klientel zugeschnitten ist. Im Rahmen einer Evaluation wird die Entwicklung dieser neuen Vollzugsform von Anfang an wissenschaftlich begleitet und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft.

Zeit bis zum Arrestantritt halbiert

Durch die Inbetriebnahme einer weiteren Jugendarrestanstalt in Düsseldorf-Gerresheim im November 2005 konnten die unerledigten Vollstreckungsersuche im Jugendarrest deutlich abgebaut werden: von rd. 2.600 im Juni 2005 auf rd. 1.900 im August 2007. Damit reduzierte sich die durchschnittliche Wartezeit vom Eingang der Vollstreckungsunterlagen bis zum Arrestantritt von sechs auf drei Monate.

Drogenbehandlung im Strafvollzug

30 bis 40 Prozent der Inhaftierten haben vor der Inhaftierung Drogenmissbrauch betrieben. Um sie auf ein drogenfreies Leben auch nach der Haft vorzubereiten, hat die Landesregierung die Mittel für externe Drogenberatung im Strafvollzug 2007 gegenüber 2005 um 40 Prozent erhöht.

Verschlingung der Verwaltungsstrukturen

Im Strafvollzug hat sich das Vorhandensein einer Mittelbehörde nicht bewährt. Die Landesregierung löst daher das Landesjustizvollzugsamt zum 1. Januar 2008 auf. Sie stärkt damit die Selbständigkeit der Justizvollzugsanstalten und legt die Grundlage für eine verbesserte Steuerung durch das Justizministerium.

Moderne Justizkommunikation

Die Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen stellt zahlreiche Informations- und Serviceangebote im Internet bereit. Dazu gehören unter anderem:

www.justiz.nrw.de

Hier finden sich rund **70.000** Seiten, sieben Online-Verfahren, sechs Online-Datenbanken – mit über zehn Millionen Seitenzugriffen monatlich eines der umfangreichsten Internet-Angebote des Landes.

E-Justice

Mit diesem bundesweiten Registerportal betreibt die Justiz in Nordrhein-Westfalen im Auftrag aller Länder die gemeinsame Internetplattform für alle amtlichen deutschen Handelsregister. Damit verbessert die Justiz die handelsrechtliche Publizität in Deutschland.

www.justiz-auktion.de

Hierbei handelt es sich um ein virtuelles Auktionshaus der Justiz. Versteigert werden vor allem Wertgegenstände, die im Zuge strafrechtlicher Ermittlungen eingezogen worden sind.

www.jva-shop.nrw.de

Auf diesen Seiten werden die in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten hergestellten Produkte online angeboten.

Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einsatz für ein sauberes und gesundes
Nordrhein-Westfalen





Silomaisernernte



Umweltminister Eckhard Uhlenberg

Umweltinformationen für Bürgerinnen und Bürger

2006 hat die Landesregierung das Umweltinformationssystem Nordrhein-Westfalen-Umweltdaten vor Ort in Betrieb genommen, das im Internet von einer wachsenden Zahl von Nutzern nachgefragt wird. Im Frühsommer 2007 wurde erstmals der Umweltbericht Nordrhein-Westfalen 2006 veröffentlicht. Durch regelmäßig erscheinende Umweltberichte und einen verbesserten Zugang zu Umweltinformationen über das Internet soll die Meinungsbildung zu Umweltthemen für Bürgerinnen und Bürger erleichtert und das Umweltbewusstsein geschärft werden.

Dialog Wirtschaft und Umwelt – www.dwu.nrw.de

Der Dialog Wirtschaft und Umwelt steht für eine kooperative Umweltpolitik der Landesregierung. Schwerpunkte des Dialogs sind Entwicklungen im Immissionsschutz, Gewässerschutz, Abfall- und Bodenschutz sowie im Ressourcenmanagement des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Rahmen des Dialogs ist eine Clearingstelle eingerichtet worden, die Konflikte bei Genehmigungs- und Überwachungsverfahren schnell und unbürokratisch – unabhängig von gerichtlichen Verfahren – löst.

Handeln im Klimawandel

Die Sonder-Umweltministerkonferenz unter nordrhein-westfälischer Leitung beschloss am 22. März 2007 die Düsseldorfer Erklärung der deutschen Umweltminister zum Klimaschutz. Sie stieß sowohl in der Wissenschaft als auch in der Wirtschaft auf breite Zustimmung. In seiner Meseberger Klausur hat das Bundeskabinett wichtige Punkte der Düsseldorfer Erklärung aufgegriffen.

Die globale Erwärmung ist in Nordrhein-Westfalen bereits nachweisbar. Das Umweltministerium hat deshalb Handlungsfelder identifiziert und entwickelt geeignete regionale Strategien:

- Erstellung regionaler Klimaprognosen in hoher räumlicher Auflösung (10 x 10 km) für Nordrhein-Westfalen.
- Ausbau der meteorologischen Messungen zur Beobachtung der Klimaentwicklung in Nordrhein-Westfalen.
- Einrichtung eines Klimafolgenmonitoringsystems, d.h. systematische Erfassung der Folgen des Klimawandels.
- Durchführung erster konkreter Projekte in den Schwerpunktbereichen Hochwasserschutz, Forstwirtschaft und Landwirtschaft: So hat die Landesregierung ein Hochwasserschutzkonzept auf den Weg gebracht, das

bis 2015 umgesetzt sein soll. Die Kosten liegen insgesamt bei rund 1,2 Milliarden Euro, von denen etwa eine Milliarde Euro auf das Land entfallen.

Gewässerschutz intensiviert

Die Landesregierung wird zum Schutz der Gewässer für das ganze Land Gewässerbewirtschaftungspläne bis Ende 2009 aufstellen. Solche Bewirtschaftungspläne hat es bislang in Nordrhein-Westfalen nicht gegeben.

Nordrhein-Westfalen ist mit seiner Grundlagenforschung im Themenfeld PFT (perfluorierte Tenside) und Mikroverunreinigungen (u.a. Arzneimittelrückstände im Wasser) weltweit führend. Insbesondere die in die Schlagzeilen geratenen PFT zeigen, welche große Bedeutung einem nachhaltigen Schutz der Gewässer für den vorsorgenden Gesundheitsschutz zukommt. Die Landesregierung kümmert sich dabei um die Belastung von Möhne und Ruhr, die auf kriminelle Vorfälle zurückgeht, ebenso wie um die Folgen, die aus dem Einsatz dieser Stoffe resultieren. Mit den Einleitern hat die Landesregierung Gespräche begonnen, um die Belastung zu reduzieren – mit ersten Erfolgen.

Luftbelastungen im Blickpunkt

Überschreitungen zulässiger Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid in bisher 23 Städten und Gemeinden haben zur Aufstellung/Fortschreibung von insgesamt 45 Luftreinhalte- und Aktionsplänen geführt. Dabei kommt dem regionalen Ansatz insbesondere zur Senkung der Hintergrundbelastung, den die Landesregierung mit den Beteiligten im Dialog erarbeitet, eine zentrale Bedeutung zu. Eine mögliche Minderungsmaßnahme ist die Einrichtung von Umweltzonen. Hierfür wurde für Nordrhein-Westfalen ein Orientierungsrahmen festgelegt, der eine landesweit einheitliche Vorgehensweise im Falle großflächiger Umweltzonen sicherstellen soll.

Verminderung der Lärmbelastung

Im Rahmen der EU-Umgebungsärmrichtlinie müssen die nordrhein-westfälischen Kommunen die Lärmsituation in Ballungsräumen, an Hauptverkehrsstraßen und großen Flughäfen erfassen und in Lärmkarten abbilden. Für Belastungsbereiche werden anschließend Aktionspläne zur Lärminderung erarbeitet.

Flächenverbrauch verringern

Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist in Nordrhein-Westfalen mit ca. 15 ha täglich im langjährigen Durchschnitt immer noch hoch. Mit der „Allianz für die Fläche“ entwickelt die Landesregierung partnerschaftliche Ansätze und alternative Wege. Wichtige Themenfelder sind die Verstärkung des Flächenrecyclings (Reaktivierung von Industrie-, Verkehrs- und Militärbrachen), planerische Aspekte und Strategien der Flächenpolitik, Überlegungen zur stärkeren Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten. Derzeit wichtigste Maßnahme ist ein Angebot an die Städte und Gemeinden des Landes zur Einführung kommunaler Flächenmanagementsysteme.

Ausbau der Bioenergie

Die Landesregierung will den weiteren Ausbau der Bioenergie. Ziel ist die Verdoppelung der Strom- und Wärmeerzeugung aus Biomasse bis 2010 und die Vervierfachung bis 2020 als Beitrag zu Klimaschutz und Versorgungssicherheit.

Am 6. September 2007 wurde zur Nutzung von Forstbiomasse mit der RWE Energy AG ein Vertrag unterzeichnet. Bis 2020 wird das Unternehmen bis zu zehn neue Biomassekraftwerke errichten. Zum Einsatz kommen dabei vor allem Restholz, also Bruchholz, Äste und Kronenmaterial, das normalerweise im Wald liegen bleibt und dort verrottet.

Natur und Landschaft

Zu Beginn des Jahres 2006 hatte die Landesregierung in einer öffentlichen Ausschreibung die Fortsetzung der Gartenschauen in Nordrhein-Westfalen von 2008 bis 2017 erklärt. Die nächste Landesgartenschau findet 2008 in Rietberg (Kreis Gütersloh) statt. Im Jahr 2010 wird Hemer (Märkischer Kreis) die Gartenschau ausrichten. Die Städte Hamm und Zülpich (Kreis Euskirchen) haben sich um die Ausrichtung der Landesgartenschau im Jahr 2014 beworben.

Alle zwei Jahre wird in Nordrhein-Westfalen in jeweils einer anderen Region eine sogenannte REGIONALE veranstaltet. Die REGIONALE zielt darauf ab, die strukturelle Entwicklung einer Region beispielhaft an ausgewählten Themen und zentralen Herausforderungen auszurichten und durch wegweisende Projekte anschaulich zu machen. Die kommenden REGIONALEN in Nordrhein-Westfalen finden 2008 in der Region um Aachen und 2010 im Raum Köln/Bonn/Leverkusen statt.

Zum Erhalt unseres Naturerbes und unserer Heimat befürwortet und unterstützt die Landesregierung die Arbeit und die Weiterentwicklung der Naturparke in Nordrhein-Westfalen. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Naturparke in Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung deshalb einen Wettbewerb ins Leben gerufen, der Naturparke auszeichnen und

besonders fördern soll. Der Wettbewerb wird alle drei Jahre ausgeschrieben und im Wechsel mit der Landesgartenschau und der REGIONALE stattfinden. Für die erste Wettbewerbsrunde unter dem Titel Naturpark Nordrhein-Westfalen.2009 können sich die 14 Nordrhein-Westfalen-Naturparke derzeit bewerben.

100-Alleen-Programm

Alleen haben einen hohen kulturhistorischen und ästhetischen Wert. Die von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ins Leben gerufene 100 Alleen-Initiative läuft erfolgreich. Bis heute sind 35 Alleen gepflanzt. Die neu gepflanzten Alleen bzw. zur Allee ergänzten Baumreihen haben inzwischen eine Gesamtlänge von rund 41 Kilometern, das entspricht etwa der Entfernung zwischen Düsseldorf und Köln. Bereits in der Pflanzsaison 2007/2008 werden über 20 Alleen hinzukommen. Die Route der Deutschen Alleenstraße wird zukünftig auch durch Nordrhein-Westfalen verlaufen.

Holz- und Forstwirtschaft unterstützt

Der Orkan Kyrill, der am 18. und 19. Januar 2007 über Nordrhein-Westfalen hinweg zog, war die größte Sturmkatastrophe in der Geschichte des Landes. Die Landesregierung hat unmittelbar nach dem Sturmereignis gehandelt. Über zahlreiche Sofortmaßnahmen hinaus wurde ein 100 Millionen-Euro-Programm beschlossen – mit beträchtlichen Finanzierungshilfen für die Waldbesitzer bis zum Jahr 2010. Aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union wird Nordrhein-Westfalen über 90 Millionen Euro erhalten. Dieses Geld wird zur Beseitigung von öffentlichen Schäden verwendet werden, dazu zählen zum Beispiel beschädigte Straßen und Wege.

Leistungsfähige Landwirtschaft im Fokus

Mit dem Aufbau eines Clusters Ernährung verfolgt die Landesregierung das Ziel, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit durch Zusammenarbeit und Vernetzung der nordrhein-westfälischen Agrar- und Ernährungswirtschaft zu fördern und zu stärken. Ziel ist es, eine international wettbewerbsfähige und effizient vernetzte Agrar- und Ernährungswirtschaft herauszubilden. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sollen als Säulen sozialer Stabilität und wirtschaftlicher Dynamik davon profitieren. In diesem Sinne richtet Nordrhein-Westfalen zudem die europäischen und nationalen Förderinstrumente zielstrebig auf leistungsstarke, unternehmerisch orientierte (Familien-)Betriebe in der Land- und Forstwirtschaft aus.



Gesundes Essen in der Ganztags-Grundschule, Wuppertal



Wildnis-Trail im Naturpark Eifel

Gesunde Ernährung an Schulen

Besondere Aufmerksamkeit richtet die Landesregierung auf eine gesunde Schulverpflegung, die gerade beim Ausbau der Ganztagschulen eine große Rolle spielt. Sie entwickelt – zunächst bei den Ganztagsgrundschulen – ein Nordrhein-Westfalen-weites Qualitätsnetzwerk für eine flächendeckende, gesunde Schulverpflegung.

Sichere Lebensmittel mit Hilfe risikoorientierter Kontrolle

Die Landesregierung hat einen 15-Punkte-Maßnahmenplan für sichere Lebensmittel aufgestellt und umgesetzt. Mit dem neuen System risikoorientierter Kontrolle konzentriert die Landesregierung die Kräfte der behördlichen Überwachung an den wirklich kritischen Punkten von Gastronomie, Handel und Herstellung von Lebensmitteln. Nordrhein-Westfalen führt zur Verstärkung dieses Bereichs 2008 den neuen Beruf des amtlichen Kontrollassistenten ein. Hierzu wird zunächst vorrangig landeseigenes Personal aus bislang anderen Aufgaben qualifiziert. Mittelfristig sollen 300 qualifizierte Kräfte für mehr Lebensmittelsicherheit in Nordrhein-Westfalen sorgen.

Nordrhein-Westfalen nimmt mit dem freiwilligen Smiley-Nachweis eine Vorreiterrolle in Deutschland ein, um Gastronomie und Lebensmittelhandel zu ausgezeichneten Hygienestandards anzuhalten, die für die Kunden klar erkennbar sind.

Verbraucherschutz stärken

Nordrhein-Westfalen setzt beim vorbeugenden Verbraucherschutz durch Bildung und Information Maßstäbe. Dazu gehört die Stärkung der Finanzkompetenz junger Menschen. Über 1.000 Schulklassen der 9. und 10. Jahrgangsstufen wurden 2006/2007 mit speziellen Unterrichtseinheiten zum Umgang mit Geld praxisnah durch Schuldner- und Verbraucherberater informiert.

Die Verbraucherzentralen Nordrhein-Westfalens erhalten vom Land für ihr flächendeckendes Beratungsangebot in Produkt-, Rechts- und nun auch Gesundheits- und Energiefragen eine verlässliche Finanzierung bis zum Jahr 2010. Rund 27 Millionen Euro stellt die Landesregierung dafür bereit – besondere Mittel für Sonderprojekte nicht eingerechnet: Das ist in Deutschland einzigartig.

Waldreiches Nordrhein-Westfalen

Kein anderes Bundesland hat einen so großen Reichtum an unterschiedlichen reizvollen Landschaften:

- Ein Viertel der Landesfläche, knapp **8.500** m² sind Wälder: davon **65** Prozent Privatwald, das ist der höchste Privatwaldanteil Deutschlands.
- Die Hälfte der Landesfläche wird landwirtschaftlich genutzt.

National- und Naturparke in Nordrhein-Westfalen

Nationalparke:

Nationalpark Eifel

Naturparke:

Arnsberger Wald, Bergisches Land, Diemelsee, Dümmer, Ebbegebirge, Eggegebirge/südlicher Teutoburger Wald, Hohe Mark, Homert, Maas-Schwalm-Nette, Nördlicher Teutoburger Wald-Wiehengebirge, Rheinland, Rothaargebirge, Siebengebirge.

**Generationen, Familie, Frauen
und Integration**
Für ein Land der Kinder und Familien





Familienminister Armin Laschet

Kinder besser fördern und erziehen

Das neue Kinderbildungsgesetz ordnet Gestaltung und Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder neu. Die Förderung und Erziehung der Kinder wird individueller, bedarfs- und kindgerechter. Die Kindertageseinrichtung wird als Ort für frühkindliche Bildung gestärkt. Mit dem neuen Gesetz fließt mehr Geld in das Kinderbetreuungssystem. Im Haushalt 2007 sind 819 Millionen Euro vorgesehen. Diese Summe wird im Jahr 2008 auf 969 Millionen Euro steigen. Nach der mittelfristigen Planung werden es im Jahr 2009 erstmals mehr als eine Milliarde Euro sein.

Einrichtung von Familienzentren

Als erstes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen in Deutschland Familienzentren eingerichtet, um Eltern und Kindern niedrigschwellige, ganzheitliche Hilfen in den Kindertagesstätten anzubieten. Die Zentren bündeln Bildung, Beratung und Betreuung und schaffen so eine umfassende Familienförderung. Darüber hinaus stärken sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Innerhalb von nur zwei Jahren hat die Landesregierung diese Idee in die Praxis umgesetzt: die Pilotphase wurde erfolgreich abgeschlossen und bereits heute verfügt Nordrhein-Westfalen über fast 1.000 Familienzentren. Bis zum Jahr 2012 ist mit 3.000 Familienzentren der flächendeckende Ausbau geplant.

Ausbau der U3-Betreuung

Bei Regierungsübernahme im Mai 2005 war Nordrhein-Westfalen mit 11.000 Plätzen (2,8 Prozent) bundesweites Schlusslicht bei der Betreuung von unter dreijährigen Kindern. Mit dem neuen Kinderbildungsgesetz und der Umsetzung des aufgelegten Bundesprogramms, das die Landesregierung nachdrücklich unterstützt, wird die Landesregierung diesen Zustand entscheidend verändern. Allerdings wartet die Landesregierung nicht auf die Mittel der Bundesregierung. Das zeigt die Entwicklung für das nächste Jahr. Von derzeit rund 16.000 wird das Betreuungsangebot allein im kommenden Jahr auf 34.000 Plätze gesteigert und damit mehr als verdoppelt. Zum Kindergartenjahr 2010/2011 sollen zweijährige Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Platz erhalten. Bis zum Jahr 2013 wird es für ein Drittel der Unterdreijährigen einen Platz in einer Tageseinrichtung oder in der Kindertagespflege geben.

Kindertagespflege

Erstmals wird in Nordrhein-Westfalen die Kindertagespflege gesetzlich verankert und vom Land finanziell gefördert. Pro Jahr und Kind zahlt das Land künftig 725 Euro für die Betreuung bei Tagesmüttern oder -vätern. Damit werden die Kindertagespflegeplätze von derzeit rund 10.000 im Jahr 2008 auf bereits 18.000 Plätze deutlich ausgebaut. Die Kindertagespflege soll künftig verstärkt auch an Kindertageseinrichtungen und Familienzentren angebunden werden können. Damit wird die Kinderbetreuung auch in Randzeiten besser abgedeckt, Eltern finden bedarfsgerechte Angebote und haben Qualitätssicherheit bei der Kinderbetreuung.

Familienfreundliche Unternehmen

Um echte Wahlfreiheit zu schaffen, muss auch die Wirtschaft familiäre Belange wieder stärker in den Blick nehmen. Die Landesregierung begleitet deshalb Unternehmen mit Projekten, in denen Strategien für mehr Familienfreundlichkeit entwickelt und umgesetzt werden. Als Kooperationspartner konnte unter anderem die Bertelsmann-Stiftung gewonnen werden.

Bürgerschaftliches Engagement

Zur Bewältigung des demografischen Wandels ist es notwendig, dass Anreize geschaffen werden, die das Ehrenamt für die Menschen attraktiv machen. Gleichzeitig muss es ein besonderes Anliegen sein, den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern Anerkennung für ihre Arbeit entgegenzubringen. Daher will die Landesregierung eine Ehrenamts-Karte für Nordrhein-Westfalen einführen. Überdurchschnittlich engagierte Menschen sollen auf diese Weise öffentliche und private Angebote vergünstigt nutzen können und so Dank für ihre unentgeltlich erbrachten Leistungen erfahren.

Verbesserter Kinderschutz

Mit dem Handlungskonzept der Landesregierung für einen besseren und wirksameren Kinderschutz sind auf Initiative des Ministerpräsidenten nachhaltige Maßnahmen und Initiativen zum Schutz von Kindern auf den Weg gebracht worden. Durch die Einbindung aller betroffenen Ressorts, der Kommunen sowie der Landesjugendämter und Bezirksregierungen in die Umsetzung des Handlungskonzepts ist es gelungen, die Gesellschaft für Fragen des Kinderschutzes zu sensibilisieren. Der flächendeckende Ausbau sozialer Frühwarnsysteme und die damit verbundene systematische Verzahnung von Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe ist mit einer Anschubfinanzierung von insgesamt über 1,5 Millionen Euro ein erster Schritt der Landesregierung, um Fälle von Vernachlässigung und Verwahrlosung – wie sie zuletzt in Iserlohn, Gelsenkirchen, Essen und Schleiden geschehen sind – einzudämmen.

Politische Partizipation von Jugendlichen

Die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen am politischen Diskurs ist der Landesregierung so wichtig, dass für die Partizipationsprojekte für Kinder und Jugendliche zusätzliche 300.000 Euro im Jahr 2007 bereitgestellt wurden. Dies fördert nicht zuletzt eine nachhaltige Demokratieentwicklung.

Jugendpolitische Infrastruktur gesichert

Die Erfahrungen aus dem Sonderprogramm Jugend und soziale Brennpunkte (4,5 Millionen Euro zusätzlich) zeigen, wie wichtig eine inhaltliche Verbindung zu den Handlungsfeldern des Kinder- und Jugendförderplans ist. Durch gezielte Förderung kann die Zielgruppe der sozial benachteiligten Jugendlichen und Kinder besser erreicht werden. Der Kinder- und Jugendförderplan wurde über neue Förderrichtlinien weiter entbürokratisiert: So sollen den Trägern der Kinder- und Jugendarbeit fast zwei Drittel der Mittel in pauschalierter Form ohne Antragstellung zur Verfügung gestellt werden. Damit werden die Träger der Jugendhilfe gestärkt. In einem engen Dialog mit den Trägern werden die inhaltlichen Schwerpunkte des Kinder- und Jugendförderplans regelmäßig überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt. Mit insgesamt knapp 80 Millionen Euro wurde die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit auf eine solide Grundlage gestellt.

Gleiche berufliche Entwicklungschancen von Frauen und Männern

Frauen und Männern müssen bei der beruflichen Entwicklung gleiche Chancen haben. Die Landesregierung leistet dazu einen wichtigen Beitrag, indem sie den beruflichen Wiedereinstieg fördert, z. B. mit der „Hotline W“ und durch die Unterstützung regionaler Netzwerke zur Berufsrückkehr. Zudem sind Initiativen angestoßen worden, um das Berufsspektrum bei jungen Frauen, beispielsweise im Bereich Technik und Ingenieurwissenschaften, zu erweitern. Auch die Förderung der Selbstständigkeit trägt dazu bei, die Erwerbsquote von Frauen zu verbessern. Die Landesregierung fördert daher die Existenzgründung von Frauen mit dem Unternehmerinnenbrief und dem Wettbewerb Aktivierung der Gründungspotenziale von Frauen und der Wachstumspotenziale von jungen, frauengeführten Unternehmen.

Vom Generationen-Gipfel zum Tag der Generationen

Am 14. Dezember 2007 wird der erste nordrhein-westfälische Generationen-Gipfel in Düsseldorf stattfinden. Daneben wird die Landesregierung einen Wettbewerb starten, mit dem die besten nordrhein-westfälischen Projekte für Generationen ausgezeichnet werden sollen. Im Jahr 2008 ist ein Tag für Generationen geplant. Um die Voraussetzungen für einen guten Generationenkontakt zu schaffen, veranstaltete das Generationen-

Ministerium im Jahr 2007 eine Reihe von sieben Werkstätten mit dem Ziel des Erfahrungsaustauschs und der professionellen Unterstützung.

Aktionsplan Integration

Mit dem Aktionsplan „Integration Nordrhein-Westfalen – Land der neuen Integrationschancen“ vom Juni 2006 hat Nordrhein-Westfalen ein kohärentes Konzept für eine moderne Integrationspolitik auf den Weg gebracht. Nordrhein-Westfalen hat damit seine Vorreiterrolle auf diesem Gebiet unter Beweis gestellt. Von der frühen Sprachförderung über die Förderung von Bildungsvereinbarungen mit Migrantenselbstorganisationen, die Verbesserung des Zugangs junger Zugewanderter zu Ausbildung und Beschäftigung bis hin zur gezielten Anwerbung von Lehrerinnen und Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte benennt der Aktionsplan aktuelle Handlungsbedarfe, steckt integrationspolitische Ziele ab und formuliert Maßnahmen der Landesregierung. Der 20-Punkte-Aktionsplan wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel als Blaupause für den Nationalen Integrationsplan bezeichnet. Die Position der deutschen Länder wurde federführend von Nordrhein-Westfalen koordiniert.

Integrationspolitik vor Ort

Integration gelingt vor Ort. Deshalb liegt ein Herzstück der Integrationspolitik der Landesregierung in der gezielten Unterstützung der integrationspolitischen Handlungsfähigkeit der Kommunen im Lande, insbesondere durch das Programm KOMM-IN Nordrhein-Westfalen – Innovation in der kommunalen Integrationsarbeit. An diesem Programm nehmen bislang mehr als 60 Kommunen teil.

Kompetenzzentrum für Integration

Erfolgreiche Integrationspolitik bedarf in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen ebenso effizienter wie effektiver Einrichtungen. Die Landesregierung hat daher im Juni 2007 die Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge umstrukturiert und ein landesweit agierendes Kompetenzzentrum für Integration in Nordrhein-Westfalen geschaffen, das bei integrationspolitischen Programmen unterstützend und beratend tätig wird.

Gegen häusliche Gewalt und Zwangsheirat

Ein wichtiger Bestandteil erfolgreicher Integrationspolitik ist ferner die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat. Nordrhein-Westfalen hat diesbezüglich eine bundesweit vorbildliche Infrastruktur. (62 Frauenhäuser, 55 allgemeine Frauenberatungsstellen, 48 Frauennotrufe sowie 8 spezialisierte Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel). Als Teil des Aktionsplans Integration hat die Landesregierung ein Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheirat beschlossen. Erstmals wird z. B. eine Onlineberatung gegen Zwangsheirat gefördert.

Bundes- und Europaangelegenheiten
Zusammenarbeit mit Freunden
in Europa und der Welt





Nahtloser Übergang: Andreas Krautscheid (links) folgt Michael Breuer (rechts) als Europaminister

Verständigung und Versöhnung

Die Landesregierung hat in ihrer internationalen Zusammenarbeit deutliche Zeichen zur Verständigung und Versöhnung insbesondere mit Israel und mit Polen gesetzt. So engagiert sich der Ministerpräsident für den Dialog der Religionen und Kulturen in Jerusalem als Vorsitzender der Jerusalem Foundation Deutschland. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung unter anderem Lehrerfortbildungen in der Gedenkstätte Yad Vashem, einen verstärkten Schüler- und Jugendaustausch, die Ausweitung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit sowie ein Projekt zur Sicherung von Patientenakten des ehemaligen „SS-Hygieneinstituts“ in Auschwitz.

Zusammenarbeit mit den Benelux-Ländern

Die Zusammenarbeit Nordrhein-Westfalens mit den Nachbarländern Niederlande, Belgien und Luxemburg soll auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Regierungschefs dieser Länder unterstützen die Initiative des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, Nordrhein-Westfalen – im Zuge der bevorstehenden Revision des Vertrages über die Benelux-Union – enger an die Benelux-Staaten zu binden. In einem intensiven Dialog mit den Euregios hat die Landesregierung die Haupthindernisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit identifiziert und mit der Erarbeitung pragmatischer Lösungen begonnen. Insbesondere mit den Niederlanden, auf einigen Feldern auch mit Flandern und mit Luxemburg erfolgt inzwischen eine enge fachpolitische Abstimmung und Zusammenarbeit.

Kompromiss in der Chemikalienpolitik

In der Europapolitik ist es der Landesregierung gelungen, die Interessen des Landes mit deutlich mehr Nachdruck zu vertreten und wichtige Entscheidungen zugunsten des Landes zu beeinflussen. So konnte in der Chemikalienpolitik (REACH) in enger Zusammenarbeit mit den nordrhein-westfälischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments ein ausgewogener Kompromiss zwischen den Standortinteressen am größten europäischen Chemie-Standort und den Belangen des Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes erreicht und drohende Gefahren für die Arbeitsplätze in dieser Branche in Nordrhein-Westfalen abgewendet werden.

Die Metropolregion Europas

Nordrhein-Westfalen ist eine der wirtschaftsstärksten Metropolregionen Europas und das Kraftzentrum Deutschlands. **2006** steuerten die **18** Millionen Menschen zwischen Rhein und Weser rund ein Viertel zum deutschen Bruttoinlandsprodukt bei. Im Umkreis von **500** Kilometern um die Landeshauptstadt Düsseldorf leben **140** Millionen Menschen, das sind gut **28** Prozent der Verbraucher in der EU. **150** Millionen Verbraucher sind in einer LKW-Tagesreise erreichbar.

Europäische Nachbarstaaten sind die wichtigsten Handelspartner

In der ersten Jahreshälfte 2007 verkauften nordrhein-westfälische Firmen Waren im Wert von **87,3** Milliarden Euro ins Ausland. Das waren **13,2** Prozent mehr als im Vorjahr. Wichtigster Handelspartner sind die Niederlande, in die Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen Waren von **8,7** Milliarden Euro exportierten, gefolgt von Frankreich mit **7,9** Milliarden Euro und Großbritannien mit **6,2** Milliarden Euro.

Prädikat Europaschule

Die Landesregierung hat eine einheitliche Qualitätsnorm für die Zertifizierung von Europaschulen beschlossen und dadurch verlässliche Rahmenbedingungen für die Anerkennung als Europaschule geschaffen. Diese stellt sicher, dass das Prädikat Europaschule auch mit vergleichbaren Inhalten verknüpft ist. Hierdurch werden das europäische Bewusstsein und europäische Bildungsinhalte in der schulischen Bildung verankert. Auf der Grundlage der neuen Qualitätsnorm sind am 9. Oktober 2007 erstmals 16 Schulen mit dem Prädikat Europaschule ausgezeichnet worden.

Nordrhein-Westfalen-Frankreich-Jahr

In den internationalen Beziehungen wird das Land im Jahr 2008 und in der ersten Jahreshälfte 2009 einen besonderen Schwerpunkt auf Frankreich legen. Durch eine Vielzahl kultureller, gesellschaftlicher und politischer Veranstaltungen, in die auch die bestehenden Städtepartnerschaften, die Schulen und die deutsch-französischen Vereinigungen einbezogen werden, wird das Land neue Impulse für die deutsch-französischen Beziehungen setzen.

Kultur

Mehr Kreativität wecken





Kinder für Kunst begeistern

Verdopplung der Kulturförderung

Dem Ziel der Verdopplung der Kulturförderung in dieser Legislaturperiode hat sich die Landesregierung in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 bereits erfolgreich angenähert. Der nächste Schritt erfolgt mit dem Haushalt 2008. Mit der Erhöhung des Kulturförderetats kann die Situation von Kultureinrichtungen und -trägern verbessert, Projektförderungen in den einzelnen Sparten gestärkt und die individuelle Künstlerförderung stabilisiert werden. Daneben werden zusätzliche Mittel für neue kulturpolitische Schwerpunktthemen wie Kulturelle Bildung und Substanzerhalt eingesetzt.

Mittel für kulturelle Bildung verdoppelt

In allen Kunstsparten und -feldern werden die Mittel des Haushaltsaufwuchses gezielt für Kinder und Jugendliche eingesetzt. Das heißt, es gibt seit 2005 mehr Kindertheater, mehr Leseförderung, mehr musikalische Bildung in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt haben sich die Mittel für Kulturelle Bildung heute bereits auf ca. 13 Millionen Euro verdoppelt.

Kunst und Schule

Mit dem neuen Landesprogramm Kultur und Schule unterstützt die Landesregierung die Zusammenarbeit von Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturpädagogen mit den Schulen. Kinder und Jugendliche werden durch die Projektarbeit in ihrer Kreativität gestärkt, ihr kulturelles Wissen wird gefördert. Bereits im Startjahr 2006/2007 des Landesprogramms konnten ca. 700 Projekte unterstützt werden. Im Schuljahr 2007/2008 werden rund 1.100 Projekte von Künstlerinnen und Künstlern aller Kunstsparten mit allen Schulformen gefördert, darunter 60 Projekte an Ersatzschulen und 14 Kooperationsprojekte mit mehreren Schulen in einer Kommune. Mehr als 20.000 Kinder und Jugendliche werden inzwischen auf diesem Weg erreicht. Das neue Portal www.kulturundschule.de hilft Künstlern und Schulen dabei, den passenden Projektpartner zu finden.

Wettbewerb Kommunale Gesamtkonzepte

Um die Kommunen des Landes bei der Entwicklung ihrer kulturellen Bildungslandschaft zu unterstützen und zu ermutigen, hat die Landesregierung in diesem Jahr erstmalig einen Wettbewerb für Kommunale Gesamtkonzepte ausgeschrieben. Über dreißig Städte und Gemeinden, die bereits zielorientiert an der Qualität der kulturellen Bildungsprozesse arbeiten, haben sich beworben. Die besten Konzepte werden am 30. November 2007 ausgezeichnet und veröffentlicht, um weitere Kommunen darin zu bestärken, bei der kulturellen Bildung voran zu gehen.

Jedem Kind ein Instrument

Das bereits begonnene Programm Jedem Kind ein Instrument hat zum Ziel, möglichst jedem Grundschüler im Ruhrgebiet bis 2010 die Möglichkeit zu bieten, musikalische Erfahrungen mit einem Instrument zu machen. Zur Umsetzung arbeiten die Musikschulen und die Grundschulen zusammen. Nachdem es modellhaft in Bochum gestartet wurde, wird das Programm mit Beginn des Schuljahrs 2007/2008 nunmehr bereits auf 215 Grundschulen in 33 Kommunen ausgeweitet. Über 7.200 Schüler nehmen damit bereits an „Jedem Kind ein Instrument“ teil. Das Programm soll weiter ausgebaut werden, um das Ziel bis 2010 umzusetzen, wirklich jedem Grundschüler im Ruhrgebiet dieses Angebot zu machen.

Öffentliche Bibliotheken gefördert

Neben der Familie und der Schule sind öffentliche Bibliotheken die wichtigsten Einrichtungen zur Leseförderung. Mit den Programmen „Bist du auch lesekalisch?“ und „Bildungspartner Nordrhein-Westfalen: Bibliothek und Schule“ unterstützt die Landesregierung die Bibliotheken dabei, systematisch und regelmäßig mit Kindergärten und Schulen zusammenzuarbeiten. Wie beim Programm Kultur und Schule sollen so alle Kinder, auch die aus bildungsfernen Familien, erreicht werden. Die erheblichen Kürzungen der Bibliotheksförderung in der letzten Legislaturperiode erfolgten hat die Landesregierung daher weitgehend wieder zurückgenommen.

Projekt Kommunales Handlungskonzept Interkultur

Die Landesregierung unterstützt Kommunen, um Strukturen und Netzwerke aufzubauen, die Künste und Kulturen im interkulturellen Kontext zum selbstverständlichen Bestandteil kommunalen Kulturmanagements



**David Byrne und die Duisburger
Philharmoniker bei der Ruhr Triennale 2006**

machen. In der ersten Hälfte der Legislaturperiode wurde zunächst mit sechs Pilotkommunen das Projekt Kommunales Handlungskonzept Interkultur durchgeführt, um einen übertragbaren Handlungsleitfaden für alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen zu erstellen. Ziel ist zu zeigen, wie sich auf der Seite der Anbietenden, der Produktion und des Konsums von Kunst und Kultur die Interkulturalität unserer Stadtgesellschaften widerspiegeln kann. Um den Informationsstand zu verbessern, führte das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik im Auftrag des Landes das Kommunale Datenforschungsprojekt Interkultur durch. Eine Dokumentation der Gesamtergebnisse wird Ende des Jahres 2007 veröffentlicht (siehe auch: www.nrwkulturen.de).

Kulturpflege der Vertriebenen

Die Projektförderung der Kulturpflege der Vertriebenen wurde als Mittel der kulturellen Breitenarbeit wieder aufgenommen. Prioritär wurden hierbei – mit Blick auf die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Osteuropa – grenzüberschreitende Maßnahmen zur Völkerverständigung gefördert. Darüber hinaus wurde der Schülerwettbewerb Begegnung mit Osteuropa als Instrument der Völkerverständigung weiter ausgebaut und attraktiv umgestaltet.

Schwerpunkt Substanzerhalt von Kulturgütern

Unser kulturelles Erbe ist vielerorts gefährdet. Um es zu bewahren, hat die Landesregierung den Substanzerhalt von Kulturgütern zu einem kulturpolitischen Schwerpunkt gemacht. In den vergangenen zwei Jahren konnten erste wichtige und erfolgreiche Akzente gesetzt werden:

- In einem auf fünf Jahre angelegten Kooperationsprojekt mit den beiden Landschaftsverbänden wird in Form der sog. Massenentsäuerung dem Papierzerfall in den vorrangig kommunalen Archiven entgegengewirkt. Wichtige Dokumente unserer Geschichte, die im letzten und vorletzten Jahrhundert auf säurehaltigem Papier verfasst wurden, können mit Hilfe einer siebzigprozentigen Landesförderung für die bestandserhaltende Vor- und Nachbereitung und die maschinelle Entsäuerung vor unwiederbringlichem Verlust bewahrt werden (bis zu 2,1 Millionen Blatt Papier pro Jahr).

- Aber auch für andere Kultursparten konnten erste Maßnahmen ergriffen werden wie die Digitalisierung von Bibliotheksgut und von Filmen; allein für das gerade anlaufende Programm zur Restaurierung von Werken der bildenden Kunst plant das Land, in den kommenden drei Jahren drei Millionen Euro bereitzustellen.
- Im Duisburger Innenhafen entsteht derzeit für die im Rheinland angesiedelten Einrichtungen des Landesarchivs Nordrhein-Westfalen ein gemeinsamer Neubau, damit Nordrhein-Westfalen für die Übernahme von Dokumenten auch in Zukunft gerüstet ist.

Ruhr Triennale

Die Ruhr Triennale zählt mittlerweile zu den internationalen Spitzenereignissen. Sie hat in ihrer zweiten dreijährigen Spielzeit unter der Intendanz von Jürgen Flimm ihre Position im europäischen Festival-Geschehen gefestigt und ist mittlerweile ein begehrter Kooperations- und Koproduktionspartner der anderen großen Festivals auf dem Kontinent. Der Erfolg des Festivals ist gleichzeitig der des Ruhrgebietes, das zunehmend nationale und internationale Aufmerksamkeit erhält und seine Zukunftsfähigkeit als kreativer Raum unter Beweis stellt. Mit Willy Decker konnte ein international renommierter Opernregisseur als Intendant für die Ruhr Triennale 2009-2011 gewonnen werden.

Kulturhauptstadt Europas 2010

Die Zuerkennung des Titels Kulturhauptstadt Europas 2010, die Essen stellvertretend für das ganze Ruhrgebiet im letzten Jahr entgegennehmen konnte, hat eine Welle von Aktivitäten ausgelöst, die das Präsentationsjahr 2010 zu einem fulminanten wie nachhaltigen Ereignis für das ganze Land werden lässt. Mit der Ruhr2010 GmbH konnten wirkungsvolle Strukturen geschaffen werden, die die Vorbereitung und die Durchführung des Projektes in ihre Hände genommen hat. Im Zuge der Aktivitäten zur Kulturhauptstadt 2010 wird das neue RuhrMuseum in die Kohlenwäsche der Zeche Zollverein einziehen und in unvergleichlicher Architektur Geschichte und Gegenwart des Ruhrgebietes präsentieren. Das künstlerische Programm des Präsentationsjahres der Kulturhauptstadt wird bis Mitte des Jahres 2008 von den künstlerischen Direktoren der Ruhr2010 erstellt werden. Die beteiligten Partner stellen insgesamt 48 Millionen Euro für die Umsetzung bereit, allein das Land Nordrhein-Westfalen trägt 12 Millionen Euro bei.



Tanztheater Pina Bausch, Wuppertal

Förderung der regionalen Kulturpolitik

Im Rahmen der Förderung der regionalen Kulturpolitik konnten inzwischen in fast allen Kulturregionen die kulturellen Profile überarbeitet werden. Alle zehn Kulturregionen des Landes haben ein gesundes Selbstbewusstsein entwickelt und sind im Konzert der gesamten Kulturpolitik Nordrhein-Westfalens eine wichtige Stimme und Farbe. Die Erhöhung des Kultur-Etats hat besonders im Bereich der regionalen Kulturpolitik zu neuer Handlungsfähigkeit geführt, nachdem die Vorgängerregierung die Landesmittel für diesen Zweck erheblich gekürzt hatte. In den acht ländlichen Kulturregionen gibt es nun Koordinierungsstellen, die als Ansprechpartner vor Ort die regionale Entwicklung begleiten und konzeptionell vorantreiben. Besondere Schwerpunkte für die kommenden zwei Jahre werden Themen wie Kulturmarketing, regionaler Kulturtourismus sowie Ausbau von Kooperationsnetzen sein.

Internationale Kulturpolitik

Für die Präsentation von Nordrhein-Westfalen mit Kunst und Kultur in Frankreich ist ein Betrag von 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2008 wird in Paris kulturell und politisch mit Nordrhein-Westfalen gestaltet werden. Hervorzuheben ist dabei:

- die Ausstellung „Die Düsseldorfer Fotoschule“ der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen in Paris. Hier wird Internationale Fotokunst aus Nordrhein-Westfalen präsentiert, die 2009 dann an weiteren Orten gezeigt werden wird.
- International ausgewiesene Kunst und Junge Kunst aus Nordrhein-Westfalen wird in gleicher Weise in allen Kunstsparten an hervorgehobenen Orten in Paris präsentiert werden. Pina Bausch beispielsweise wird ebenso mitwirken wie das Folkwang Tanzstudio oder die Tanzkompanie Neuer Tanz aus Düsseldorf.

Kulturland Nordrhein-Westfalen

- **30.000** bildende Künstlerinnen und Künstler
- **3.500** Industriedenkmäler
- mehr als **1.300** Autorinnen und Autoren
- vier Literaturbüros
- ca. **300** öffentliche Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft
- drei Universitäts- und Landesbibliotheken
- mehr als **900** Museen und Sammlungen
- ca. **65** Kunstvereine
- vier Kunsthochschulen
- ca. **50** Filmkunsthäuser
- vier Filmbüros
- Medienwerk bestehend aus ca. **20** Medienkunst-Institutionen
- mehr als **100** große und kleine Bühnen für Schauspiel, Tanz und Kabarett
- fast **60** Orchester und **170** Musikschulen
- **18** Theater in kommunaler Trägerschaft, vier Landestheater, **35** institutionell geförderte Privat- und Tanztheater, **84** Projektzuschüsse für Theater und Tanzproduktionen
- **16** Freilichtbühnen
- ca. **400** freie Theatergruppen
- ca. **100** sozio-kulturelle Zentren
- Programme der kulturellen Bildung: das Landesprogramm Kultur und Schule, Jedem Kind ein Instrument
- die meisten deutschen Rock- und Popstars: die Toten Hosen, BAP, Grönemeyer, Kraftwerk, Nena und Westernhagen
- viele bedeutende Festivals: RuhrTriennale, Bonner Beethoven Fest, Jazz-Festivals Moers und Leverkusen, LitCologne, Klavierfestival Ruhr, Theaterfestival Impulse, Wege durch das Land, Waldskulpturenweg, Ruhrfestspiele, Oberhausener Kurzfilmtage
- 2010 wird Essen mit dem Ruhrgebiet die Kulturhauptstadt Europas sein.

Medien

Nordrhein-Westfalen – bei Film, Funk und Fernsehen führend in Deutschland





Einmalige Pressevielfalt an Rhein und Ruhr

medienforum.nrw

Besonderes Aushängeschild des Medienlandes Nordrhein-Westfalen ist das medienforum.nrw. Gemeinsam mit der Landesanstalt für Medien hat die Landesregierung in den letzten beiden Jahren erfolgreich daran gearbeitet, das medienforum.nrw zu der wichtigsten Kommunikationsplattform der Medienbranche weiterzuentwickeln. Dank hochkarätiger Referenten, an der Spitze Bundeskanzlerin Angela Merkel, und spannender aktueller Themen hat der Kongress im Jahr 2007 eine durchweg positive Resonanz gefunden.

Reform des Bürgerfunks

Mit einer Reform des Bürgerfunks haben Landesregierung und Landtag wichtige neue Rahmenbedingungen für eine Qualitätssteigerung und eine gerechtere Finanzierung dieses wichtigen Bürgermediums im Bereich des privaten Rundfunks gesetzt. Besonderes Augenmerk galt dabei einer verstärkten Qualifikation der „Bürgerfunker“ und einer intensiveren Einbeziehung von Schülern in die Erstellung von Sendungen. Die Gesetzesregelung ist bereits von der Landesanstalt für Medien in praktikable und praxisnahe Verfahrensvorschriften umgesetzt worden.

Erfolgreiches Filmland

Nordrhein-Westfalen ist weiterhin ein erfolgreiches Filmland. Nach Auskunft des Produzentenverbandes wurden niemals zuvor mehr Produktionen in Nordrhein-Westfalen hergestellt als heute. Nach wie vor fördert kein anderes Bundesland seine Filmwirtschaft mit derartig umfangreichen Mitteln. Die Landesregierung unterstützt die eingehende Organisations- und Strategieanalyse, die derzeit mit der Filmstiftung durchgeführt wird. Diese Mittel sollen zukünftig noch zielgenauer zur Förderung von Produzenten und Produktionen in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden.

Deutscher Kurzfilmpreis und Deutscher Drehbuchpreis

Erfreulich sind die jüngsten Erfolge: Insgesamt vier von der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen geförderte Filme sind im Rennen um die Nominierung für den Auslands-Oscar 2008. Schon jetzt kann sich Nordrhein-Westfalen auf eine ganz besondere Veranstaltung im Jahr 2008 freuen: Auf Initiative der Landesregierung werden dann in Köln erstmalig der Deutsche Kurzfilmpreis und der Deutsche Drehbuchpreis in Kooperation mit dem Bundesminister für Kultur und Medien im Rahmen einer großen Gala verliehen.

Förderung des Filmnachwuchses

Auch im Medienbereich gilt: Der wichtigste Beitrag zur Zukunftssicherung ist die Förderung von jungen Talenten und Ideen. Die Landesregierung hat deshalb mit Erfolg bei der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen einen eigenen Förderausschuss für den Filmnachwuchs initiiert. Für Abschluss- und Debütfilme stehen dort pro Jahr 1,5 Millionen Euro bereit. Die Landesregierung will damit gerade für die „Stars von morgen“ hier bei uns bestmögliche Startbedingungen schaffen.

Filmfinanzierungsfonds der NRW.Bank

Die Landesregierung hat sich auch bei der Suche nach zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten erfolgreich für die Medienwirtschaft engagiert. So ist der neue Filmfinanzierungsfonds der NRW.Bank mit einem Volumen von zehn Millionen Euro besonders für nordrhein-westfälische Filmproduzenten und für Produktionen, die in Nordrhein-Westfalen realisiert werden, aufgelegt worden. Er ergänzt bestehende Fördermaßnahmen wie die unserer Filmstiftung.

Finanzierungsfonds für die Kreativwirtschaft

Die gesamte Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen boomt. Die Landesregierung will, dass gerade junge, neue Firmengründer noch bessere Rahmenbedingungen vorfinden, auch wenn ihre Produkte – etwa im Bereich Spiele/Games – noch am Anfang einer erfolgreichen Wertschöpfungskette stehen. Auch hier gibt es erfolgreiche Ansätze, die gefördert werden sollen. Deshalb wird ein weiteres neues Finanzierungsinstrument der NRW.Bank der Finanzierungsfonds für die Kreativwirtschaft Nordrhein-Westfalen sein. Vor allem Existenzgründer aus den unterschiedlichen Bereichen der



Medienkompetenz: Voraussetzung für Chancen

Medien- und Kreativwirtschaft sollen aus dem Fünf-Millionen-Euro-Fonds unterstützt werden.

AV-Gründerzentrum Köln

Einen erfolgreichen Start kann eine weitere Institution vorweisen, die in enger Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Landesregierung ihren ersten Absolventenjahrgang verabschiedet hat: Das AV-Gründerzentrum in Köln fördert mit einem hochwertigen Programm junge Firmengründer – ein weiterer wichtiger Baustein zur Zukunftssicherung unseres Medienstandortes. Viele der geförderten Gründer haben inzwischen Erfolg mit ihren jungen Firmen. Was dabei besonders zählt: Manche der Gründer hängen bereits Schilder an die Tür, auf denen steht: „Wir suchen Mitarbeiter!“

Medienkompetenz-Netzwerk Nordrhein-Westfalen

Die moderne Informationsgesellschaft kommt nicht ohne Medienkompetenz aus. Deshalb fördert die Landesregierung in zahlreichen Initiativen, Projekten und Einrichtungen die Vermittlung von Wissen über Medien für unterschiedliche Zielgruppen. Mit mekonet, dem Medienkompetenz-Netzwerk Nordrhein-Westfalen, nutzt die Landesregierung die leistungsfähigen Strukturen in unserem Land, um Wissen und Chancen vielen zugänglich zu machen. Zusammen mit Institutionen und Organisationen bietet sie Anlaufpunkte und Orte der Begegnung, an denen den Bürgerinnen und Bürgern Medienkompetenz anschaulich vermittelt wird. Dies wird konkret im Projekt NRW: NEUES LERNEN, das in diesem und in den folgenden Jahren die UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung aufgreift.

Qualität von Breitbandanwendungen gesteigert

Mit der bis zum Frühjahr 2008 laufenden Initiative Breitband NRW wurden Maßnahmen gestartet, die die Qualität von Breitbandanwendungen für Wirtschaft, Verwaltung und die privaten Haushalte gesteigert haben. Dabei wurden von Anfang an auch grenzüberschreitende europäische Projekte insbesondere mit den Niederlanden, Spanien und Irland initiiert. Besonderes Augenmerk wurde zudem Pilotprojekten und Aktivitäten zur besseren Breitbandversorgung des ländlichen Raums gewidmet.



Radio: überall und für alle landesweit

Medienland Nr. 1

In Nordrhein-Westfalen erscheinen **45** Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von ca. **3,7** Millionen – Stand 2006.

Nordrhein-Westfalen verfügt über ein breitgefächertes Radioprogramm: Fünf Sender des WDR, **45** Lokalprogramme von Radio NRW.

Insgesamt erreichen die nordrhein-westfälischen Radioprogramme täglich rund zehn Millionen Hörerinnen und Hörer.

Wichtige Fernsehsender haben in Nordrhein-Westfalen ihren Sitz: WDR, RTL, Super RTL, VOX, n-tv und Phoenix.

Die Landesregierung



Dr. Jürgen Rüttgers
Ministerpräsident

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1, 40219 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 837-01
poststelle@stk.nrw.de
www.nrw.de



Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und stellvertretender Ministerpräsident

Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 896-04
poststelle@miwft.nrw.de
www.innovation.nrw.de



Dr. Helmut Linssen
Finanzminister

Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Jägerhofstraße 6, 40479 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 4972-0
presse@fm.nrw.de
www.fm.nrw.de



Christa Thoben
Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 4, 40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 837-02
poststelle@mwme.nrw.de
www.wirtschaft.nrw.de



Dr. Ingo Wolf
Innenminister

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 871-01
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de



Karl-Josef Laumann
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf,
Tel. +49 (0)211 855-5
poststelle@mags.nrw.de
www.mags.nrw.de



Barbara Sommer

Ministerin für Schule und
Weiterbildung

**Ministerium für Schule und Weiterbildung
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Völklinger Straße 49, 40221 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 5867-40
poststelle@msw.nrw.de
www.schulministerium.nrw.de



Oliver Wittke

Minister für Bauen und Verkehr

**Ministerium für Bauen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Jürgensplatz 1, 40219 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 3843-0
poststelle@mbv.nrw.de
www.mbv.nrw.de



Roswitha Müller-Piepenkötter

Justizministerin

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen

Martin-Luther-Platz 40, 40212 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 8792-0
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw.de



Eckhard Uhlenberg

Minister für Umwelt und
Naturschutz, Landwirtschaft
und Verbraucherschutz

**Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Schwannstraße 3, 40476 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 4566-0
poststelle@munlv.nrw.de
www.munlv.nrw.de



Armin Laschet

Minister für Generationen,
Familie, Frauen und Integration

**Ministerium für Generationen, Familie, Frauen
und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen**

Horionplatz 1, 40213 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 8618-50
poststelle@mgffi.nrw.de
www.mgffi.nrw.de



Andreas Krautscheid

Minister für Bundes- und
Europaangelegenheiten

**Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten**

Stadttor 1, 40219 Düsseldorf
Tel. +49 (0)211 837-01
poststelle@stk.nrw.de
www.europa.nrw.de

Bildnachweis

- | | | | |
|-------|---|-------|---|
| S. 5 | Presseservice NRW | S. 34 | Kruell/laif, Grundschule Kleine Kielstraße |
| S. 6 | Presseservice NRW | S. 36 | Construction Photography/Corbis |
| S. 7 | Presseservice NRW | S. 37 | Presseservice NRW |
| S. 8 | Forschungszentrum Jülich GmbH | S. 38 | Strassen.NRW |
| S. 9 | Norma Langohr/Universität Bielefeld,
RWTH Aachen | S. 39 | Construction Photography/Corbis |
| S. 11 | Forschungszentrum Jülich GmbH | S. 40 | Hub/laif |
| S. 12 | Forschungszentrum Jülich GmbH, Lars Behrendt | S. 41 | Jochen Tack |
| S. 13 | Andrew Brookes/Corbis | S. 42 | Schoene/laif |
| S. 14 | Jochen Tack | S. 43 | Presseservice NRW |
| S. 15 | Philip Nealey/Stock This Way/Corbis, Fotosearch | S. 44 | Jung/laif |
| S. 16 | Koelnmesse | S. 45 | Günter Kortmann/Landwirtschaftskammer NRW,
Presseservice NRW |
| S. 17 | Presseservice NRW, M. Thomsen/zefa/Corbis | S. 47 | Kruell/laif, Katja Stephan |
| S. 18 | Teichmann/laif | S. 48 | Kruell/laif |
| S. 19 | Javier Larrea/ Ozone Images | S. 49 | Presseservice NRW |
| S. 20 | Jason Horowitz/zefa/Corbis, Klein/laif | S. 51 | Bialobrzkeski/laif |
| S. 22 | Baatz/laif | S. 52 | Presseservice NRW |
| S. 23 | Rene Spalek / Bilderberg | S. 53 | Jürgen Laubhold |
| S. 24 | Presseservice NRW | S. 54 | HD Schellnack |
| S. 25 | Presseservice NRW | S. 55 | Helge Thelen |
| S. 26 | Presseservice NRW | S. 56 | Presseservice NRW |
| S. 27 | Brockhoff/laif, Klammer/laif | S. 57 | Oliver Brenneisen/Bilderberg |
| S. 28 | Heide Benser/Corbis | S. 58 | Fotosearch |
| S. 30 | Bermes/laif | S. 59 | Martin Ruetschi/Keystone-CH/Bilderberg,
Tim Pannell/Corbis |
| S. 31 | Kruell/laif | S. 60 | Presseservice NRW |
| S. 32 | Presseservice NRW | S. 61 | Presseservice NRW |
| S. 33 | Schoene/laif | | |

Impressum

Herausgeber

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1, 40219 Düsseldorf

Redaktion

Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen
Stadttor 1, 40219 Düsseldorf

Design

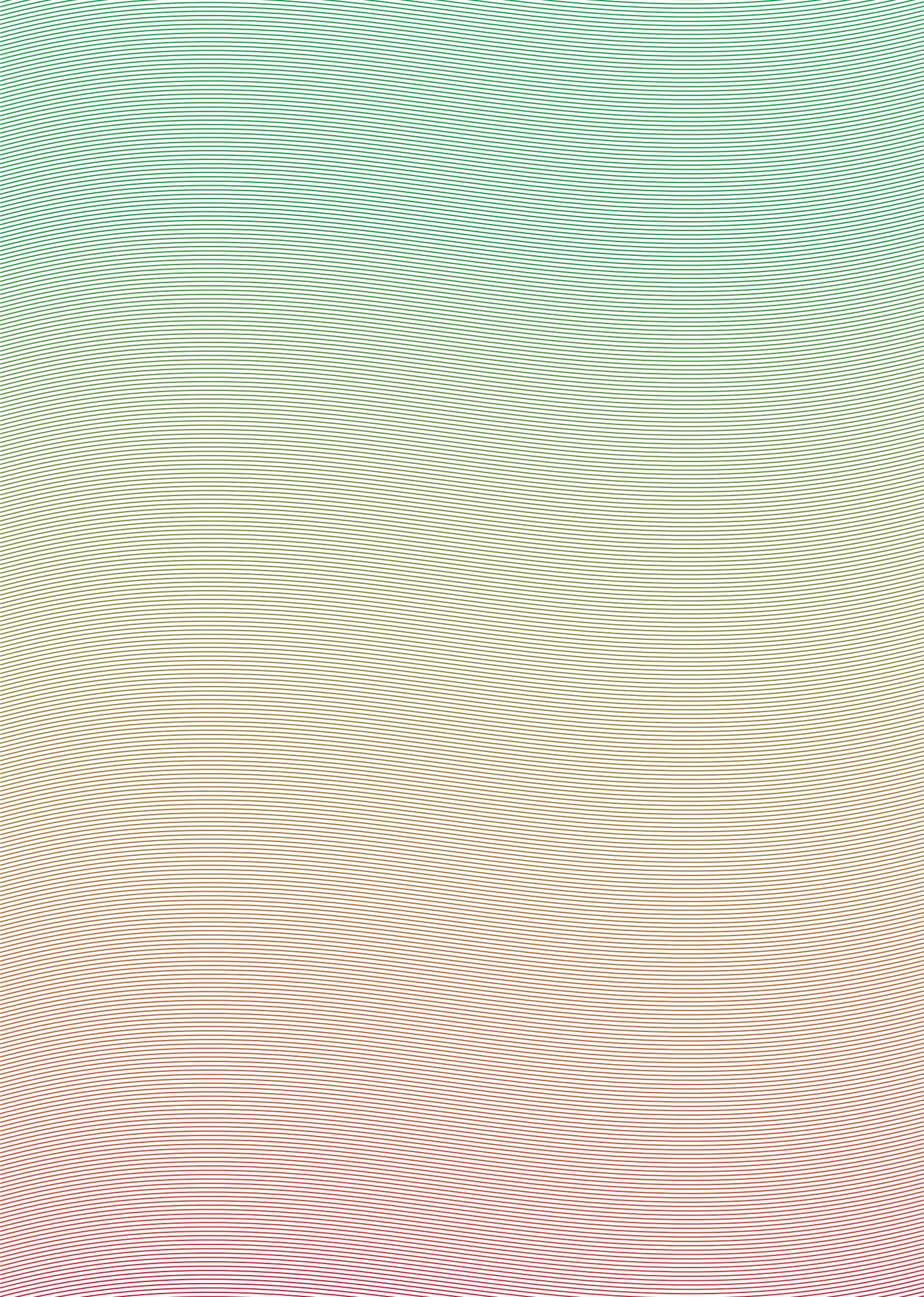
syntax design, Catrin Sieber, Mella Schaich
Lindenstraße 82, 50674 Köln

Bildredaktion

syntax design, Verena Schröder

Druck

Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, Paderborn



**Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen**

Stadttor 1, 40219 Düsseldorf

Tel. +49 (0)211 837-01

poststelle@stk.nrw.de

www.nrw.de

